Scharia lässt grüßen S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 32 – 13. August 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Wertpapierhändlerin verfolgt gebannt die Entwicklung des Deutschen Aktienindex auf ihrem Monitor: Parketthandel der Deutschen Börse in Frankfurt

Foto: T. Lohnes/dapd

Bis zum bitteren Ende

Schritt für Schritt führt die Euro-Rettungspolitik ins sichere Fiasko

Die Entscheidung der EZB, immer mehr Schuldenländer zu stützen, wird am Ende auch die Bonität Deutschlands untergraben.

Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA ist ein Schock für die Finanzmärkte, dem in einiger Zukunft der nächste Schock folgen wird: die Herabstufung Deutschlands. Noch gilt das Kernland Europas als Hort der Stabilität. Mit ihrer Entscheidung, Staatsanleihen von Italien und Spanien zu einem Gefälligkeitszins aufzukaufen, hat die Europäische Zentralbank (EZB) jedoch den nächsten Sargnagel für die deutsche Stabilität eingeschlagen.

Für knapp ein Drittel aller von der EZB übernommenen Schulden haftet der deutsche Steuerzahler. Die Begründung, welche EZB-Chef Jean-Claude Trichet für die Übernahme der spanischen und italienischen Anleihen vorbringt, ist abwegig: Er wolle, wie zuvor im Falle von Griechenland, Portugal und Irland, den Bankrott der Länder abwenden, der drohe, weil der freie Kapitalmarkt ihnen viel zu hohe Zinsen abverlange. Fakt ist: Vor Einführung des Euro mussten Spanien und Italien viel höhere Zinsen für ihre Schulden zahlen. Erst der Euro lieh ihnen quasi die deutsche Bonität, welche sie zum Schuldenmachen missbrauchten. Dafür präsentiert ihnen der Kapitalmarkt nur die Quittung.

> Spanien und Italien zahlten vor dem Euro viel höhere Zinsen

Nichts spricht dafür, dass die schuldensüchtigen Regierungen ihr Verhalten nun ändern. Warum auch? Auf das Wohlwollen der deutschen, niederländischen oder österreichischen Steuerzahler können die Politiker in Rom oder Madrid pfeifen. Sie müssen ihre von Kürzungen und Steuererhöhungen, von Pensionssenkungen und der Abschaffung von Privilegien aufgebrachten Bürger bedienen. Das können sie nun mit Geld tun, das sie sich auf die Kappe der fernen Deutschen pumpen zu Zinsen, die von dort subventioniert werden.

In dieser verhängnisvollen Verkettung von Schulden, die hier gemacht und dort verantwortet werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Märkte ihre Quittung erneut vorlegen, nur diesmal eben den Deutschen. Die deutsche Politik hat – unter Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien – die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik in die Hände der europäischen Schuldenkönige gelegt. Sie werden die Zahlungsfähigkeit Deutschlands solange erschöpfen, bis die Rating-Agenturen als Aufpasser der Finanzmärkte die Konsequenzen ziehen und Deutschlands Bonität herabstufen.

Folge: Bei geringerer Bonität wird Deutschland mehr Geld für die Bedienung seiner Schulden zahlen müssen; nur ein Prozent mehr Kreditzinsen für Staatsanleihen kostet die öffentliche Hand 20 Milliarden Euro jährlich, fast so viel wie der gesamte Wehretat. Die Währung wird derweil zur Manövriermasse einer EZB, die sich in schlimmster Weichwährungstradition zum willfährigen Dienstleister schuldensüchtiger Politiker gemacht hat. Dies wird sich, wie immer in der Geschichte, in Inflation entladen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Wofür?

Soldaten! Sie werden gleich Ihren Eid leisten. Am heutigen Tage muss ich Ihnen wohl nicht weiter erklären, warum Sie hier sind." Das musste der Kommandeur uns jungen Bundeswehr-Rekruten an jenem 13. August 1981 tatsächlich nicht weiter erklären. Es war der 20. Jahrestag des Mauerbaus und wir leisteten unseren Wehrdienst, damit die Mauer niemals nach Westen verschoben wird. Wer Zweifel am Sinn einer wehrhaften Bundesrepublik hegte, musste nur an die Grenze fahren und einen Blick in das größte Gefängnis Europas werfen.

Das alles ist längst Geschichte. Und es scheint bei vielen schon vergessen zu sein. So schnell, wie die Mauer aus dem Stadtbild Berlins verschwand, so schnell verschwand sie auch aus den Köpfen. Einer repräsentativen Umfrage der „Berliner Zeitung" zufolge weiß fast ein Fünftel der Berliner mit dem historischen Datum 13. August nichts anzufangen. Bei den unter 30-Jährigen sind es gar zwei Drittel. Bei 45 Prozent der Befragten ist die Mauer im Familien- und Freundeskreis „selten oder so gut wie nie" ein Thema.

Und es kommt noch schlimmer: Zehn Prozent der befragten Berliner sind der Ansicht, dass die Teilung der Stadt richtig war. Ein Viertel stimmt dieser Ansicht „teilweise" zu, und nur 62 Prozent teilen sie „überhaupt nicht". Kein Wunder, dass nachgemachter DDR-Nippes und Ostalgie-Sendungen Konjunktur haben. Wofür, so fragt man sich, sind die Menschen in der DDR eigentlich 1989 auf die Straße gegangen, wenn das, wogegen sie damals demonstriert haben, heute für einen unterhaltsamen Fernsehabend taugt? Wie schnell man sich doch an die Freiheit und die Abwesenheit von Bedrohung gewöhnen und vergessen kann.

Nur ein Placebo für das Volk?

Mubarak-Prozess sendet fatales Signal an arabische Potentaten

In Kairo begann vorige Woche der Prozess gegen Ägyptens Ex-Machthaber Hosni Mubarak, seine zwei Söhne und einige weitere Personen. Mubarak werden Korruption und vor allem Befehle vorgeworfen, die zum Tod von über 800 Demonstranten geführt haben sollen. Nach Verlesung der Anklage erklärten sich die Angeklagten erwartungsgemäß für nicht schuldig und der Prozess wurde bis zum 15. August vertagt.

Der Prozessbeginn, dem Wochen neu aufflammender Demonstrationen vorausgegangen waren, beendet zwar die Zweifel im Volk, ob es überhaupt je zu einem Prozess – mit der Möglichkeit eines Todesurteils – kommen würde. Aber er bedeutet auch, dass die Garantien, mit denen die Militär-Junta Mubarak zum Rücktritt überredete, gebrochen wurden – ein fatales Signal an Gaddafi, Al-Assad und andere arabische Machthaber, lieber doch bis zum „Endsieg" weiterzumachen. Und dass man, um die Transparenz des Verfahrens vor einem Zivilgericht zu unterstreichen, einen gesundheitlich angeschlagenen alten Mann im Krankenbett in einem Gitterkäfig zeigt, weckt selbst bei Mubarak-Gegnern gemischte Gefühle.

> Alltagsnöte der Menschen bleiben

Vor allem ändert sich nichts an den Alltagsnöten der Bevölkerung. Die vom Militärrat eingesetzte provisorische Zivilregierung hat kaum Befugnisse und Gestaltungsmöglichkeiten und sie ist, wie jede andere Regierung, die nach ihr kommen wird, auf die Nutznießer und Mittäter des alten Regimes angewiesen. Bei den Wahlen im Herbst haben daher auch die alten Seilschaften und die islamisch-fundamentalistischen Muslim-Brüder die besten Karten. Die Bruderschaft sieht ja, wen der Westen in Libyen unterstützt, und kann sich nun als salonfähiges Gegengewicht zu den noch radikaleren, sich an den „Altvorderen" orientierenden Salafiten präsentieren. *R. G. Kerschhofer*

London im Bürgerkrieg

»Aufstand der Arbeiterklasse« mit hohem Ausländeranteil

Durch London zieht sich eine Spur der Zerstörung. Die Szenen erinnern an Bürgerkrieg. Längst hat die Gewalt auch andere Städte erfasst. Polizei und Feuerwehr stehen dem Gewaltausbruch weitgehend machtlos gegenüber. Dass es sich nicht um spontane Aktionen handelt, zeigt die Tatsache, dass die Unruhen über soziale Netzwerke koordiniert werden. Besonderes Kopfzerbrechen bereitet den Sicherheitsbehörden die Nutzung des Nachrichtendienstes von Blackberry. Die Mitteilungen sind verschlüsselt, so dass sie, anders als Nachrichten im Internet, nicht von der Polizei mitgelesen werden können. So haben die überwiegend jugendlichen Krawallmacher immer einen Vorsprung vor den Sicherheitskräften.

Die Polizei und Londons Bürgermeister Boris Johnson werten die Ausschreitungen als gewöhnliche kriminelle Aktionen ohne politischen Hintergrund. Tatsächlich steckt mehr dahinter. Der Stadtteil Tottenham, in dem die Gewaltorgie ihren Ausgang nahm, gehört zu den sozial schwächsten Regionen der Stadt. Hier und in den anderen Problemvierteln sind viele Menschen ohne Arbeit. Die Unzufriedenheit ist hoch. Vieles spricht daher dafür, dass die Krawalle einen ökonomischen Hintergrund haben. Die Randalierer rechtfertigen ihren Plünderungs- und Verwüstungsfeldzug denn auch als „Aufstand der Arbeiterklasse", bei dem es „um die Umverteilung des Wohlstandes" gehe. Zündstoff, der sich nun in einer Explosion entlädt, birgt vor allem der hohe Anteil von Migranten in den betroffenen Stadtteilen. Sie stellen das Gros der Krawallmacher. Viele Londoner fordern, das Militär zur Beruhigung der Lage einzusetzen. Dass der Nationale Sicherheitsrat mit der Sache befasst ist, deutet darauf hin, dass es tatsächlich zu diesem äußersten Schritt kommen könnte. *Jan Heitmann*

> Zündstoff Migration führt zur Explosion

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Dritter hinter USA und Japan

Washington/Brüssel – Deutschland ist mit 2,08 Billionen Euro der drittgrößte Schuldner unter den Staaten dieser Welt. Mehr Schulden haben nur noch die USA mit 10,04 und Japan mit 9,84 Billionen Euro. Es folgen Italien mit 1,843, Brasilien mit 1,822, Frankreich mit 1,591, Großbritannien mit 1,351, Indien mit 0,9, China mit 0,799, Spanien mit 0,639 und Kanada mit 0,615 Billionen Euro. Etwas anders sieht die Situation aus, wenn man die Schulden ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt. Bei der Verschuldung pro Kopf liegt von den genannten Großschuldnern außer Japan (76 800 Euro) und den USA (32 200) auch Italien (30 300 Euro) vor der Bundesrepublik. Deutschland folgen Frankreich, Großbritannien, Kanada, Spanien, Indien und China. *M.R.*

Narrenfreiheit dank EU-Pass

München – Einen überraschenden Ausgang nahm eine Kontrolle der bayerischen Polizei auf der A9. Ein Fahrer war nicht nur mit deutlich zu hoher Geschwindigkeit unterwegs, am Fahrzeug waren vorn und hinten auch verschiedene Kennzeichen angebracht. Für den Normalbürger wäre hiermit die Fahrt zunächst einmal beendet gewesen. Nicht so in diesem Fall: Der Fahrer, Zbigniew Ziobro, konnte einen Diplomatenpass der EU vorweisen. Immunität verschaffte dem polnischen Politiker der Status als Abgeordneter des EU-Parlaments. Die Diplomatenpässe sollen den Parlamentariern Schutz bei Reisen außerhalb der EU und bei den Fahrten zu Sitzungen gewährleisten. Ziobro war in Polen selbst Generalstaatsanwalt und Justizminister. Bereits im Vorfeld seiner Kandidatur für das EU-Parlament 2009 wurden gegen ihn Vorwürfe laut, mehr die mit dem Abgeordnetenstatus verbundene Immunität statt die parlamentarische Arbeit im Auge zu haben. Damals drohte ihm in Polen ein Verfahren wegen Rechtsbeugung. *N.H.*

Erpresserspielchen der Gewerkschaften

Die Streikmacht einiger weniger gut organisierter Gruppen hat weit reichende Folgen für die Wirtschaft

Die Lokführer streiken noch, ein bundesweiter Fluglotsenstreik ist in letzter Minute durch Anrufung eines Schlichters von den Arbeitgebern abgewendet worden. Die Streikmacht kleiner Spartengewerkschaften hat Folgen für alle, auch wenn der Urlaub für viele vorerst gerettet scheint. Die Politik sieht sich indes überrumpelt und hat doch ihren Beitrag zur Entstehung des Problems geleistet.



Weil Lotsen streiken: Passagiere warten im Flughafen Hannover auf ihren Weiterflug *Bild: pa*

Die Streiks der Lokführer bei Privatbahnen dauern seit Monaten an. Die in den letzten Jahren im Arbeitskampf gegen die Deutsche Bahn erfolgreiche Lokführergewerkschaft GDL will gleichen Lohn für alle. Nun rufen die Fluglotsen zum bundesweiten Streik auf und das mitten in der Ferienzeit. Der Deutsche Reiseverband rechnet mit durchschnittlich 600 000 Fluggästen täglich am Augusthimmel über Deutschland. Weder Starts noch Landungen oder auch nur das Überfliegen Deutschlands sind während der Streikzeiten möglich. Die verantwortliche Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) greift mit ihrer Kampfansage nicht nur in die Urlaubs- und Geschäftspläne deutscher Fluggäste, sondern auch in die von Passagieren weltweit ein.

Die Streikgründe sollten daher schwerwiegend sein, findet die Politik. „Auch für die Gewerkschaft der Flugsicherung gilt es daher, Maß und Mitte zu wahren“, kritisiert Patrick Döring, Vize-Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) sagt, wenn er auf die Arbeitsbedingungen der Lotsen sehe, seien diese auch „nicht sehr schlecht“. Um diese Bedingungen geht es der GdF aber. Sie hat Gesprächsangebote des Arbeitgebers Deutsche Flugsicherung (DFS) wiederholt abgelehnt, weil „sich die Sachlage nicht verändert“ habe, so GdF-Sprecher Markus Siebers. Das heißt, verhandelt wird erst, wenn der Arbeitgeber ein wohlfeiles Angebot vorlegt. Die GdF fordert für die rund 1900 Fluglotsen sowie die insgesamt über 5000 Tarifbeschäftigten der DFS 6,5 Prozent mehr Gehalt. Außerdem will sie mehr Einfluss auf Strukturen und Personalentscheidungen.

Lässt das Gehaltsgefälle bei Lokführern von der Deutschen

> Wer am frechsten fordert, gewinnt

Bahn zu den Privaten noch Raum für Verständnis, so darf die GdF mit ihren Forderungen kaum darauf hoffen: Junge Fluglotsen starten mit einem Anfangsgehalt von rund 70 000 Euro brutto im Jahr. Das Monatsgehalt steigert sich im Laufe des Berufslebens von zirka 5000 auf bis zu 8000 Euro (brutto). Als Supervisor kann man sogar auf 130 000 Euro Jahresbrutto kommen. Die ganze Flugbranche ist bereits verärgert, holt entsprechend der gewerkschaftlichen Drohkulisse zum Gegenschlag aus: Deutsche Fluglotsen seien weltweit „Abkassiermeister“ findet der Internetfluganbieter „Fluege.de“. Laut dessen Berechnungen verdient ein deutscher Lotse mit durchschnittlich 101 000 Euro sogar mehr als die US-amerikanischen Lotsen mit 72 248 Euro oder die österreichischen mit 54 000 Euro. Auch Franzosen, Briten und Schweizer erhalten demnach weniger Jahresbrutto. Die Deutsche Flugsicherung ärgert nach eigenen Verlautbarungen am meisten, dass die GdF tarifliche Sonderregeln für bestimmte Arbeitnehmergruppen erzwingen will – eine Aufforderung zum Verstoß gegen geltende Gesetze, vor allem die zur Gleichstellung, so die Arbeitgeber.

Für die Politik ist das indes kaum ein Thema. Als das Bundesarbeitsgericht vergangenen Juni das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ beendete, sahen die Parteien keinen Grund, sich über mögliche Konsequenzen

> Die Politik lässt das Thema kalt

Gedanken zu machen. Die Frage, ob sie die Tarifeinheit gesetzlich festschreiben sollten, lässt sie kalt. „Sorgen vor einer zersplitterten Tariflandschaft und Verhältnissen wie in England in den 70er-Jahren“ seien „bisher nicht eingetreten“, sagte jüngst Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Fluggäste indes verstehen nicht, warum ihre dank neuer Steuern teurer gewordenen Tikkets jetzt wertlos zu werden drohen, sie streikbedingt am Flughafen festsitzen sollen, damit die GdF Maximalforderungen durchsetzen kann. Gewinnt die GdF, steigen entsprechend die Ticketpreise. Somit finanziert die Allgemeinheit die Forderungen der arbeitskampfgestählten Minderheit und trägt zudem die millionenschweren Folgekosten. Im Fall der Lokführer-Streiks der jüngeren Vergangenheit funktionierte das so und brachte der GDL Prestigegewinn, dem andere Bahngewerkschaften mit höheren Forderungen nacheifern. Die bisherige Strategie der Arbeitgeber, vor Gericht gegen den Streik vorzugehen, setzt die Streikmacht der Spartengewerkschaften nicht außer Kraft und ist damit bestenfalls ein begrenzt wirksames Mittel im akuten Einzelfall. Die Politik ist gefragt. *SV*

Die Schulden-Uhr: Knapp befriedigend

Angesichts der Unsummen an Schulden sowie Steuern und Abgaben, mit denen die Politik die Wirtschaft belastet, stellt sich die Frage nach ihrer Gegenleistung. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat Industrieunternehmen und industrienahe Dienstleister aufgefordert, die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu benoten. Als mangelhaft wird das komplizierte Steuerrecht bewertet, als knapp ausreichend die Entwicklung der Energiekosten nach der Energiewende (4,2) sowie die Realisierbarkeit von Infrastruktur- und Industrieprojekten (4,1), als befriedigend die Verfügbarkeit geeigneter Fachkräfte (3,1) und die Energiesicherheit (2,7) sowie als noch gut (2,4) die Fachkräftequalität. Die Gesamtnote lautet knapp befriedigend. *M.R.*

1.969.394.340.148 €

Vorwoche: 1.968.031.200.245 €
Verschuldung pro Kopf: 24.105 €
Vorwoche: 24.088 €

(Dienstag, 9. August 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Entscheidung fällt in Hama

Assad-Regime will hier die Opposition endgültig niederschlagen

Der Aufstand in Syrien hat ein neues Zentrum: Hama, mit 800 000 Einwohnern die viertgrößte Stadt des Landes, wird von der eigenen Armee belagert. In ihren Straßen kommt es täglich zu Gefechten, bei denen das Militär auch schwere Waffen einsetzt. Die Sicherheitskräfte gehen nicht nur gewaltsam gegen Regimegegner, sondern auch gegen die unbeteiligte Bevölkerung vor. Beobachter gehen davon aus, dass Präsident Bashir al Assad hier mit allen Mitteln die Entscheidung suchen wird, um den Protest endgültig niederzuschlagen. Hama ist nicht irgendeine Stadt, sie ist eine traditionelle Hochburg des Widerstands gegen das Baath-Regime. Bereits im Februar 1982 war sie Schauplatz eines Massakers, das zu den größten Untaten der Assad-Dynastie zählt. Damals ließ die Regierung die Stadt bombardieren und verwüsten. Die Militäroperation tötete nicht nur 30 000 Menschen, sondern sie zerstörte auch weite Teile der historischen Altstadt. Die Ruinen wurden später abgerissen und zubetoniert. Hama war ein Zentrum der islamistischen Muslimbrüder, die der Baath-Partei feindlich gegenüberstanden und Hama zum Zentrum ihres Widerstandes machten. Ihr Ziel war die Errichtung eines islamischen Gottesstaates. Die Ereignisse von 1982 sind in Syrien bis heute ein Tabu, so dass darüber in der westlichen Welt kaum etwas bekannt ist. Über das Massaker durfte in Syrien bislang nicht einmal offen gesprochen werden.

> Die Stadt ist traditionell Hochburg des Widerstandes

Das in der Bevölkerung vorhandene Wissen darüber sollte jahrzehntelang der Abschreckung dienen.

Dass Hama eine traditionelle Hochburg des Widerstands gegen das Baath-Regime ist, hat mehrere Ursachen. Hama ist deutlich sunnitisch-islamisch dominiert – das Baath-Regime wird jedoch vor allem von Angehörigen der schiitischen Sekte der Alawiten getragen. Darüber hinaus gilt Hama als die religiös-konservativste Stadt Syriens. Bereits kurz nach der Machtübernahme der Baath-Partei 1964 kam es zum ersten Mal zu einem Aufstand in Hama – schon dieser wurde mit Hilfe von Panzern niedergeschlagen.

Die Erinnerung an das Massaker von 1982 ist unauslöschbar in Syrien. Deshalb ist es besonders brisant, dass dieselbe Stadt nun wieder im Zentrum der Revolte steht. „Hama, du bist eine Wunde, die nicht verheilt“, lautete ein Gedicht, das von der Opposition über Twitter verbreitet wird. Mit seiner Unterdrückungspolitik hat sich das Assad-Regime international ins Abseits manövriert. Heute halten nur noch der Iran und die radikale libanesische Schiitenmiliz Hisbollah zu Assad, selbst die radikalislamische Hamas im Gazastreifen ist dabei, sich von ihm loszusagen. Das Ende seiner Herrschaft zeichnet sich ab. Ein großes Massaker wie 1982 scheint heute kaum noch vorstellbar. Der „Unruhen-Bazillus“, wie ihn Assad in einer Ansprache nannte, hat schon zu viele Teile Syriens und der arabischen Welt erfasst. Auch angesichts der wirtschaftlichen Schwäche des Assad-Regimes ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Syrer den 30. Jahrestag des Massakers von Hama schon in Freiheit feiern können.

Bodo Bost/Jan Heitmann

EU-Eintrittskarte

Ungarn verhilft Landsleuten zu Doppelpass

Seit Beginn dieses Jahres hat die ungarische Regierung damit begonnen, ihren im Ausland lebenden Landsleuten ungarische Pässe auszustellen, auch wenn sie bereits Staatsbürger eines anderen Landes sind. Ungarn hat damit seinen Vorsitz bei der EU-Ratspräsidentschaft genutzt, eigene Interessen durchzusetzen. 2010 lebten von 15 Millionen Ungarn fünf Millionen im Ausland. Die ungarische Praxis stößt nicht nur auf Kritik bei der eigenen Opposition, die der Regierung einen verantwortungslosen Umgang mit der Passvergabe vorwirft, sie sorgt auch bei den betroffenen Nachbarländern für Irritation. Während in Rumänien vor allem unter den Siebenbürgen das Interesse am ungarischen Pass besonders groß war, blieb das der in der Ukraine lebenden Landsleute bislang eher gering.

> Aushöhlung der europäischen Regeln

Dennoch zeigt sich die Ukraine beunruhigt, denn sie fürchtet, dass ein Großteil der offiziell 151 000 Ungarn in der Karpatenukraine bald die Bevölkerungsmehrheit bilden könnten. Es handelt sich um den äußersten Westen der heutigen Ukraine, der an Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Polen grenzt. In einigen Orten besteht die Bevölkerung zu fast 100 Prozent aus Volksgruppen der Nachbarstaaten. Erst im vergangenen Jahr hat Rumänien bereits über 30 000 Pässe an Ukrainer mit rumänischen Wurzeln vergeben. Obwohl in der Ukraine die doppelte Staatsbürgerschaft verboten ist, hat Janukowitsch bislang nichts gegen die Passvergabe der Nachbarn unternommen. Befürchtungen, dass es zu Separationsbestrebungen in der Karpatenukraine kommen könnte, die jahrhundertelang ein Teil Ungarns war und erst nach dem Zweiten Weltkrieg Teil der Sowjetunion wurde, sind latent vorhanden. Kiew weiß, dass die Menschen nicht aus nationalem Empfinden die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen, sondern weil sie mit ihrer Lelbenssituation in der Ukraine unzufrieden sind. Der ungarische Pass dient ihnen als Eintrittskarte in die Europäische Union. Genau hierin liegt die Problematik des Gesetzes: Es höhlt die gemeinsamen Regeln der EU aus. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Ärzte in der Mangel

Von Theo Maass

Schon seit einigen Jahren ist das Thema Ärztemangel auf dem Lande ein Thema für die Politik. Dabei ist nicht nur die aktuelle Situation besorgniserregend, auch die Zukunft verspricht keine Besserung – im Gegenteil: Die Überalterung nimmt zu, es gibt mehr Patienten und weniger junge Ärzte, was die Belastung des einzelnen Mediziners noch verschärft.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung teilte unlängst mit, dass derzeit bundesweit 550 Praxen nicht besetzt seien, für die es dringenden Bedarf gäbe. Ob das Eingreifen der Politik Besserung bringt? Ab 2012 sollen finanzielle Anreize den Ärzten eine Niederlassung auf dem Land schmackhaft machen. Hinzu kommen verwaltungstechnische Erleichterungen, so der Beschluss der Bundesregierung. Die „Deckelung“ der Honorare soll in strukturschwachen Gebieten gelockert werden. 200 Millionen Euro soll das kosten.

Aber werden die Ärzte mit dem zusätzlich vom Staat ausgeschütteten Geld glücklich werden? Ärzte sind „Selbständige“ und machen so ihre Erfahrungen mit einer anderen staatlichen Institution: dem Finanzamt. Alle Jahre wieder setzt es die Höhe der Zahlungen fest, die Vater Staat vom Selbständigen kassieren will. Sind es große Betriebe, die finanziell gut ausgestattet sind, dann leistet sich der Geschäftsführer oder Eigentümer einen guten Steuerberater und einen versierten Rechtsanwalt, der unberechtigte Forderungen nachdrücklich zurückweist.

Bei kleinen Selbständigen sieht das anders aus. Sie sind den beamteten Profis hilflos ausgeliefert. Drei oder zwei Jahre rückwirkend wird da in den Unterlagen gewühlt. Was dem Prüfer nicht plausibel erscheint, wird dann beanstandet und „geschätzt“. Vor wenigen Tagen lief im Regionalfernsehen ein Beitrag über Betroffene. Ein Taxifahrer berichtet von Nachforderungen in Höhe von 20 000 Euro, ein Goldschmied von der Bedrohung seiner Existenz.

Keine Einzelfälle, wie Steuerberater Volker G. zu berichten weiß. Die „Schätzungen“ seien häufig zu hoch, wenn die Betroffenen zu den Gerichten gingen, dann reduzierten sich die Nachforderungen meist. Es ist auch schon vorgekommen, dass Gewerbetreibende Außenstände beim Staat hatten und durch überzogene Nachforderungen des Finanzamtes ruiniert wurden. Volker G. sinniert: Bei den ganz Reichen und Großen sei nix zu holen, weil die sich erfolgreich wehrten oder einfach auswanderten. Bei Hartz-IV-Empfängern könne auch nicht mehr viel gekürzt werden. Was bleibe, sei die Plünderung des Mittelstandes. Und genau dazu zählen auch die selbständigen Landärzte. Statt mit aufwändigen Förderprogrammen zu winken, wäre ihnen vielleicht mehr geholfen, wenn die Finanzämter in den nächsten 30 Jahren wenigstens auf die Überprüfung bereits erteilter Bescheide verzichteten.

Entlastungsangriff auf die CDU

Stasi-Enquete Brandenburg: Rot-Rot-Grün stürzt sich aus Selbstschutz auf »Blockflöte«



Besucher während einer Vorbesichtigung des künftigen Dokumentationszentrums für die Opfer der deutschen Diktaturen: Zellentrakt des ehemaligen Stasi-Gefängnisses in Schwerin

Bild: pa

Die von Brandenburgs Landtag eingesetzte Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit listet weiter Versäumnisse der SPD beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit auf, doch auch die Oppositionsparteien stehen inzwischen in der Kritik. Sie sollen ihre Rolle vor 1989 aufarbeiten, nicht in Eigenregie, sondern in der Kommission.

Ein neues Gutachten der jüngst vor allem durch internen Streit aufgefallenen Enquete-Kommission zur Stasi-Verstrickung Brandenburger Politiker legt nahe: Nicht nur Brandenburgs SPD und Linkspartei weisen Versäumnisse im Umgang mit der Vergangenheit auf, auch die Oppositionsparteien stehen nun im Zentrum der Kritik der aus Wissenschaftlern und Politikern zusammengesetzten Expertenrunde. Überraschend ist dies vor allem, weil vor Tagen noch die Blockadehaltung der SPD Gegenstand der Diskussion im Gremium war. Linkspartei-Fraktionschefin Kerstin Kaiser hielt den Experten jüngst gar vor, die Geschichte des Landes bewusst umschreiben zu wollen.

Nun erhält ausgerechnet die Linkspartei Anerkennung durch ein neues Gutachten: Die Linke habe nach Meinung von drei Kommissions-Gutachtern ihre Vergangenheit in Kontinuität zur SED vergleichsweise offen aufgearbeitet. Auch der 2009 gefasste Parteibeschluss, alle Landtagsabgeordneten auf Stasi-Tätigkeiten zu überprüfen und die neue Einstellung zugunsten eines Diktaturbeauftragten sind demnach positive Zeichen eines Wechsels in der Partei, so das neue Kommissionspapier.

Drei Gutachter setzen sich in dem Papier im Auftrag des Gremiums mit „Personelle[r] Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs“ auseinander. In der 240 Seiten starken Studie befasst sich der Rostocker Historiker Mario Niemann mit der Linkspartei (SED/PDS), der einstige DDR-Oppositionelle Ehrhart Neubert untersucht die SPD und Bündnis 90/Die Grünen, während der Brandenburger Autor und Grünen-Politiker Christoph Wunnicke die CDU sowie die FDP bearbeitet.

> Union: Erzwungene Anpassung ist etwas anderes als Täter sein

Die Autoren bescheinigen grundsätzlich allen Parteien Versäumnisse. Die SPD habe durch die Ära Manfred Stolpe und dessen eigene Verstrickungen den Eindruck erweckt, Kontakte zur Stasi „konnten als Normalität hingestellt werden“. Die „Konstruktion einer Kollektivbiografie“ der DDR-Bewohner sei die Folge gewesen, bei der diese tendenziell „gleichsam als Opfer westdeutscher Aufarbeitungsinteressen hingestellt wurden“. Von den Grünen gingen demnach kaum „vergangenheitspolitische Impulse“ aus, dafür hätten sie Stolpe und dessen mangelhaften Aufarbeitungskurs unterstützt, so der Vorwurf.

Auffallend am neuen Gutachten ist aber vor allem die Kritik an der CDU. Wunnicke bescheinigt ihr „Desinteresse“ an der Aufarbeitung ihrer Rolle als Blockpartei in der DDR. Außerdem gehe sie lokale Bündnisse mit der Linkspartei ein.

CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski sieht sich von dem Gutachten indes bestätigt: Bei aller Kritik mache das Papier deutlich, dass die CDU ihre inhaltliche und personelle Erneuerung abgeschlossen und keinerlei „Altlasten“ mehr in der Partei habe. Der im Gutachten als Beleg christdemokratischer Versäumnisse genannte Ulrich Junghanns, einst Minister und nicht einmal zwei Jahre Landesvorsitzender, ist jedenfalls keine Überraschung mehr. Als Funktionär der Bauernpartei habe er noch 1989 die Berliner Mauer als „Schutz vor brauner Pest“ bezeichnet, so das Gutachten. Junghanns' Rolle war vor Jahren bereits Gegenstand der öffentlich ausgetragenen Nachfolgekämpfe in der CDU Brandenburg.

Doch die Linkspartei steht, zumindest vorläufig, nicht mehr im Zentrum der Debatte. Das neue Forschungswerk kritisiert sie nur verhalten, betont den Willen zum Wandel seit 2009. Dennoch: Weiterhin sind einst dem DDR-Regime treue Politiker in der Linkspartei am stärksten vertreten. Das Gutachten kommt nicht umhin zu erwähnen: Die Hälfte der seit 1990 im Landtag vertretenen Abgeordneten der Linkspartei war vor der Revolution „Nomenklaturkader oder Partei- und Staatsfunktionäre“. Der SED gehörten 75 Prozent dieser 57 Politiker an. „Mindestens elf“ standen zudem mit dem Ministerium für Staatssicherheit in Verbindung.

Die Partei hat laut Gutachten selbst den Genossen, die ihre dunkle Vergangenheit nicht offenlegen wollen, nur „in wenigen Fällen“ das Vertrauen entzogen. Auch die Abgabe von Mandaten sei selten erfolgt. Trotzdem: Die neuen Thesen, die ab dem 19. August in der Kommission diskutiert werden sollen, bringen einen anderen Zungenschlag in die Debatte. Es geht plötzlich um Blockparteien statt Stasi-Altkader.

Entsprechend kämpferisch sagt die Landes- und Fraktionschefin der CDU, Saskia Ludwig: „Mitglied der Blockpartei gewesen zu sein bedeutet nicht, inoffiziell oder hauptamtlich für die Stasi gearbeitet zu haben. Der Versuch aus Teilen der Platzeck-SPD und der Linken, den Begriff Blockpartei zu vermischen, um von ihren eigenen Stasi-Leuten abzulenken, wird scheitern.“ In der von der Opposition gegen Rot-Rot durchgesetzten Enquete-Kommission werde die Geschichte aller Parteien aufgearbeitet, so Ludwig, sodass weitere Impulse vor allem von dort kommen müssten. Erzwungene Anpassung sei eben etwas anderes, als selbst Täter gewesen zu sein, sagte Dombrowski. *SV*

Rot-rote Billigjobs

Brandenburg: Öffentliche Hand bevorzugt »flexible Beschäftigung«

Die Unternehmensumfrage „Betriebspanel Brandenburg 2010“ zeigt deutliche Strukturprobleme der Mark: Der Lohnabstand zum Westen bleibt, neue Stellen entstehen vor allem als Minijobs oder in Teilzeit. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel.

Der Anstieg geringfügiger Beschäftigung sei „besorgniserregend“, so Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) zu dem von ihm vorgelegten Bericht. Die repräsentative Umfrage unter Brandenburgs Arbeitgebern gibt seit 1995 jährlich Auskunft über Betriebsentwicklung und Beschäftigung in der Mark. Sie gilt der Regierung seit langem als „Tiefenbohrung“, welche die Entwicklungsbedingungen über die offizielle Statistik hinaus hinterfragt.

Die aktuellen Zahlen von 969 Unternehmen beruhen auf Daten von 2010. Die laut Baaske „ernüchternde“ Bilanz: Selbst im Aufschwung gelangen in Brandenburg kaum Arbeitslose auf gut bezahlte Vollzeitstellen. Sogenannte „atypische Beschäftigung“ umfasst 34 Prozent aller Jobs.

Gleichzeitig können viele Positionen nicht besetzt werden. Die Nichtbesetzungsquote hat mit 21 Prozent einen Rekord erreicht.

> 9000 Stellen für Qualifizierte blieben 2010 leer

9000 Stellen für Qualifizierte blieben leer. 2009 lag die Quote erst bei 14 Prozent (6000 Stellen). Kleine Firmen sind besonders betroffen. Hier liegt die Nichtbesetzungsquote bei 36 Prozent. Bei Betrieben über 250 Mitarbeiter beträgt sie nur acht Prozent.

Der Bruttomonatslohn lag 2010 im Schnitt bei 1880 Euro, das sind laut Studie gut 80 Prozent des Westniveaus. Rechnet man die längeren Arbeitszeiten mit ein, seien es sogar nur 74 Prozent, so Baaske. Der Abstand hat seit 1996 kaum abgenommen. Auch das Lohngefälle von Berlin nach Brandenburg ist geblieben.

Der rot-roten Landesregierung ist es dem Bericht zufolge nicht gelungen, negative Trends zu brechen. Schon die Umfragewerte von 2009 ergaben, dass rund jeder dritte Beschäftigte keine Vollzeitstelle hat, sich mit Mini- oder Teilzeit-Jobs über Wasser hält. „Wir müssen mit den Löhnen nach oben“, fordert Baaske nun.

Peinlich: Gerade die Studie vom letzten Jahr zeigte aber, dass sogenannte flexible Beschäftigungsverhältnisse bei der öffentlichen Hand mit 39 Prozent häufiger waren als im Privatsektor mit 29 Prozent. Laut den für die Umfrage verantwortlichen Experten vom Institut für sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) waren davon „auch Ministerien“ betroffen. *SV*

Geld für Ramadan

Mehr als 110 000 Euro aus Steuersäckel

Berlin feiert die „Nächte des Ramadan“ mit einem großen Kulturfest. Hauptförderer sind das Auswärtige Amt und der Hauptstadtkulturfonds. Organisator ist die „unabhängige Berliner Firmengruppe“ Piranha Kultur GmbH. Sie zeigt mit dem Fest, wie Multikulti als staatlich gefördertes Geschäftsmodell funktioniert.

Vier Jahre gibt es die „Nächte des Ramadan“ in Berlin bereits. Berliner und internationale Künstler stehen 2011 vom 3. August bis zum 4. September auf der Bühne. Nicht nur Musik, auch Themen wie „Wer ist hier Minderheit?“ sollen für Stimmung sorgen. Dieses Jahr setzen sich „Grenzgänger, Musiker und Künstler aus Berlin und Istanbul mit Vorstellungen vom Paradies“ auseinander. Sie laden ein, „mit Konzerten, Filmen, Schattenspiel und Diskussionen Einblicke in Vergangenheit und Gegenwart … muslimisch geprägter Kulturen zu gewinnen“, wirbt Veranstalter Piranha.

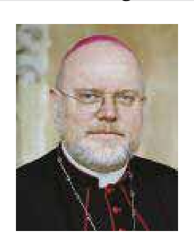
Dessen Gründer stammen aus der linken Musikszene. Nun haben sie für die Organisation von drei Konzerten des Ramadan-Festes 45 000 Euro vom Hauptstadtkulturfonds bekommen. Vom Außenamt gab es noch einmal 66 500 Euro. Derwische, eine syrische Big Band und Uiguren-Rock sind mit Steuergeldern förderungswürdig.

Laut Kriterien des Fonds trifft das sonst nur auf „bedeutsame Einzelprojekte“ zu. Rund 500 Millionen Euro zahlt der Bund jährlich für Kulturförderung in der Hauptstadt, den Fonds mit 9,8 Millionen inbegriffen. Was damit genau gefördert werden solle, sei aber gar nicht klar, bemängelt die FDP. Sie will, dass der Bund künftig nur „historisches Erbe“, „höchste künstlerische Qualität mit internationaler Ausstrahlung und repräsentative Erfordernisse des Bundes“ bezuschusst. *SV*

Raubzug auf Toilettentüren

Die Grenzregion zu Polen wird von einer merkwürdigen Serie von Diebstählen in Atem gehalten: Innerhalb weniger Tage sind 22 Edelstahl-Toilettentüren auf vier Rastplätzen der Autobahnen A 10 und A 12 im östlichen Brandenburg gestohlen worden. Erstmalig gemeldet wurde ein Diebstahl derartiger Türen am 26. Juli von Mitarbeitern der örtlichen Autobahnmeisterei. Letztlich ist unklar, was die Diebe mit den schweren Türen eigentlich anfangen wollen: Der Metallwert wird von der Herstellerfirma als nur gering angegeben. Da es sich jedoch um Einzelanfertigungen handelt, wird der entstandene Schaden allerdings auf insgesamt 110 000 Euro geschätzt. Um zukünftig Diebstähle zu verhindern, ist geplant, die WC-Anlagen künftig mit günstigeren Holztüren auszustatten. Die betroffenen Rastplätze fallen in die Zuständigkeit des Bundes, der für die Schäden aufkommen muss. Hinweise auf die Diebe sind bisher nicht eingegangen. *N.H.*

Zeitzeugen



Reinhard Marx – Der 1953 in Geseke/Westfalen geborene Kardinal fand als Erzbischof von München und Freising deutliche Worte für die lasche Haltung seiner Christengemeinde in Sachen Christenverfolgung und Islam und forderte sie auf, mehr Flagge zu zeigen. Nur so könne einer Überfremdung des Glaubens ein Riegel vorgeschoben werden. Gemeinschaft in Vielfalt ohne Aufgabe der eigenen Identität ist seine zentrale Forderung. Religion sei eine öffentliche Angelegenheit und trage zu den Grundlagen von Staat und Gesellschaft bei. Marx, ein Kritiker des Kapitalismus, ist mit seiner Ernennung durch Papst Benedikt XVI. im Jahr 2010 der jüngste Kardinal der römisch-katholischen Kirche. Mit seiner Äußerung, Homosexuelle seien „gescheiterte Menschen", erntete er jüngst aber auch viel Kritik.



Georg Wilhelm Friedrich Hegel – Eine Religion der Erhabenheit zu sein bescheinigte der deutsche Philosoph (1770 - 1831) dem Islam. Der Gelehrte ist demnach einer der ersten Deutschen, die sich von der orientalischen Eingottreligion beeindruckt zeigten, obwohl er das Christentum als die vollendetste aller Religionen bezeichnete. Zuletzt lehrte er nach vielen Stationen in Berlin. Auch sein Zeitgenosse Johann Wolfgang von Goethe war sehr am Islam und besonders am mythischen Sufismus interessiert.

Geert Wilders – In Europa ist der niederländische Politiker der schärfste Widersacher der islamischen Heilslehre. Nicht aus Hass will er mit seiner „Partij voor de Vrijheid" die Muslime in die Schranken weisen, sondern wegen ihrer menschenverachtenden Praxis in den Herkunftsländern, die ihnen der Koran diktiere. Ein niederländisches Gericht sprach ihn von der Anklage der Volksverhetzung frei.



Pierre Vogel – Die einen sehen in ihm einen Hass- und Wanderprediger, die anderen einen Heilsbringer: Der 32jährige Pierre Vogel ist derzeit der wohl bekannteste deutsche Konvertit zum Islam und für manche Experten auch der gefährlichste. Er studierte in Mekka, preist die Rechtsordnung der Scharia, verschleierte Frauen und einen Gottesstaat. Seinen radikalen Islam will der ehemalige Boxer und deutsche Jugendmeister – so seine Worte – „in jedes Haus tragen".

Die Scharia lässt grüßen

Gefahr der islamischen Kolonialisierung Europas wird noch immer verkannt

Jedes zweite Neugeborene in Belgien ist ein Kind Allahs. Diese Tatsache wirft ein Schlaglicht auf eine Entwicklung in Europa, die in ihrer ganzen Tragweite von Politikern, Gutmenschen und Kuschelbürgern nicht erfasst oder einfach hinweggeredet wird.

Schon 2025 wird mehr als die Hälfte der holländischen Bevölkerung dem Koran anhängen. Nach demografischen Berechnungen dürfte Frankreich im Jahr 2050 eine islamische Republik sein, 2040 könnte ein Muslim Bundeskanzler und zehn Jahre später die Verfassung aufgrund von Stimmenmehrheiten ganz legal geändert werden. Die Scharia lässt grüßen und das Scherzwort „Eurabien" rückt für die Generation der heutigen Enkel in eine greifbare Wirklichkeit. In der kleinen Schweiz hat sich die Zahl der Muslime von 1980 bis 2000 mehr als verfünffacht, konservative Politiker sprechen in diesem Zusammenhang von der „islamischen Kolonialisierung" der Eidgenossenschaft.

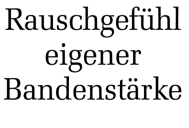
Von den weltweit 1,2 Milliarden Muslimen ist ein überwiegender Teil militanten Imamen ausgesetzt. Das kann nicht ohne Folgen auf den Rest der Gläubigen bleiben. Es steht außer Zweifel, dass jeder Korangläubige den westlichen Lebensstil als sündig, morbid und deshalb für den „reinen Glauben" als überfällig betrachtet, auch wenn er es öffentlich nicht ausspricht.

Im frühen Mittelalter gab es in Europa etwas über eine halbe Million Muslime, heute sind es runde 50 Millionen. Durch rasant steigende Geburtenzahlen und neue Immigranten sowie durch Konvertiten dürfte diese Zahl immer rascher zunehmen. Bereits in den Schulen versuchen junge Mohammedaner, ihre deutschen Kameraden zu überzeugen, ganz ohne Missionsauftrag. Sie handeln nach dem Begriff „Daawa", Einladung zum Islam. Sie ist Pflicht eines jeden Gläubigen, denn jedes Land, so steht es geschrieben, das nicht mehrheitlich islamisch ist, hat als Feindesland zu gelten. Unsere Politiker reden derweil noch immer von einem gemäßigten europäischen Islam und ignorieren, dass es in Deutschland nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes immerhin schon 37 000 militante Islamisten gibt, deren orthodoxe Auslegung des Glaubens den idealen Nährboden für Terroristen abgibt.

> »Die Demokratie ist nur ein Vehikel für den Islam«

Es ist aber nicht der Islam, den viele mit Unbehagen betrachten, es ist der politische Wille, der sich dahinter verbirgt, Staat und Religion als Einheit zu sehen, eben den Gottesstaat zu verwirklichen. Wer auf diese Entwicklungen hinweist, landet bei Deutschlands Intellektuellen in der Sparte Rechtsradikal, Rassist, Ausländerhasser und wird der Islamophobie bezichtigt. Und so fällt es den islamischen Verbänden leicht, bei jeder Gelegenheit auf Toleranz und Religionsfreiheit zu pochen – Tugenden, die in ihren Heimatländern oft mit Füßen getreten werden. Die Hoffnung auf den moderaten Islam erscheint angesichts solcher Tatsachen vielen Kritikern als Utopie. Denn wie es schon der türkische Premier Erdogan unverblümt ausdrückte: „Die Demokratie ist nur ein Vehikel für den Islam. Die Kuppeln der Moscheen sind unsere Stahlhelme, die Moscheen sind unsere Kasernen, unsere Minarette die Speerspitzen und die Gläubigen unsere Soldaten." Orientierungslose Jugendliche sind von der angeblichen Geradlinigkeit der fremden Religion leicht zu überzeugen. Lehrer und Eltern warnen, doch die Politik geht andere Wege und übt sich oft in einem vorauseilenden Kotau, in Rücksichtnahme und dem, was sie für Toleranz hält, während die Gegenseite alles andere als tolerant ist. Wie es aussehen könnte, zeigt die Stadt Brüssel, deren Polizei in den muslimischen Vierteln während des Fastenmonats Ramadan am Tag nicht essen darf.

Einige Schätzungen zweifeln an der für Deutschland offiziell eingeräumten Zahl von vier Millionen Muslimen und vermuten eher acht bis zwölf Millionen. Nach Erhebungen des Islam-Instituts Soest werden es 2045 fast 52 Millionen sein. Dazu kommen zahlreiche Konvertiten. *Joachim Feyerabend*



Rauschgefühl eigener Bandenstärke

Immer wieder kommt es in den deutschen Ballungsgebieten mit muslimischen Immigranten zu Übergriffen auf Deutsche. Außer Beschimpfungen gibt es tätliche Angriffe, zerstochene Reifen, zerkratzte Autos. Im Hamburger Stadtteil Sternschanze wurden junge Schüler jahrelang jeden Morgen von der muslimischen Mehrheit in ihrer Klasse des Pausengeldes beraubt und es dauerte lange, bis die Eltern der Betroffenen einzuschreiten wagten. Solche Anmaßungen ausländischer Immigranten – auch aus nichtmuslimischen Ländern – bestimmen in vielen Stadtteilen den Alltag und sie werden mit falschem Multi-Kulti-Verständnis öffentlich so gut wie nicht registriert.

Das Tatmotiv ist oft ein unbändiger Hass auf Deutschland und seine gesellschaftlichen Normen, ohne sichtbaren, etwa wirtschaftlich bedingten Hintergrund. Immerhin leben die Aggressoren in und zum Teil von diesem Staat. Parallelgesellschaften, Familienclans, Hassprediger, die den Jugendlichen die moralische Verkommenheit des Westens vorbeten – das alles gibt ein explosives Gemisch, das sich im Rauschgefühl eigener Bandenstärke entlädt. Umgekehrt wäre etwas Ähnliches etwa in einem muslimischen Land nicht denkbar.

> Bekämpfen, wovon man nicht schlecht lebt

In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zu sehen, die offiziellen Vertreter des Islams dazu zu motivieren, in den eigenen Reihen ein wachsames Auge auf islamistische und terroristische Aktivitäten zu werfen. Es scheint recht und billig, auf eine solche Verpflichtung hinzuweisen. Der Protest der Islamverbände über die „Einmischung" war groß. Dabei steht fest, dass viele solcher staatsfeindlichen Aktivitäten im Dunstkreis von Moscheen und militanten Islamisten ausgebrütet werden. *fey*



Muslime beten in Frankfurt: Pierre Vogel hatte zu der islamistischen Kundgebung aufgerufen Bild: pa

Der organisierte Islam

Interessenvertretungen fordern weitgehende Rechte ein

Die Muslime in Deutschland haben sich längst organisiert, um ihre Rechte zu vertreten. Einer der wichtigsten Dachverbände ist der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD) mit Sitz in Köln. In ihm organisieren sich vorwiegend nichttürkische Gläubige. Den Vorsitz hat seit 2010 Aiman A. Mazyek inne, ein Deutsch-Syrer, der auch als Redakteur des Webportals „Islam.de" fungiert. Seine FDP-Mitgliedschaft lässt er ruhen, da er mit der Haltung der Partei zum Kopftuchverbot nicht einverstanden ist. Er folgte Ayyub Axel Köhler nach, der immerhin feststellte, dass die Staatsform der Demokratie „dem Islam fremd" sei. Der 1938 in Stettin geborene Köhler wird mit den umstrittenen Muslimbrüdern in Verbindung gebracht. Immer wieder werden dem Islamrat auch islamistische Tendenzen nachgesagt, so eine Zusammenarbeit mit der von Gaddafi gegründeten World Islamic Leadership, einer panislamischen Organisation.

Der ZMD ist Mitglied im seit 2007 bestehenden Koordinierungsrat der Muslime. Dieser nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der Moslems, wie islamischen Schulunterricht und das Schächten von Schlachttieren, den Behörden gegenüber zu vertreten. Neu ist seine Forderung nach Militär-Imamen für die Bundeswehr. Kollisionen mit dem deutschen Recht sind dadurch gegeben, dass der Rat das im Grundgesetz verankerte Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht respektiert und sich nicht grundsätzlich von der extremen Rechtsordnung der Scharia distanziert. Finanziert wird er durch Mitgliedsbeiträge, Spendensammlungen in den Moscheen und nicht unbeträchtliche private Zuwendungen.

> Kollisionen mit deutschem Recht unausweichlich

Daneben existiert der Islamrat für die Bundesrepublik e.V., der sich meist aus Türken zusammensetzt und 37 Mitgliedsvereine wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs („Nationale Sicht") vertritt. Der Rat fordert die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Immobilien werden durch die Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsorganisation EMUG verwaltet. Die über 800 Moscheevereine sind nach dem Vereinsrecht organisiert, betreiben Moscheen oder wollen neue als Bauträger errichten.

Eine weitere wichtige Organisationen ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., die der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten in Ankara und damit direkt dem jeweiligen türkischen Ministerpräsidenten untersteht. Sie lehnt Terror und Gewalteinsatz im Namen des Islam ab. Der „große Bruder" in Ankara kontrolliert 60 600 Imame und die fast 8000 Moscheen der Türkei sowie 1800 Gotteshäuser im Ausland. Er verfasst zudem zentral die Freitagspredigten, entsendet Prediger, Imame und Muezzine sowie Attachés an Botschaften. Nach Ansicht seiner Führer stellt der europäische Brauch, Männer und Frauen am gleichen Arbeitsplatz einzusetzen, eine große Gefahr für die Gesellschaft dar. Weitere islamische Organisationen in Deutschland sind der Verband der Islamischen Kulturzentren und die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe, Bücher:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1642**

Chaos an deutschen Unis

Computergestützte Studienplatzvergabe ist gescheitert – Doppelter Bewerberansturm in diesem Jahr

Für das Wintersemester 2011/2012 wollten die deutschen Universitäten die Vergabe der Studienplätze neu regeln. Weil das in Staatsbesitz befindliche IT-Unternehmen Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) es nicht schaffte, die Schnittstellen der meist veralteten Software der Hochschulen an das neue System anzupassen, wird das zwölf Millionen Euro teure Prestigeobjekt des Bildungsministeriums um ein Jahr verschoben.



Ansturm auf Studienplätze: Überfüllter Hörsaal des Fachbereichs Jura an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt Bild: pa

Wegen der Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst wird in diesem Jahr der Bewerberansturm auf die deutschen Hochschulen laut Bildungsministerium um über 60000 zusätzliche Bewerber steigen. Eine zentrale Studienplatzvergabe sollte diesen Ansturm bewältigen helfen. „Hochschulstart.de“ heißt das Online-Portal, bei dem sich Abiturienten anmelden können, wenn sie einen Studienplatz suchen. Theoretisch jedenfalls. Denn nur wenn sie eines der „harten“ Numerus-Clausus-Fächer Medizin, Pharmazie, Tiermedizin oder Zahnmedizin studieren wollen, werden sie auf der Startseite durch ein Anmeldeprocedere gelotst. Sie können ihre Bewerbung an bis zu zwölf Universitäten gleichzeitig abschicken und ihren Wunschort an die oberste Stelle setzen. Erhalten Sie eine Zusage, verfallen automatisch alle anderen Bewerbungen. Allerdings können sie auch bei elektronischer Bewerbung nicht sichergehen, auch tatsächlich zum Semesterbeginn einen Studienplatz zu erhalten. Wer gar beabsichtigt, ein Lehramtsstudium oder ein Bachelor- oder Masterexamen anzustreben, wird erst einmal vertröstet. In einer Pressemitteilung heißt es, es seien „jedoch Probleme und Verzögerungen in Teilprojekten aufgetreten, die dazu geführt haben, dass ... eine rechtzeitige und stabile Anbindung der Hochschulen für das Wintersemester 2011/2012 nicht mehr als realisierbar angesehen wird“. Zunächst bleibt also alles beim Alten. Gut die Hälfte der 11000 Studiengänge in Deutschland ist zulassungsbeschränkt. In den einzelnen Bundesländern gelten abweichende NC-Werte, Zulassungskriterien und Fristenregelungen. Um ihre Chancen auf einen Studienplatz zu erhöhen, bewerben sich die Abiturienten, die sich für lokal zulassungsbeschränkte Fächer interessieren, bei mehreren Hochschulen direkt. Die wenigsten sagen ab, wenn sie woanders einen Studienplatz erhalten.

Für Abiturienten ist es ein Glücksspiel mit ungewissem Ausgang und die Universitäten haben bis Semesterbeginn keine Klarheit über die tatsächliche Auslastung. Aufgrund der chaotischen Vergabe von Studienplätzen bleiben so jährlich trotz hohen Andrangs tausende Studienplätze unbesetzt. Die Universitäten führen untereinander keinen Abgleich durch. Die Folgen einer solchen Bildungspolitik zeigen sich bereits. Deutsche Studienabgänger treten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu spät ins Berufsleben ein, die Wirtschaft beklagt einen zunehmenden Fachkräftemangel und zu wenig Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt.

Wenn Studienbewerber bis in die erste Vorlesungswoche hinein

Totalversagen von Hochschulleitungen und Politik

auf ihre Zusage warten müssen, ist es wegen der Anwesenheitspflicht oft zu spät, das Semester erfolgreich zu beenden. Wer es sich nicht leisten kann zu warten und sich bereits einen Job zur Überbrückung gesucht hat, wird wertvolle Zeit verlieren, die den Studienabschluss länger hinausschiebt.

Mit der elektronischen Studienvergabe sollten diese Porbleme beseitigt werden. Die eigens als Nachfolgerin der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) gegründete Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) hat die Einführung um ein Jahr verschoben. Was war geschehen? „Hochschulstart“ wurde von der Telekom-Tochter T-Systems entwickelt, deren System in Testläufen einwandfrei funktioniert hat. Für die Anbindung der Software der Hochschulen ist die Bund und Ländern eigene Firma Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) zuständig. Die in Hannover ansässige HIS steht im Ruf, den Anschluss an das Informationszeitalter verpasst zu haben. Seit 30 Jahren versorgt sie Hochschulen mit Verwaltungssoftware. Abstürze und Pannen sollen an der Tagesordnung sein.

Für die SfH und Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) ist das Versagen des Systems ein Debakel. Das Prestigeobjekt hat bereits 15 Millionen Euro Steuergelder verschlungen. Für zusätzliche Entwicklungskosten hat die HIS noch einmal zwei Millionen Euro beantragt. IBM und das Hamburger Software-Unternehmen „Datenlotsen“ hatten Angebote für die Anbindung der Uni-Software abgegeben. Doch die Privaten waren den Verantwortlichen zu teuer. Die Zeche für das Scheitern der Reform werden die Länder zahlen müssen, denn der Bund wird sich nach Auslaufen der Anschubfinanzierung aus dem Projekt zurückziehen. Nachdem die Stiftung die Vergabe der Bachelorstudiengänge aus ihrem System genommen hat, sind mehrere Bundesländer bereits aus dem Verfahren ausgestiegen. Es ist fraglich, ob das System überhaupt noch eine Chance hat.

Die Hauptleidtragenden dieses Totalversagens von Hochschulleitungen und Politik bleiben allerdings die Studenten: Sie werden sich weiter in überfüllten Hörsälen und Seminaren tummeln müssen, weil sie die Chance auf einen Studienplatz andernorts verpasst haben. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Ärger über Euro-Schirm

Berlin – Vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den Börsen regt sich in der Berliner Regierungskoalition verstärkt Unmut über den Umgang mit der Schulden- und Eurokrise. FDP-Finanzexperte Frank Schäffler forderte eine Sondersitzung des Bundestages mit einer Regierungserklärung der Kanzlerin. Merkel solle dem Parlament erläutern, wie sie die Beschlüsse des Euro-Gipfels umsetzen wolle, so Schäffler. Der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, machte sich abermals für einen CDU-Sonderparteitag zur Euro-Rettung stark, der notwendig sei, „wenn Italien auch noch unter den Euro-Rettungsschirm kommt und Europa endgültig zu einer Transferunion wird“. Die Partei habe „ein Recht darauf, an so folgenschweren Entscheidungen beteiligt zu werden“. *CR*

Kritik am Unterhaltsrecht

München – Das Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Pflicht von Alleinerziehenden zum Vollzeitjob hat Empörung ausgelöst (*PAZ* berichtete). Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) forderte eine Gesetzesänderung, sollte sich die Rechtsprechung in der für Kinder nachteiligen Tendenz verfestigen. Merk gab ihrer Befürchtung Ausdruck, dass die Belange der Kinder „als entscheidender Maßstab“ aus den Augen verloren werden könnten. Gesellschaftspolitik dürfe „niemals auf dem Rücken des einzelnen Kindes ausgetragen werden“, sagte sie. Auch Familienverbände forderten eine Korrektur des Unterhaltsrechts. Der BGH verkenne die Belastung für Alleinerziehende, die neben einer Vollzeitstelle kaum noch Zeit für Hausarbeit und Erziehung oder die eigene Erholung hätten, rügte die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken, Elisabeth Bußmann. *CR*

Unlust an der Zukunft

Mikrozensus 2010 belegt dramatischen Fall der Geburtenrate

In der Geschichte der Menschheit ist der ‚stille‘ Untergang von Völkern und Stämmen infolge mangelhafter Fruchtbarkeit gar keine Seltenheit“, schreibt der ehemalige Bundesbanker Thilo Sarrazin in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“. Deutschland würde nicht mit einem Knall sterben, sondern still mit den Deutschen vergehen. Letzte Woche wurden die neuen Daten des Mikrozensus 2010, der größten deutschen Haushaltsbefragung, der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit der Auswertung des Datenbestandes wird offenbar: Das Land ist wieder ein wenig stiller geworden.

Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland dramatisch gesunken: um 2,1 Millionen. Lebten im Jahr 2010 rund 13,1 Millionen Minderjährige in Deutschlands Haushalten, so waren es im Jahr 2000 noch 15,2 Millionen. Das machte die Größenordnung der Städte Hamburg und Bonn aus. Der rückläufige Trend wird sich indessen weiter fortsetzen, so die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Heute beträgt der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung von 81 Millionen Menschen nur noch 16,5 Prozent. Seit Anfang der 60er Jahre ist die Geburtenzahl in West- und Mitteldeutschland um rund 50 Prozent zurückgegangen. Ende 2010 lag die Geburtenrate bei nur noch 1,36 Kindern pro Frau – und damit niedriger als während der Hungerjahre nach dem verlorenen Krieg (1,9).

Deutschland ist damit, in den Worten des Präsidenten des Stati-

Kollektiver Suizid durch Verhütung und Abtreibung

stischen Bundesamtes in Wiesbaden, Roderich Egeler (CDU), das „kinderärmste Land“ in Europa. Wieder stehen mehr Wiegen leer, ist das Lächeln eines Säuglings weniger zu sehen, verschwinden Kinderweinen, herausfallende Milchzähne, belebte Spielplätze und aufgeschlagene Knie aus dem Erfahrungsschatz der Allgemeinheit.

Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik lag in der letzten Dekade der Rückgang an Kindern bei zehn Prozent, im Osten der Republik falle die Regression „noch gravierender“ aus, so Egeler, der den Bericht „Wie leben Kinder in Deutschland?“ in Berlin vorstellte. Zwischen Elbe und Oder lebten 2010 fast 29 Prozent weniger Menschen unter 18 Jahren als noch vor zehn Jahren. Was allerdings nicht nur mit der Geburtenrate unter dem Bestandserhaltungsniveau zu tun hat, sondern auch mit der schlechten Wirtschaftslage. Noch immer wandern jüngere, klügere und besser ausgebildete Frauen aus den neuen Bundesländern zu Tausenden in die alten Länder ab, nicht wenige auch ins Ausland. Sofern Kinder da sind, kommen diese mit, was die „Ostbilanz“ im Saldo verschlechtert.

„Kinder sind das Wertvollste einer Gesellschaft“, so Statistik-Präsident Egeler. Doch weitere außerhäusliche Betreuungsangebote für Kleinkinder und finanzielle Hilfen für Familien werden es kaum richten. Der heutige Europäer sei in der Gefahr, schrieb der ehemalige Abt Gregor Henckel von Donnersmarck für eine Debatte im „Focus“, Freiheit und Wohlstand als Endpunkte seiner Entwicklung anzusehen. Daraus resultiere die Unlust an der Zukunft. Nicht nur Deutschland, ganz Europa „hat sich geradezu in den Suizid gestürzt – durch Verhütung, Abtreibung, Ehescheidung und die Gleichberechtigung anderer, nicht auf Fortpflanzung angelegter sexueller Lebensformen. In spätestens 200 Jahren dürfte es kein Europa im herkömmlichen Sinne mehr geben.“ *Christian Rudolf*

Die Wahrheit würde genügen

Warum es in Deutschland keine Tea-Party-Bewegung gibt

Von der deutschen Linken und den ihnen verbundenen Medien als reaktionär empfunden und deshalb mit Argwohn begleitet, haben in den USA der konservativen Idee verschriebene Patrioten die Tea-Party-Bewegung etabliert. In der Namensgebung berufen sie sich auf den 1773 in Boston gegen die britische Kolonialpolitik geleisteten zivilen Widerstand. Die Interpretation von bürgerlicher Freiheit der heutigen Tea-Party-Aktivisten ist den Befürwortern des Wohlfahrtsstaats beiderseits des Atlantiks ein Dorn im Auge. Um diesen am (Über)-Leben zu halten, nehmen sie den Steuerzahler mit einem Griff in dessen Tasche mitleidlos in die solidarische Verantwortung. Das Opfer-Klientel der Linken, der von Unterstützung abhängige Bürger, übersieht dabei nur allzu leicht, wie der fürsorgende Sozialstaat ihn schleichend Stück für Stück entmündigt.

Die Anhänger der Tea Party hingegen setzen auf mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und wollen diesem mehr individuelle Freiräume zuweisen. Sie stellen in Abrede, dass essentielle, den Bürger betreffende Anliegen von staatlichen Institutionen effizienter bedient werden. Im Gegenzug soll vielmehr der ausufernde Staatsapparat durch eiserne Haushaltsdisziplin in die Schranken gewiesen werden. Dies bedeutet für rot-grüne Parteigänger mit ihren Forderungen nach höheren Steuern ein unerhörtes Sakrileg. In der Konsequenz lässt ein Teil der deutschen Medien nichts unversucht, die

Deutsche Medien wirken an Diskreditierung mit

konservative Bewegung zu diskreditieren. Freilich muss es für deutsche Ohren befremdlich klingen, wenn einer der Vorreiter der Bewegung, Grover Norquist, bereits 1982 verkündete: „Ich verfolge das Ziel, den Staatsapparat innerhalb von 25 Jahren zu halbieren und auf eine Größe zu reduzieren, wo wir ihn in der Badewanne ertränken können.“ Doch diese Rabulistik gibt nicht die Meinung der überwiegenden Anhängerschaft der Tea Party wieder. Mit der jugendfrischen Heather De Lisle erleben momentan deutsche Fernsehzuschauer, dass das so gern gepflegte Image des verstaubten, rückwärts gewandten Konservativen ein Zerrbild ist. Auch wenn sie nicht in allen Punkten mit den Zielen der Tea-Party-Aktivisten übereinstimmt, so klar bezieht sie Position für Meinungsfreiheit außerhalb der Vorgaben der „Political Correctness“. Von ihren Gefolgsleuten fordert die als „hipp“ empfundene Journalistin entschlossenes Handeln in der Absicht, das Feld der Meinungsäußerung nicht linken Gutmenschen allein zu überlassen. Anstatt dessen gelte es, aus der passiven Ecke herauszukommen und selbstbewusst Flagge zu zeigen. Der Begriff „konservativ“ müsse künftig besonders von Jungwählern als Synonym für „politically cool“ wahrgenommen werden.

Dazu bedürfte es nicht der in jüngster Vergangenheit zu verzeichnenden Gründung neuer Gruppierungen rechts von CDU/CSU, denen bis dato samt und sonders kaum nennenswerter dauerhafter Erfolg beschieden war. Vielmehr sollten Politiker der etablierten Parteien den Mut aufbringen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen, welche die Bevölkerung heute nur hinter vorgehaltener Hand zu äußern sich traut. Kein einfaches Unterfangen in einem Land, in dem ein patriotisches Bekenntnis nicht selten als „rechtspopulistisch und deshalb uncool“ abgetan wird und zumindest aktuell wenig gefragt zu sein scheint. *Michael Johnschwager*

MELDUNGEN

Mehr Geld für Griechenland

Kopenhagen – Dänemarks Finanzminister Jan Kees de Jager hat in einem Brief an das dänische Parlament die Existenz einer Bürgschaft über 35 Milliarden Euro für Griechenland bestätigt. Die zusätzlich zum 109 Milliarden Euro-Hilfspaket gegebene Garantie der Eurozonen-Staaten gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) soll es griechischen Banken erlauben, sich während der Phase des erwarteten „teilweisen Zahlungsausfalls“ weiterhin bei der EZB mit Liquidität versorgen zu können. Die bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannte Bürgschaft soll Teil der Vereinbarungen des Gipfels der EU-Regierungschefs vom 21. Juli sein. *N.H.*

Filmreifer Gasprozess

Kiew – Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch bereut vermutlich, sein Einverständnis zur Fernsehübertragung des Prozesses gegen Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko gegeben zu haben, der vorgeworfen wird, beim Abschluss des Gasvertrags mit der russischen Gazprom 2009 ihrem Staat einen Schaden in Höhe von 200 Millionen US-Dollar zugefügt zu haben. Die Oppositionspolitikerin nutzte die Gerichtsverhandlungen zu medienwirksamen Auftritten gegen Janukowitsch, indem sie das Justizsystem kritisierte und den unerfahrenen 32-jährigen Richter Rodion Kirejew regelrecht vorführte. Als Timoschenkos Anwalt bei einer Verhandlung applaudiert wurde, ließ der Richter den Saal räumen. Es kam zu Tumulten, die Timoschenko aus dem Zeugenstand mit ihrem Handy filmte. Diese und weitere Aufnahmen sind bei Twitter veröffentlicht. Zudem hat Timoschenko Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen gesetzwidriger Strafverfolgung eingereicht. *MRK*

Brüssels schwarze Kassen

Wie die EU Geldverschwendung zur Geheimsache erklärt – Verstoß gegen Transparenzrichtlinien

Seit dem Jahr 2007 steigt die Zahl der als „vertraulich“ deklarierten Posten im EU-Haushalt massiv an. Angaben zu den Empfängern und den Verwendungszwecken werden bei den entsprechenden Zahlungen nicht gemacht. Bekannt gewordene Details lassen vermuten, dass es der EU-Kommission weniger um die Sicherheit der Empfänger geht, als darum, sich Diskussionen über die geförderten Projekte zu ersparen.

Wenn es um die EU-Finanzen geht, müssen Europas Steuerzahler seit einigen Jahren eine zwiespältige Erfahrung machen. Die Forderungen aus Brüssel werden immer höher, gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, über die Verwendung der Gelder überhaupt noch Rechenschaft abzulegen. Zum bevorzugten Mittel der EU-Kommission, wenn es darum geht, sich von Bürgern und Abgeordneten nicht in die Karten gukken zu lassen, scheinen sich die „Vertraulichen Zahlungen“ entwickelt zu haben. Ursprünglich vorgesehen waren derartige Haushaltsposten nur für eng definierte Ausnahmefälle. Zum Schutz der Empfänger sollen zum Beispiel Namen geheim gehalten werden, wenn von der EU Oppositionsgruppen in Diktaturen unterstützt werden.

Als es im Jahre 2007 lediglich 104 als „geheim“ eingestufte Posten im EU-Haushalt gab, mag das für viele Beobachter noch glaubhaft gewesen sein. Im Jahre 2010 ist die Zahl der vertraulichen Haushaltsposten auf 342 angewachsen. Nach Angaben der „Financial Times Deutschland“ stieg das Volumen der Geheimzahlungen von 87 Millionen Euro im Jahre 2007 auf über 408 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Was sich hinter diesem massiven Anstieg innerhalb weniger Jahre verbirgt, scheint im EU-Parlament bisher allerdings nur eine Minderheit der Abgeordneten zu interessieren. Etwa den fraktionslosen Martin Ehrenhauser, der mithilfe parlamentarischer Anfragen in der Vergangenheit bereits etwas Licht in das undurchsichtige Finanzgebaren der EU-Kommission bringen konnte. Schon die wenigen Fälle, in denen es dem Österreicher gelungen ist, für Aufklärung zu sorgen, lassen vermuten, dass die Kommission inzwischen dazu übergegangen ist, das Instrument der geheimen Haushaltsposten systematisch zu missbrauchen.

Dabei scheint es oftmals nicht um den Schutz der Empfänger, sondern um das Unterbinden kritischer Nachfragen über die Verwendung der Mittel zu gehen. So musste die Kommission etwa nach hartnäckigen Nachfragen bestätigen, dass Zahlungen in Höhe von 79 Millionen Euro für die Gesundheits- und Wasserversorgung Moldawiens zu Unrecht als „vertraulich“ klassifiziert waren. Die angeblichen Verwaltungsfehler, die zur Geheimeinstufung geführt hatten, scheinen sich auch bei Zahlungen der EU in Höhe von 59 Millionen Euro für ein Computersystem in Honduras wiederholt zu haben. Auch die Gehaltszahlung für palästinensische Beamte in Höhe von 127 Millionen Euro erfüllen nicht die Bedingungen, die für vertrauliche Haushaltsposten eigentlich vorgesehen sind.

Umstrittene Projekte systematisch als vertraulich eingestuft

Die von der EU-Kommission herbeigezogene Begründung bei den aufgedeckten Fällen von falscher Klassifizierung – „Fehler innerhalb der Verwaltung“ – überzeugt mit jedem bekannt gewordenen Fall weniger. Stattdessen wächst die Vermutung, dass es der EU-Kommission darum geht, Diskussionen mit Bürgern und Abgeordneten darüber, wie sinnvoll die geförderten Projekte sind, von vornherein auszuschließen. Diese Praxis der Verschleierung wäre dann genau das Gegenteil der versprochenen Transparenz bei der Planung des EU-Haushalts.



Bestreitet Intransparenz der Finanzen: EU-Steuerkommissar Janusz Lewandowski *Bild: pa*

Offizieller Anspruch des 2008 gestarteten „EU-Finanztransparenzsystems“ war es, die Ausgaben und die Empfänger von Zahlungen für jedermann überprüfbar zu machen. Mit dem zunehmenden Rückgriff auf die geheimen Haushaltsposten wird die versproche Transparenz allerdings zur hohlen Phrase. Angesichts des Umfangs, den diese Zahlungen inzwischen erreicht haben, ist der Aufklärungsbedarf hoch. Außer den Gehaltszahlungen für palästinensische Beamte werfen zum Beispiel auch weitere Zahlungen an die Palästinenser-Behörden in Höhe von über 100 Millionen Euro Fragen auf. Eine wahre Sisyphusarbeit stellen 2311 anonyme Empfänger dar, die 109 Millionen Euro erhalten haben. Umfangreiche Summen gingen an Personen, die in Deutschland, Frankreich oder den Niederlanden leben. Dass für diese Empfänger mit einem Wohnsitz innerhalb der EU ein Sicherheitsrisiko bestehen soll, wenn ihre Namen bekannt werden, ist kaum glaubhaft. Wahrscheinlicher ist, dass auch in diesen Fällen die EU-Kommission zu einem späteren Zeitpunkt wieder einmal einräumen muss, dass sich „Verwaltungsfehler“ eingeschlichen haben.

Völlig unverständlich ist allerdings auch, dass die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments angesichts der zunehmenden Geheimhaltungspraktiken der EU-Kommission kaum einen Aufklärungsbedarf sieht. Bisher sind es nur einzelne Abgeordnete, die ihrer Kontrollpflicht bei den EU-Finanzen ernsthaft nachkommen. Bei einem derartigen Desinteresse wundert es dann auch nicht mehr, wenn EU-Steuerkommissar Janusz Lewandowski mit der Behauptung, dass „weltweit wenige Behörden die Transparenz ihrer Finanzen so ernst nehmen wie wir“, in Straßburg und Brüssel kaum auf Widerspruch trifft.

Norman Hanert

Kraftmeierei am Seligersee

Putin streichelt nationale Seele – Thementest für den Wahlkampf

Die russischen Wahlen zur Duma am 4. Dezember rükken näher, und der russische Premierminister Wladimir Putin gerät innenpolitisch unter Druck. Putin ist Vorsitzender der Kreml-Partei „Einiges Russland“ – wenn auch ohne deren Mitglied zu sein – und diese verliert in den Umfragen rapide an Zustimmung. Das muss auch Russlands ehemaligen Präsidenten beunruhigen, dessen Ambitionen auf das Amt des Staatsoberhauptes unverkennbar sind, obgleich Putin offiziell noch nicht entschieden hat, ob er im kommenden Frühjahr noch einmal antreten will.

Dann sind Präsidentschaftswahlen und Amtsinhaber Dmitrij Medwedjew, der ganz offenbar Geschmack an der Macht gefunden hat, ist nicht gewillt, für seinen Ziehvater einfach das Feld zu räumen. Beide trennen unterschiedliche staats- und gesellschaftspolitische Vorstellungen: Der vergleichsweise liberale Medwedjew prangert die Zustände im Lande an, beschwört allenthalben die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen und möchte das Riesenreich innerlich erneuern – wenigstens erweckt er diesen Eindruck – und spricht damit die „Westler“ unter der russischen Intelligenzija an. Zudem hat er einen besseren Draht zum politischen Westen. Als erster ausländischer Staatsmann gratulierte er dem US-Präsidenten, der am Donnerstag vergangener Woche seinen fünfzigsten Geburtstag feierte.

Putin richtet sich an konservative, national gesinnte Bürger und steht in der Tradition der allrussischen Slawophilen. Seine politischen Rezepte wie seine Stilmittel sind äußere Stärke und verbale Kraftmeierei: Unvergessen die Bilder, die Putin mit nacktem Oberkörper beim Angeln in der Wildnis zeigen, den sonnenbrillenversniegelten Blick in die Ferne gerichtet.

Zusammenschluss mit Belarus »möglich und wünschenswert«

Mit seinen Äußerungen auf einem Ferienlager kremltreuer Jugendlicher hat Putin seinem Image als starker Mann wieder alle Ehre gemacht. Den Zusammenschluss der Russischen Föderation mit der unabhängigen Republik Belarus und die Rückkehr zu einer Einheit nach Sowjet-Vorbild nannte der Premier „möglich und sehr wünschenswert“. Immerhin konzedierte er bei dem Treffen mit der Kaderreserve am Seligersee rund 400 Kilometer nordwestlich von Moskau, ein solcher Schritt hänge „gänzlich vom Willen des weißrussischen Volkes ab“. Putin, der sich bei dem Versuch ablichten ließ, eine Bratpfanne mit bloßen Händen zusammenzudrücken, schloss auch einen möglichen Anschluss der von Georgien abtrünnigen Region Südossetien nicht aus und warf den USA „Finanzparasitentum“ vor. Die Herzen von Patrioten und Sowjetnostalgikern dürfte es gewärmt haben.

Der Osteuropaexperte Eberhard Schneider vom EU-Russia Centre in Brüssel vermutet den Wahlkampf hinter Putins Worten – und ein Manöver gegen Medwedjew. Putins „Ziel ist, dass bei der Staatsdumawahl am 4. Dezember ‚Einiges Russland‘ so viele Stimmen bekommt, dass die Abgeordneten in der Duma die Zweidrittelmehrheit haben“, so der Russlandkenner. Damit könnten sie die Verfassung ändern und ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einleiten. Aus Minsk kam hingegen postwendend ein „Njet“. Ein Sprecher des Außenministeriums der früheren Sowjetrepublik verwies auf die Position von Staatschef Alexander Lukaschenko, dem die Unabhängigkeit Weißrussland als „heilige Sache“ gelte. Vertreter der ohnehin national eingestellten Opposition verwahrten sich ebenso gegen russische Vereinnahmungsversuche. *Christian Rudolf*

Zeitbombe Kosovo tickt wieder

In dem neuerlichen Konflikt gibt es keinen Gewinner

Als Kosovo-Premier Hashim Thaci am Abend des 25. Juli die nördlichen Grenzübergänge Jarinje und Brnjak von Polizeieinheiten besetzen ließ, um ein von ihm verfügtes Einfuhrverbot serbischer Waren zu kontrollieren, war der friedliche Schein dahin. Dabei schien der kosovarische Dauerkonflikt im ersten Halbjahr 2011 zu enden, nachdem sich Serben und Albaner im Dialog sogar über die leidige Frage der Zollstempel geeinigt hatten: Statt „Zoll der Republik Kosova“, was Serbien ablehnte, sollte es künftig „kosovarischer Zoll“ heißen und so normaler Warenaustausch zugunsten der fürs Kosovo defizitären Handelsbilanz möglich sein.

Im Jahre 1991 lebten im Kosovo 1,9 Millionen Menschen, darunter 195 301 Serben. Nach 1999 wurden 230 000 Nichtalbaner vertrieben, wogegen sich die Serben in regionalen „Wagenburgen“ wehrten. Im Norden (Mitrovica), Südosten (Pomoravlje) und im Zentrum (Gracanica) leben noch 126 000 Serben. Sie unterstützen Belgrad bei dessen Ablehnung kosovarischer Unabhängigkeit, die vor allem auf Druck der USA im Februar 2008 einseitig proklamiert wurde.

Fünf EU-Staaten und zwei Drittel aller UN-Mitglieder haben diese Unabhängigkeit nicht anerkannt, auch ist das Kosovo durch die Serbengebiete, vor allem um Mitrovica, in Teilen der albanischen Kontrolle entzogen. Ökonomisch bewahrte das Kosovo im Frühjahr 2011 nur ein Kredit des Internationalen Währungsfonds über 22 Millionen Euro vor der Pleite. Premier Thaci sah sich zum Jahresende 2010 vom Europarat als Wahlbetrüger und Mafia-Boss überführt. Gründe genug für den „Befreiungsschlag“ der Besetzung von Jarinje und Brnjak, der Serben und internationale Gemeinschaft verstummen lassen würde – erstere mit Blick auf ihre EU-Beitrittschancen, letztere als „Paten“ des „Mafia-Areals“ Kosovo: „Ich habe die Unterstützung der USA und Brüssels“, tönte Thaci triumphierend.

Serbiens Chancen auf EU-Beitritt schwinden

Im Nord-Kosovo sorgten serbische „Eingreif-Komitees“ dafür, dass Thacis Trupps sofort bei der KFOR-Schutztruppe unterkriechen mussten und in Belgrad redete Präsident Boris Tadic in einem Fernsehinterview vom 29. Juli würtend Klartext: Thaci habe im Auftrag der US-Botschafter in Priština und Belgrad gehandelt, auch der EU komme die Krise gelegen, sie wolle Serbien nicht als Mitglied, die Kosovaren wollten ein ethnisch reines Kosovo, aber Serbien ließe sich nicht erpressen. „Wenn Brüssel uns sagt“, so Tadic weiter, „Anerkennung des Kosovo oder kein EU-Beitritt, dann ist unsere Antwort nein.“

Das zeigte Wirkung. Umgehend ließen alle Thaci fallen – die USA, die EU, die Nato und die EU-Polizeimission Eulex sagten deutlich, dass die Kosovaren sie „übertölpelt“ hätten und von der Konfrontation zum Dialog zurückkehren müssten. Eine erste Abmachung mit KFOR-Kommandeur Generalmajor Erhard Bühler hatte Thaci am 27. Juli noch „inakzeptabel und unausführbar“ genannt, eine zweite vom 4. August, die viel weiter ging, schluckte er: Seine Polizei rückte ab, bis zum 15. September bewachen Eulex- und KFOR-Kräfte die Grenze und stellen den ungehinderten Verkehr sicher. Die auf 5500 Mann ausgedünnte KFOR-Truppe wird aufgestockt, allein die Deutschen stellen 550 weitere Soldaten (siehe *PAZ* Nr. 31). Zukunftslösungen bot Serbiens Vizepremier Bozidar Djelic an: „Wenn 22 EU-Staaten unsere Kosovo-Sicht tadeln und fünf Staaten die Sicht Prištinas ablehnen, dann muss Europa uns beide zu einem Kompromiss prügeln.“ *Wolf Oschlies*

Der Staat ist nicht dein Freund

Warum Sparer und verschuldete Regierungen entgegengesetzte Interessen verfolgen

Den großen Auftritt von Kanzlerin Angela Merkel und ihrem damaligen sozialdemokratischen Finanzminister Peer Steinbrück im Herbst 2008 hat niemand vergessen: Die Bundesregierung stehe für die Sparguthaben aller Deutschen in voller Höhe ein, niemand müsse sich davor ängstigen, sein Geld zu verlieren.

Der Auftritt hatte Erfolg: Der befürchtete Ansturm auf die Banken blieb aus. Wären die Deutschen tatsächlich losgerannt, um ihre Konten abzuräumen, wäre das Bankensystem über Nacht kollabiert.

Dabei war das Versprechen ein gigantischer Bluff: Anfang 2011 gab Steinbrück zu, dass er bis heute nicht wisse, auf welcher rechtlichen Grundlage die Kanzlerin und er 2008 eigentlich gehandelt hätten. Und die finanziellen Mittel, sämtliche Sparguthaben der Deutschen zu erstatten, hatte Berlin weder damals noch sonst irgendwann. Dennoch blieb die Botschaft hängen: Die Regierung stellt sich schützend vor die Bürger, die Opfer skrupelloser „Spekulanten“ zu werden drohten.

Nun ist die Verunsicherung von 2008 zurückgekehrt, Beobachter sprechen bereits von „Panik“. Und wieder präsentieren sich die Regierungen als Beschützer der kleinen Leute, der Sparer zumal. Doch heute, nach drei Jahren, in denen eine ganze Palette rechtskräftiger Verträge im und zum Euro-Raum von der Politik verletzt und fundamentale Versprechen gebrochen wurden, fände ein neuerliches Versprechen à la 2008 wohl kaum noch die gleiche warme Aufnahme im Volk wie seinerzeit.

Das gewachsene Misstrauen wird beflügelt durch eine grundlegende Frage: Stimmt es überhaupt, dass verschuldete Staaten und sparende Bürger wirklich in einem Boot sitzen, dass sie die gleichen Interessen verfolgen?

Einerseits schon: Beide haben ein Interesse an einer gut laufenden Wirtschaft. Der Staat, weil er dann mehr Steuern einnehmen kann und die Altschulden im Verhältnis zu einem wachsenden Bruttoinlandsprodukt an Gewicht verlieren (Schuldenquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt). Die Bürger, weil eine gute Konjunktur mehr Arbeit und höhere Löhne in Aussicht stellt.

Hier endet aber auch schon die Übereinstimmung. Tief in den roten Zahlen, muss dem Staat daran gelegen sein, seine Last zu verringern. Ab einer bestimmten Schuldenhöhe ist es jedoch kaum mehr möglich, diese Last allein durch Einnahmeerhöhungen oder Ausgabenkürzungen abzubauen. In dieser Dimension sind nahezu alle westlichen Länder gelandet.

Hier kann es dem Staat nur noch darum gehen, den realen Wert seiner Schulden zu reduzieren. Dies geschieht durch Geldentwertung. Dabei ist nicht allein die nackte Inflationsrate entscheidend, sondern das Verhältnis von Inflationsrate und Zinsniveau, der sogenannte „Realzins“. Ist die Inflationsrate höher als der Zins, den der Staat für seine Schulden zahlen muss, schrumpft der reale Wert der Schulden mit der Zeit ganz von selbst.

Erstmals seit 50 Jahren, so gaben die Statistiker jetzt bekannt, wurde in Deutschland dieser Zustand erreicht: Berlin zahlt für seine auf zehn Jahre laufenden Schuldpapiere weniger als die Inflationsrate.

Was für den verschuldeten Staat jedoch Entlastung bedeutet, heißt für den sparenden Bürger schleichende Enteignung. Der Begriff des Sparers ist dabei weit zu fassen: Es geht um Inhaber gewöhnlicher Sparkonten ebenso wie die von Lebensversicherungen oder Bausparverträgen, von Betriebs- und Riesterrenten. Überall spüren die Bürger, wie ihre Erträge auf real nahezu null und bald vielleicht sogar darunter fallen.

Schuldner lieben die Inflation, Gläubiger müssen sie fürchten

Einst hatten sie in solchen Lagen einen mächtigen Schutzherrn, der sich der schleichenden Enteignung durch den Schuldenstaat entgegenstellte: die Bundesbank. Im Falle von Inflation setzte sie die Zinsen herauf. Das hatte zweierlei zur Folge: Die Leute legten ihr Geld wegen lukrativer Renditen vermehrt zurück, was die Währung stabilisierte und die Inflation wieder dämpfte. Und solange die Inflation anhielt, konnte sie den Sparern nichts anhaben, weil der Zins immer höher war als die Inflation, womit der wahre Wert ihres Guthabens erhalten blieb.

Die Bundesbank war allein der Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität verpflichtet, mit den Folgen seines Finanzgebahrens musste der Staat allein klarkommen. So kümmerte es die Bundesbank nicht, als sie Anfang der 80er-Jahre die ohnehin gewaltigen Finanzprobleme der untergehenden SPD/FDP-Koalition noch dadurch verschärfte, dass sie den Leitzinssatz kräftig nach oben setzte: Die Inflation war in Folge des zweiten Ölpreisschocks 1980 in die Höhe geschnellt, die Menschen flüchteten (wie heute) massenhaft weg vom Papiergeld ins Gold. Um die Stabilität des Geldes und der Guthaben der Deutschen zu sichern, tat die Bundesbank daher das, was nötig war: Zinsen kräftig rauf.

Ganz anders heute: Der EZB-Leitzinssatz ist (auch aus Rücksicht auf die schwächelnden Randländer des Euro) viel zu niedrig für die Inflation in Deutschland. Zudem gefährdet die EZB die Geldwertstabilität noch dadurch, dass sie Anleihen von Schuldenstaaten zu Dumpingzinsen aufkauft, also weit weniger Zinsen für die Anleihen verlangt, als es laut Markt eigentlich angezeigt wäre. Damit schöpft die EZB Geld aus dem Nichts ohne entsprechenden realen Gegenwert – ein sicherer Antreiber von Inflation.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet versucht dem Publikum derweil weiszumachen, dass er die Interessen beider Seiten gleichermaßen vertritt: Er helfe den Staaten bei der Bewältigung ihrer Schuldenmisere und halte dennoch den Euro im Interesse der Sparer „hart wie die Mark“. Er tritt damit auf wie ein Anwalt, der schwört, die Interessen zweier streitender Parteien vor Gericht gleichzeitig zu vertreten.

In so einer Konstellation ist eine der Parteien notwendigerweise die Betrogene. In einem Rechtsstaat wird dies daher als „Parteiverrat“ verurteilt und streng bestraft. Angesichts der Euro-Schuldenkrise aber sollen die Bürger dies für verantwortliches Handeln zu ihrem eigenen Besten halten.

Trichet behauptet tatsächlich nach wie vor, dass die direkte Subventionierung von Schuldenstaaten durch „Gelddrucken“ (nach Griechenland, Portugal und Irland kommen ab sofort auch die Schwergewichte Italien und Spanien in diesen Genuss) keine negativen Auswirkungen auf die Werthaltigkeit von Sparergeld entfaltet. Kaum zu glauben, dass der Franzose das ernst meint. Doch wie sagte der Chef der Euro-Gruppe, der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker: „Wenn es ernst wird, müssen wir eben lügen.“ *Hans Heckel*



Der gefürchtete „bank run“: Im September 2007 stürmten englische Sparer die Filialen der Bank „Northern Rock“, eine erste Schockwelle der heraufziehenden Finanzkrise Bild: mauritius

KURZ NOTIERT

Chinesische Geldentwertung auf Dreijahreshoch: Die Inflation in China hat im Juli unerwartet stark um 6,5 Prozent zugenommen. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt verzeichnete damit die höchste Teuerungsrate seit drei Jahren. Lebensmittel kosteten im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar 14,8 Prozent mehr. Steigende Produktionskosten seien die Ursache der Inflation, sagte ein Ökonom am China Center for International Economic Exchange. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt war im zweiten Quartal 2011 um 9,5 Prozent gestiegen. *CR*

Hohe Nachfrage nach Immobilien: Die aktuelle Finanzkrise beschert Immobilienmaklern hervorragende Geschäfte. Wegen der Suche nach einer sicheren Geldanlage wechseln selbst solche Immobilien den Besitzer, die sonst nur schwer zu vermitteln waren. „Die Nachfrage ist gar nicht zu bedienen zurzeit. Es gibt Kunden, die wollen auf Teufel komm raus kaufen“, gab ein für Anlageimmobilien zuständiger Manager in Hamburg die Stimmung wider. Selbst marode Ladenhüter gingen noch mit Preisaufschlägen weg. *CR*

Rubel auf Talfahrt: Die weltweiten Börsenturbulenzen nach der Herabstufung der USA durch die Ratingagentur Standard & Poor's haben auch die Währung des größten Flächenstaates der Erde in Mitleidenschaft gezogen. Am Dienstag gab der russische Rubel im Verhältnis zum Euro drastisch nach und sackte auf 41,90 Rubel je Euro ab. Er steht damit so tief wie seit einem halben Jahr nicht mehr. Premierminister Wladimir Putin versprach, nötigenfalls mit frischem Geld aus der Zentralbank die Märkte zu stützen. Moskau verfügt über die drittgrößten Gold- und Devisenreserven der Welt mit einem aktuellen Wert von 535 Milliarden US-Dollar. *CR*

Starker Franken für Schweiz problematisch: Die auf Exporte ausgerichtete Volkswirtschaft verliert Wettbewerbsfähigkeit. Firmen gehen ins Ausland, Mitarbeiter müssen mehr arbeiten und auf Lohn verzichten, berichtet die „NZZ“. *CR*

Fehlinvestitionen absehbar

EU erleichtert Schuldenländern den Zugang zu Struktur-Milliarden

Im Eilverfahren will die EU-Kommission sechs Ländern den Zugang zu Milliarden aus den EU-Strukturfonds erleichtern. Um die Konjunktur in diesen Ländern zu beleben, soll die Selbstbeteiligungsquote bei geförderten Projekten auf nur noch fünf Prozent abgesenkt werden. Sechs hochverschuldeten EU-Ländern – Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Lettland und Ungarn – wird der Zugriff auf 2,9 Milliarden Euro erleichtert, so die Pläne der EU-Kommission. Ihr Anteil an geförderten Projekten sinkt von derzeit 15 Prozent auf nur noch fünf Prozent. „Außergewöhnlich“ nennt Kommissionspräsident José Manuel Barroso selbst seinen Vorschlag, mit dem er eine wirtschaftliche Belebung erreichen will. Erstaunlich ist in der Tat, dass der Grundsatz der Beteiligung der Empfänger nahezu abgeschafft wird. Sinnvolles Ziel der Kofinanzierung war, dass auch die Geförderten ein Interesse daran haben, nur wirtschaftlich tragfähige Projekte auf den Weg zu bringen. Dass nicht einmal dieses Instrument kostspielige Fehlinvestitionen verhindert, lässt sich in Spanien beobachten. Dort hat sich das Netz für Hochgeschwindigkeitszüge zu einem EU-geförderten Milliardengrab entwickelt. Erst unlängst ist die neugebaute Strecke zwischen Toledo, Cuenca und Albacete wieder stillgelegt worden. Statt der kalkulierten 2200 Personen pro Tag wurden durchschnittlich neun Passagiere befördert. An den Kosten der Strecke, die auf bis zu 7,1 Milliarden Euro geschätzt werden, war die EU massiv beteiligt.

Empfänger leisten nur noch symbolische Eigenbeteiligung

Dass Länder wie Griechenland oder Rumänien mit einer nur noch symbolischen Kostenbeteiligung sinnvollere Projekte anschieben, darf bezweifelt werden. Spanien hatte immerhin einen nennenswerten Anteil an seinen Projekten selbst zu schultern. Von den 2,9 Milliarden Euro, die Brüssel nun verteilen will, werden auf Griechenland 879 Millionen Euro und auf Rumänien 714 Millionen entfallen. Drittgrößter Empfänger wird Portugal mit 629 Millionen Euro sein, während für Ungarn 308 Millionen, für Irland 98 Millionen und für Lettland 255 Millionen Euro in Aussicht stehen. Nur noch als Realsatire lässt sich das Vorhaben der Kommission bezeichnen, eine zusätzliche Arbeitsgruppe für Griechenland bereitzustellen. In dem mit Beamten reichlich gesegneten Land sieht die EU-Kommission keine „ausreichende Verwaltungskapazität“, so dass zusätzliche Beamte bei der Mittelvergabe helfen sollen. Die Behauptung der Kommission, dass mit dem Vorhaben für die sechs Krisenländer keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, ist richtig, dennoch gibt es für die Netto-Zahler Auswirkungen: Erst im Juni 2011 hatte der Haushaltsausschuss des EU-Parlaments beschlossen, dass Überschüsse von 4,54 Milliarden Euro aus dem Jahr 2010 den Mitgliedsstaaten auf ihren Beitrag zum Haushalt 2011 gutgeschrieben werden. Bei über der Hälfte dieser Summe, 2,72 Milliarden Euro, handelt es sich um nicht abgerufene Mittel aus EU-Programmen. Deutschland kann dadurch im Jahr 2011 immerhin eine Gutschrift von fast 923 Millionen Euro auf seinen EU-Beitrag erwarten. Dank Barrosos „außergewöhnlichem Vorschlag“ wird eine derartige Rückerstattung für Deutschland wahrscheinlich für längere Zeit die letzte gewesen sein. *Norman Hanert*

Polens Chance

Energie-Großmacht durch Schiefergas? – Vorräte für 300 Jahre

Gas aus unterirdischen Schiefervorkommen gilt derzeit noch als unkonventionell. Doch es könnte die globale Nachfrage nach Energieträgern befriedigen, wenigstens auf lange Jahrzehnte. In Polen werden gigantische Lagerstätten davon vermutet. Nach Schätzungen von Geologen soll nirgendwo in Europa mehr von dem Stoff vorkommen, der seit einiger Zeit die Planungen der Energiestrategen durcheinanderwirbelt. Polen, das gegenwärtig noch 90 Prozent seiner Energie aus Kohle erzeugt und 2010 zwei Drittel seines benötigten Gases aus Russland bezog, könnte mit Hilfe des Schiefergases sogar zum Energieexporteur werden – und reich wie Norwegen.

Warschau will ohnehin die Abhängigkeit von der Kohle verringern und seine Energiequellen diversifizieren. Verschiedene Möglichkeiten werden durchdacht, und das, anders als beim westlichen Nachbarn, gänzlich unideologisch. Die Regierung Tusk hält am Bau zweier Kernkraftwerke fest und sieht in den vermuteten Gasvorkommen eine „Riesenchance“.

„Im September werden wir über vollständige Daten darüber verfügen, wie groß die Schiefergasvorkommen sind“, sagt Polens Chefgeologe Henryk Jezierski, gleichzeitig Vize-Umweltminister. Die Analysen des Staatlichen Geologie-Instituts (PIG) dauerten an. Nach Schätzungen des Institutsdirektors Paweł Poprawa wird in ein oder zwei Jahren feststehen, ob das in tiefen Gesteinsschichten gebundene Gas förderbar ist. Experten sehen die Lagerstätten des Rohstoffes in einem Gürtel von Stettin und dem Ostseeufer in südöstlicher Richtung bis nach Rzeszow sich erstrecken. Ein zweites Gebiet potenzieller Vorkommen liegt in der Woiwodschaft Großpolen sowie in Niederschlesien. Das Gas, durch das Polen zu einer Energiegroßmacht werden könnte, lagert also vorwiegend in den historischen deutschen Ostprovinzen. Pommern, heute noch im Dornröschenschlaf dämmernd, könnte zum Hauptabbaugebiet werden.

Gasschiefer lagert auf ehemals deutschem Territorium

Im April hatte die US-amerikanische Energie-Agentur (EIA) Informationen veröffentlicht, nach denen Polen über gigantische 5,3 Billionen Kubikmeter ausbeutbare Vorkommen an Schiefergas verfüge und damit die am meisten unter allen 32 untersuchten Ländern auf dem europäischen Kontinent. Nach Überzeugung der EIA-Experten würde diese Menge den polnischen Energiebedarf der nächsten 300 Jahre sichern – wenn sie denn wirtschaftlich zu nutzen ist. Die Gasgewinnung aus Schiefer ist kompliziert und teuer, die Kollision mit dem Naturschutz evident.

Zurzeit hat Polen 87 Konzessionen an überwiegend US-amerikanische, kanadische und britische Firmenkonsortien zu Probebohrungen vergeben. Der neue Energieträger wäre für Polen ein strategisch wichtiger Rohstoff, doch in der Frage seiner praktischen Nutzbarkeit gehen die Einschätzungen weit auseinander. Nach Meinung von Experten wird es noch viele Jahre Untersuchungen brauchen, ob die Ausbeutung der Vorkommen überhaupt rentabel ist. Selbst Chefgeologe Jezierski nimmt einen Zeitrahmen von zehn bis 15 Jahren an, bis die industrielle Förderung beginnen kann. *Christian Rudolf*

Unglaubwürdig

Von Manuel Ruoff

Die Beteuerungen der Politik, sich bei der Anwerbung von Ausländern auf hoch qualifizierte und gut bezahlte Kräfte beschränken zu wollen, stößt bei den Deutschen offenkundig auf Skepsis. So lässt sich zumindest das Ergebnis einer Meinungsumfrage von Forsa interpretieren. Obwohl gut bezahlte Migranten eher in Konkurrenz zu deutschen Angestellten und Selbständigen denn zu deutschen Arbeitern treten würden, sind es vor allem letztere, welche die Forsa-Frage, ob mehr Fachkräfte aus europäischen Krisenstaaten nach Deutschland kommen sollten, verneinen. Bei ihnen sind es 77 Prozent gegenüber 52 Prozent bei den Angestellten und 44 Prozent bei den Selbständigen. Die mit Abstand wenigsten negativen Antworten erhielten die Meinungsforscher von den Beamten. Nur 28 Prozent antworteten mit nein. Das vermag nicht wirklich zu verwundern. Zum einen streben und strebten die 68er und ihre Jünger, die grundsätzlich jede Form der Erhöhung der Ausländerquote begrüßen, gerne an die Schulen und in andere staatliche Institutionen. Zum anderen brauchen sie die Konkurrenz von neuen Migranten nicht zu fürchten. Sie sind verbeamtet.

Kinkerlitzchen

Von Hans Heckel

Der Parteienstreit um Steuersenkungen, um Pkw-Maut oder Mineralölsteuer kann dem aufmerksamen Beobachter nur noch wie ein bizarres Schauspiel zur Ablenkung des Publikums vorkommen. Während hier um jede Million mit großem Getöse gerungen wird, wirken die stolzen Akteure selbst dabei mit, wie an anderer Stelle die finanzielle Basis des ganzen Landes aufs Spiel gesetzt wird.

Was sich auf der Ebene der Euro-Zone derweil abspielt, wird die Deutschen auf Generationen mit Verbindlichkeiten belasten, vor denen die Kosten aller „Streitpunkte", deretwegen sich die Berliner Parteigrößen unter größtmöglicher Öffentlichkeit balgen, lächerlich wirken, nichts als Kinkerlitzchen. Man mag kaum glauben, dass Merkel und Rösler, Gabriel und Trittin das Missverhältnis nicht wahrnehmen. Eher schon keimt der Verdacht, dass hier gezielt abgelenkt werden soll.

Dass den handelnden Personen nicht mehr viel an Bürgerbeteiligung liegt, darauf verweist schon ihre Entschlossenheit, die Haushaltshoheit des Bundestages unter das Kuratell eines „Europäischen Gouverneursrats" zu stellen. Der entsprechende Beschluss soll den Bundestag kommenden Monat passieren.

Ab 2013 kann der durch keine demokratische Wahl legitimierte Rat beliebige Summen von den Euro-Mitgliedsländern eintreiben. Danach werden die Volksvertreter über große Dinge kaum noch selbständig entscheiden dürfen, die Parlamente verkommen zur Staffage. So gesehen gewöhnen uns die Politiker mit ihrem Theater nur schon mal an unsere Zukunft.

Destruktives Multikulti

Von Jan Heitmann

Das, was sich derzeit in London und anderen englischen Städten abspielt, kennt man sonst nur aus französischen Vorstädten. Sind die Franzosen unzufrieden, gehen sie gern mal auf die Straße. Dann brennen Müllcontainer und Autos. Das kennt man. In London aber brennen ganze Straßenzüge, Horden von Randalieren ziehen zerstörend und plündernd durch die Stadt. Die Polizei ist machtlos, dort, wo sie einschreitet, wird sie vom Mob zum Rückzug gezwungen. Diese Unruhen sehen nicht nur nach Bürgerkrieg aus, in gewisser Weise sind sie es auch.

Unruhen hat es in Großbritannien immer wieder gegeben. Vor 30 Jahren erschütterten Brandschatzungen und Plünderungen den Londoner Stadtteil Brixton. Damals war offen von „Rassenkrawallen" die Rede. 1985 und 2005 kam es in Lozells, dem Einwandererviertel von Birmingham, zu gewaltsamen Ausschreitungen, die mehrere Todesopfer forderten. Dabei traten der Hass der zu 80 Prozent ethnischen Minderheiten angehörenden Bewohner des Stadtteils auf Staat und Gesellschaft deutlich zu Tage. Ebenfalls 1985 entlud sich im Londoner Stadtteil Tottenham die Gewalt, weil sich die überwiegend scharze Bevölkerung von der angeblich rassistischen Polizei gegängelt fühlte.

Auch die derzeitige Eskalation der Gewalt lässt sich nicht allein mit „Vergeltung" für den Tod eines jungen Familienvaters durch eine Polizeikugel erklären. Auch nicht mit sozialen Verwerfungen. Und erst recht nicht damit, dass diese Gewalt „ein Hilferuf" der zu kurz Gekommenen sei. Die britische Politik hat aus dem blutigen Aufruhr der vergangenen Jahrzehnte nichts gelernt. Was ging das saturierte Bürgertum auch das Geschehen in den Unruhevierteln an? Man kokettierte lieber mit seiner Toleranz. So wurde das Gewaltpotenzial, das bei erschreckend vielen Angehörigen der ethnischen Minderheiten zu beobachten ist, ignoriert und unverdrossen das Ideal von Multikulti gepflegt. Heute offenbart sich die Verwundbarkeit und Destruktivität der multikulturellen Vielfaltsgesellschaft, die der Werte- und Identitätslosigkeit, der Verrohung und dem Hass auf die staatliche Ordnung Vorschub leistet, die sich nun in Gewalt entladen.

> Aufruhr in London ist das Ergebnis der Vielfaltsgesellschaft

Das ist beileibe kein nationales britisches Problem. In London zeigt sich, was den anderen Ländern Europas bevorsteht, in denen als Folge einer ungezügelten Einwanderung und der gescheiterten Integration der Einwanderer gravierende gesellschaftliche Probleme entstanden sind. Der US-amerikanische Nachrichtendienst CIA hat diese Entwicklung bereits vor einigen Jahren vorausgesehen und prophezeit, dass ab dem Jahr 2010 in Europa die Häuser brennen würden und es zu Straßenkämpfen und Mordanschlägen kommen wird. In ihrer Studie sagt die CIA den Zusammenbruch der EU spätestens für das Jahr 2020 voraus.



Szenen wie im Bürgerkrieg: Gewaltsame Konfrontation zwischen Londoner Bereitschaftspolizei und randalierenden Jugendlichen

Bild: Getty Images

Moment mal!



Planet der Ratten

Von Klaus Rainer Röhl



Bayreuth. August 2011. Festspielhaus. Lohengrin. Eine Wiederaufnahme der skandalumwittterten, vom Publikum mehrheitlich ausgebuhten Inszenierung vom Vorjahr. Beide Hauptrollen, Elsa und Lohengrin, sind neu besetzt. Für die Dauerbesucher der Festspiele so gut wie eine Premiere. Eine Stunde vor Beginn versammeln sich die festlich gekleideten Gäste und beäugen sich. Ist der da, ist der da? Die 1974 Plätze sind bis auf den letzten ausverkauft. Seit sieben Jahren. So lange dauert die Wartezeit für gewöhnliche Interessenten. Weil der Tod nur sehr langsam die Reihen der Dauer-Abonnenten lichtet. Wie immer stehen ein paar junge Leute, ebenfalls im Abendanzug, an der Kasse und warten auf jemanden, der in letzter Minute noch seine Karten abgibt. Sie kaufen auch nach der ersten Pause noch eine für den Rest des Abends, sagt man. Aber niemand gibt an diesem Nachmittag seine kostbaren Karten preis.

Um 16 Uhr Fanfaren vom Balkon des Festspielhauses. Einzug des Publikums. Die rund 2000 Wagner-Liebhaber (Durchschnittsalter 75) zwängen sich in die engen, harten Holzbänke, die meisten haben Sitzkissen mitgebracht. Aus dem unsichtbaren Orchestergraben tönt, unwirklich schön und zart, die Musik der Ouvertüre. Der Orchesterklang ist einmalig, der Dirigent berühmt, die Sänger europäische Spitze, der Chor einzigartig in der Welt. Die Wagnerianer schließen verzückt die Augen, viele behalten sie vorsichthalber gleich geschlossen. Zu viel haben sie in den Jahren schon an missglückten Regieeinfällen gesehen und zu viel auch von dieser Lohengrin-Aufführung des 70-jährigen Hans Neuenfels gehört, der schon 1981 in Frankfurt Verdis Aida als Putzfrau auf die Bühne brachte, den Chor zum Triumphmarsch mit Brathähnchen herumwerfen ließ und 2010 in Bayreuth auch Richard Wagner gegen den Strich bürsten durfte.

Die romantische Oper, von Wagner als untrennbare Einheit von Text und Musik seinen Erben hinterlassen, wurde „entstaubt", wie man das heute nennt. Gründlich entstaubt. Das sieht so aus: König Heinrich I., der Gründer des deutschen Reiches, ist mit seinem Gefolge, thüringischen und sächsischen Grafen und Rittern nach Brabant gereist, um auch den dort lebenden brabantischen Adel für die Heerfolge im Krieg gegen die Ungarn zu gewinnen, weil Weib und Kind bedroht sind von der „Ungarn Wut":

Hört! Grafen, Edle, Freie von Brabant! Heinrich, der Deutschen König, kam zur Statt, mit euch zu dingen nach des Reiches Recht. Gebt ihr nun Fried' und Folge dem Gebot?

Der Chor der Brabanter: Wir geben Fried' und Folge dem Gebot. Willkommen, willkommen, König, in Brabant

Das war, befand der Regisseur, der Staub. Der musste weg, die Musik durfte bleiben. Da sind wir ja noch dankbar. Wenn die vom Wohlklang des Chors entzückten Wagnerfans bei diesen brausenden Klängen gegen alle Vorsicht die Augen öffnen, sehen sie, dass der Chor aus 80 schwarzen mannsgroßen – Ratten besteht, mit leuchtend rotglühenden Augen, rosafarbenen wabbeligen Pfoten und übergroßen langen Schwänzen. Keiner versteht, was sie da singen. Dafür rasseln einfallslos von Brecht geklaute Erklärungs-Tafeln aus dem Schnürboden herab, Verfremdung! Der weiß Gott älteste Hut bei Brecht, 1924 noch neu. Video-Zeichnungen sollen erklären, wie die Ratten in den Kopf des Regisseurs kamen. Gleich singen sie weiter, die „verstaubten", aber sehr gut hörbaren Texte und hampeln dazu rattenhaft töricht herum. Beim unvermeidlichen „Heil, König Friedrich!" tappern sie komisch unordentlich durcheinander und schwenken die übergroßen fleischigen Vorderpfoten. Mal treten die Ratten im vollen Kostüm auf, mal ohne Rattengesichter, mal nur mit gelben Smokings, aber Rattenpfötchen. Bei der Hochzeitsszene sind die Frauen schneeweiße Ratten, und sogar Rattenkinder in Rosa ziehen dahin, treulich geführt. Da der Chor in dieser großen und zeitlosen Oper über das Thema Liebe und Vertrauen zwischen Mann und Frau eine überragende Rolle spielt, ist vor lauter Entstauben und Distanzieren für die eigentliche Handlung trotz herrlichster Stimmen der Sänger und überirdisch schöner Akustik kein Platz auf der Bühne. Alles ist rattenhaft und ratlos, die Regie auch, würde ich sagen. Dabei war nicht einmal die Ratten-Idee besonders originell.

Erinnern wir uns, wie das Rattenhafte in Deutschland salonfähig wurde: Zuerst führten die Punker die niedlichen Tierchen als Bürgerschreck auf den Straßen der Großstädte aus, und dann kam Günter Grass mit seiner „Rättin" und ließ die Zukunft der Menschheit rattenhaft aussehen, ein Ende mit Schrecken. Zum Glück für die Menschheit wurde das Buch ein Flop, ein krakeliger Kratzer im Buch der Literatur. Wie auch die Rattenkostüme aus dem Lohengrin von 2011 einst im Bayreuther Wagner-Museum gezeigt werden, als komische Kuriosa wie die Papp-Wellen aus dem „Rheingold" und die Kostüme der Walküren von 1876. Das vergeht.

Was aber bleibt, ist der Kampf der linkswabernden Intellektuellen gegen die eigene Geschichte, gegen das Selbstverständnis der Deutschen. Schon zeigen sich die ersten Erfolge. Wir sind unsicher geworden an uns selbst. Arbeiten schon, freiwillig an uns selber Hand anlegend, wie ein auf Selbstzerstörung programmierter Roboter, auf das Vergessen unserer eigenen Identität hin, auf ein Geschichtsgedächtnis, durchlöchert wie das Gehirn eines Alzheimer-Patienten. Ein Experiment der Selbstzerstörung, an dessen Ende wir auf einem Planeten der Ratten leben?

Mit welch rattenhafter Wut wird inzwischen jedes Buch, das früher einmal gelesen wurde, jedes Märchen, jede Sage, jedes Gedicht, das einst in der Schule auswendig gelernt wurde, geprüft. Jedes Lied, jeder Name einer Straße, einer Kaserne oder eines Bahnhofs, jedes Denkmal, ja selbst die Friedhöfe werden untersucht, jedes dörfliche Fest oder Brauchtum, jede Gruppe, sei es ein Schützen-, Trachten- oder Jägerverein untersucht, ob sich da nicht ein Stückchen Tradition, ein Rest Wissen um die eigene Geschichte, ein Hauch Selbstachtung auffinden und anprangern, denunzieren und verbieten lässt. Sind der Feuerwehrball oder die Wahl der Weinkönigin nicht frauenfeindlich, die Studentenverbindungen rassistisch, Feuerwehruniformen militaristisch und die Trachtengruppe deutschtümelnd? Nie sollst du mich befragen. Der Planet der Ratten ist eine Welt ohne Zeit und Raum, ohne Anfang und Ende, ohne das althochdeutsche *uuana bistu* (Woher kommst du?) und das *uuerpistu* (Wer bist Du?) unserer Vorfahren, ohne Identität und Vergangenheit – und darum auch ohne Zukunft.

Wie weit sind wir, unter der Dauerberieselung durch Zeitungen, Funk und Fernsehen, schon gekommen mit dem kollektiven Gedächtnisschwund, dem nationalen Alzheimer? Wie soll man sich erklären, dass kurz vor dem Jahrestag des größten Verbrechens der deutschen Nachkriegszeit, dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, also der Verwandlung eines Teils von Deutschland in eine Art KZ für 17 Millionen Menschen, dessen Verlassen oft genug mit dem Tod durch Erschießen bestraft wurde, durch die gezielte Dauerpropaganda der umgetauften SED sowie der von Schule und Medien systematisch erzeugten Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Geschichte ein Fünftel aller Berliner die Errichtung dieser Mauer gut und sachdienlich findet?

Wann wachen wenigstens die Mitglieder der Union auf? Bereitet den Parteitag im November vor, liebe christliche und konservative Parteimitglieder. Lasst Euch nicht in Regionalkonferenzen ruhigstellen. Sondern lest mehr als nur einmal die Rede des früheren stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU, Erwin Teufel, in der ganz klar beschrieben wird, wohin die Reise nicht gehen darf: „Wenn mir, wie bei der letzten Wahl, über eine Million zur FDP weglauft, dann dort wieder abwandert, aber nicht zurückkommt, und außerdem ebenso viele andere in die Wahlenthaltung laufen, dann ist das doch der Nachweis, dass diese Wähler keine andere Partei – zumindest jetzt noch nicht – wählen können. Sondern die parken buchstäblich und warten auf eine andere CDU." Mein lieber Schwan ...

Als die Kunst den Alltag eroberte

Gebrauchsgrafik aus der Zeit des Jugendstils auf einer Ausstellung in Hamburg zu sehen – Ein Bestandskatalog informiert

Zum ersten Mal ist in einer Ausstellung ein umfassender Überblick über die Entwicklung der angewandten Kunst zu sehen, welche die Basis zur heutigen Vielfalt des Grafikdesign legte. Das Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg zeigt anlässlich der Aufarbeitung einer der weltweit umfangreichsten Sammlungen der Gebrauchsgrafik eine bedeutende Auswahl.

Die Ausstellung präsentiert mit mehr als 350 Grafiken aus der Zeit um 1900 Werke von bedeutenden Künstlern wie Henri de Toulouse-Lautrec, Alfons Mucha, Henry van de Velde und Peter Behrens. Anhand der Exponate werden entscheidende Entwicklungen des Historismus, der Art Nouveau, des Jugendstils, der

Weltweit größte Sammlung von Grafikdesign

Wiener Secession, des Expressionismus und des Art Déco in Europa und der neuen Werbung in den USA dokumentiert.

Das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe besitzt weltweit eine der umfangreichsten Sammlungen von Grafikdesign. Begonnen hatte es 1900, als Museumsgründer Justus Brinckmann die Pariser Weltausstellung besuchte und dort Werken des Jugendstils begegnete. „Als Zeitzeuge beobachtet Brinckmann, wie der Jugendstil als ästhetische Bewegung in breite Gesellschaftsschichten vordringt und sich zur Verbreitung seiner Ideale unzählige neue Medien schafft. Elitäre Kunstzeitschriften, Kalenderblätter, Werbeanzeigen und vor allem Plakate befördern eine flächendeckende Ästhetisierung des Alltags“, schreibt Sabine Schulze, Direktorin des Museums, im umfangreichen Bestandskatalog „Grafikdesign im Jugendstil“, der zur Ausstellung erschien. Es dauerte drei Jahre, bis der Kernbestand von etwa 20000 Grafiken aus der Zeit zwischen 1890 bis 1914 erfasst war. Entstanden ist ein informatives Werk, das weitaus mehr ist als ein reiner Bestandskatalog. In einzelnen Kapiteln beschäftigen sich die Herausgeber Jürgen Döring und Holger Klein-Wiele mit den wichtigsten Bereichen der Gebrauchsgrafik. Verschiedene Stilrichtungen von der Neorenaissance bis zum Expressionismus werden vorgestellt, auch exemplarische Gattungen wie Buch- und Zeitschriftentitel, Illustrationen, Post- und Visitenkarten oder Exlibris und Theaterprogramme. Zu den wichtigsten Motiven im Grafikdesign der beiden Jahrzehnte um 1900 gehören Blumen und Persönlichkeiten, aber auch Automobile, Sport und technische Errungenschaften wie etwa die Elektrizität. „Nach eher volkstümlichen Anfängen in verschiedensten Formen, vom kleinen Sammelbild bis zum großen Plakat, trafen um 1890 sehr unterschiedliche Entwicklungen zusammen und bewirkten eine grundlegende Erneuerung der angewandten Grafik“, erläutert Jürgen Döring die Entwicklung des Grafikdesigns um 1900. „Neue Drucktechniken ermöglichten einen auch in der Farbigkeit problemlosen Bilddruck. Eine zunehmende internationale Konkurrenz, ausgelöst durch die Weltausstellungen, ließ den Bedarf nach gut gestalteter Werbung und grafischem Auftritt wachsen. In Paris wurde das von führenden Künstlern lithografierte Plakat zu einer der gefragtesten Kunstgattungen. Die Arts and Crafts Bewegung in England lenkte den Blick auf die vorbildhafte Gestaltung von Schrift und Buch.“ Nach 1905 schließlich entstand das neue Berufsbild des Grafikdesigners, erste Agenturen wurden gegründet.



Walter Leistikow: Wandkalender für die Druckerei Julius Sittenfeld, Berlin 1898 — Bild: Katalog

Die Namen vieler Entwerfer sind dem Laien heute nicht mehr geläufig. Umso spannender sind die über 200 Biografien, die Döring und Klein-Wiele zusammengetragen haben. Neben den noch heute bekannten Künstlern wie Henri Toulouse-Lautrec und Alfons Mucha finden sich Namen wie der von Johann Vincenz Cissarz, geboren 1873 in Danzig. Er arbeitete unter anderem für den Verleger Eugen Diederichs und entwarf für dessen 1896 gegründeten Verlag das noch heute verwendete Signet. Der aus dem pommerschen Stolp stammende Edmund Edel schuf Plakate wie auch Theaterprogramme für das „Überbrettl“ in Berlin, während der in Hohensalza / Posen geborene Fritz Helmuth Ehmcke unter anderem 1907 den Buchtitel „Balladen und Lieder“ von Agnes Miegel für Diederichs gestaltete. Auch die Schlesier Fritz Erler, Adolf Münzer und Paul Scheurich waren in ihrem Metier erfolgreich.

Der aus Bromberg stammende Walter Leistikow ist vor allem als Landschaftsmaler sowie als Mitbegründer der Berliner Sezession und Freund des Ostpreußen Lovis Corinth bekannt. Leistikow schuf unvergleichliche Grunewald-Motive, entwarf aber auch Buchtitel, Wandkalender, Tapeten, Glasfenster und Wohnungseinrichtungen. In seiner Biografie über den Freund schrieb Lovis Corinth: „Der dekorative Sinn scheint für Leistikow nur in nordischen Motiven Reiz gehabt zu haben: Überall in Stühlen, auf Teppichen, Bettstellen tauchen die heidnisch nordischen Pferdeköpfe auf, die Wikingerschiffe, die ornamental geformten Wellen und das Kielwasser der norwegischen Fjorde. Für Tapeten verwandte er außerdem auch viel Blumenmotive und Wassermotive aus der Mark. Das Beste in dieser seiner kunstgewerblichen Art sind ohne Zweifel seine Teppiche, zu denen ich nicht nur die gewebten, fertig ausgestatteten, sondern auch die mit Farben auf Leinwand gemalten, dekorativen Entwürfe zähle.“ Einen Eindruck von dieser dekorativen Kunst gewinnt auch der Betrachter des Katalogs, sind dort doch ein Buchtitel mit Leistikows indivi-

Möglichkeiten der dekorativen Kunst sind vielfältig

dueller Versalienschrift zu sehen wie auch ein Wandkalender mit einem Grunewaldmotiv.

Wer keine Gelegenheit hat, die Hamburger Ausstellung zu besuchen, der ist mit dem Bestandskatalog vollauf gut bedient, enthält er doch weitaus mehr Beispiele an Jugendstil-Grafik als man in der Ausstellung zeigen kann. Zudem ist er ein wunderbares Bilder- und Lesebuch für alle, die sich für die angewandte Kunst aus der Zeit um 1900 begeistern können. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Grafikdesign im Jugendstil – Der Aufbruch des Bildes in den Alltag“ im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, ist bis zum 28. August dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet. Der Katalog (Texte von Jürgen Döring und Holger Klein-Wiele, 512 Seiten, 1200 Abbildungen, 68 Euro) ist 2011 im Hatje Cantz Verlag, Esslingen, erschienen.

Farbenprächtige Papageien und treue Hunde

In Schweinfurt beschäftigt sich eine Ausstellung mit der Beziehung zwischen Mensch und Tier

Tiere sind die besten Freunde. Sie stellen keine Fragen und kritisieren nicht“, hat der Schriftsteller Mark Twain gesagt. Und so werden sie im Gegensatz zum Menschen auch keine Einwände erheben, wenn ein Maler sie einmal nicht richtig getroffen hat. Tierdarstellungen sind in der Malerei und Grafik des 19. Jahrhunderts häufig zu finden. Die Vierbeiner werden als bester Freund des Menschen, als Prestigeobjekt, als Handelsware und als Dienstleister abgebildet. Das

Handelsware oder bester Freund

Schweinfurter Museum Georg Schäfer zeigt derzeit eine umfangreiche Ausstellung unter dem Titel „Das Tier und der Mensch“. 61 Gemälde und 80 Zeichnungen, Skizzenbücher, historische Fotografien sowie Schriften aus eigenem Bestand, ergänzt durch ausgewählte Leihgaben aus Privatbesitz, geben einen Einblick in die vielfältige Sichtweise der Künstler auf die Beziehung zwischen Mensch und Tier. Sinnsprüche und Beschreibungen der Zeit ergänzen die reiche Bildauswahl. Die Präsentation der Gemälde ist in sechs Kapitel gegliedert: „Schafe, Schafe, Schafe, Rinder. Rinder. Ziegen. Und etwas Pferd“, „Malerei ohne Mitleid I“ „Mitleid II“, „Das andere Tierstück“, „Schicksalsgemeinschaft“, „Weniger Mensch“. Auch die Grafik-Abteilung ist in Kapitel strukturiert: „Im Dienst des Menschen“, Gejagt, Idyllisch, Menschlich – Blicke in die Tierseele, Geliebtes Tier, Das Tier als Prestigeobjekt. Unter den nahezu 100 Künstlern, die mit besonderen Werken in der Ausstellung vertreten sind, findet der Kunstfreund viele weniger bekannte Meister, aber auch so berühmte wie Carl Spitzweg, Lovis Corinth, Franz Marc und Max Slevogt.

Von Slevogt ist der 1901 entstandene farbenprächtige „Papageienmann“ zu sehen, eine Besonderheit, denn in der Schweinfurter Sammlung befinden sich kaum Bilder zum Thema dressiertes Tier. Der Papageienwärter Burkhart im Frankfurter Zoo holte morgens die Tiere aus den Käfigen und brachte sie ins Freie, um sie dort an großen Stangen anzuketten. Auf einer Schaukel sitzt ein blauer Papagei, während auf der Schulter des Mannes ein roter sitzt. Am Boden hockt ein anderer roter Vogel, offensichtlich sehr aufgeregt. Ein dunkelblauer hingegen hat sich am Rocksaum des Wärters mit dem Schnabel festgebissen. Zwei Kinder beobachten aufmerksam das wilde Treiben.

Viel ruhiger geht es auf dem Gemälde zu, über das sein Schöpfer Lovis Corinth in seinen Aufzeichnungen „Der Hund Hipp auf einem Tisch, Glas, Bier, Hut und Stock darauf, hinten Apfelbaum mit reifen Früchten“ notiert hat. „Keinem fiele ein, Corinth als Tiermaler zu bezeichnen“, erläutert die Museumsdirektorin und Kuratorin der Ausstellung Sigrid Bertuleit. „Das Motiv Tier war ihm dennoch gewogen. Nennenswert ist, dass laut Werkverzeichnis seiner Gemälde von Nr. 2 bis Nr. 971 (von insgesamt 1005 Arbeiten) immer wieder Tiermotive auftreten, unberührt davon, dass bei Corinth Porträts, Figurationen, Landschaften vorne weg stehen. Wer nun schlussfolgert, dieser Hund sei halt des Künstlers eigener, der irrt. Das Tier gehörte dem befreundeten Maler Arthur Langhammer.“

Nach Ostpreußen führt auch der als Pferdemaler bekannte Carl Steffeck. In Schweinfurt wird das um 1850 entstandene Gemälde „Vor dem Ausritt“ gezeigt. Der 1818 Geborene wurde 1880 als Direktor an die Königsberger Kunstakademie berufen. Allein über 20 Pferdeporträts des begeisterten Reiters und Pferdefreundes zierten einst das Schloss des Landstallmeisters von Trakehnen. Steffecks Pferdebilder haben einen zweifachen Wert, urteilen Fachleute. Zum einen seien sie ein selbständiges Kunstwerk gewesen, zum anderen aber hätten sie auch Bedeutung als ein wahrheitsgetreues Zeitdokument. Zu Steffecks Schülern gehörten in Berlin Max Liebermann und der aus Gumbinnen stammende Richard Friese. Von ihm ist in Schweinfurt eine Zeichnung „Erlegter Hirsch“ aus dem Jahr 1888 zu sehen. Mit seinen Bildern wollte Friese nicht nur die Wirklichkeit darstellen, sondern sie zugleich auch dramatisch überhöhen. Die Freunde seiner Kunst, darunter Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Franz Joseph I., wussten dies durchaus zu schätzen. *os*


Lovis Corinth: Der Hund Hipp auf einem Tisch (Öl, 1892, Ausschnitt, Privatbesitz) — Bild: Museum Georg Schäfer

Die Ausstellung „Das Tier und der Mensch“ im Schweinfurter Museum Georg Schäfer, Brückenstraße 20, ist bis zum 6. November dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, zu sehen, Eintritt 7/6 Euro.

IN KÜRZE

Einblick in Wunderkammer

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesmuseum Koblenz, und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zeigen auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz gemeinsam eine Depotschau unter dem Titel „Sammlung Alex Poignard: Einblicke in seine Wunderkammer“. Der Stifter Alex Poignard hat zeit seines Lebens Kunst- und Kulturgegenstände zur bürgerlichen Wohnkultur zusammengetragen. So sind mehr als 30 Einzelsammlungen entstanden, etwa hunderter filigraner Parfumflakons, Menükarten aus Porzellan, Zierschuhen, Miniaturmöbeln und zehntausender überaus phantasievoll gestalteter Knöpfe, aber auch vollständiger Ladeneinrichtungen und Keramikserien. Die Exponate werden künftig teilweise auch im Landesmuseum Koblenz zu sehen sein. Die Depotschau ist bis zum 15. Oktober an jedem Mittwoch von 13 Uhr bis 17 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. *PAZ*

Bedauerlicher Irrtum: Der Jüdische Friedhof in Hamburg ist noch nicht in die Welterbeliste der Unesco aufgenommen worden, sondern soll erst vorgeschlagen werden (*PAZ* 31, Seite 9).

Warum Friedrich wirklich »der Große« war

Zum 225. Todestag des bedeutendsten preußischen Herrschers

Er war der „König der kleinen Leute", und auch deshalb war er wahrhaftig „der Große": Friedrich II., der bedeutendste Herrscher Preußens und darüber hinaus einer der ganz Großen der deutschen, europäischen und Welt-Geschichte.

Als der 28-jährige Kronprinz Friedrich 1740, nach dem Tode seines Vaters Friedrich Wilhelm I. zu Berlin den Thron bestieg, war das Königreich Preußen gerade einmal vier Jahrzehnte jung. Es galt als aufstrebend, aber längst noch nicht angekommen im Konzert der europäischen Großmächte. Und die Chancen, an diesem aus preußischer Sicht bedauerlichen Zustand alsbald etwas zu ändern, standen schlecht. Der junge Monarch schien eher den schönen Künsten denn der Kunst des Regierens zugetan; man traute ihm nicht zu, das Land entscheidend nach vorn bringen zu können. Zumal sich rund um das territorial zerstückelte Brandenburg-Preußen machtbewusste absolutistische Herrschaftssysteme etabliert hatten, die mit aller – notfalls auch militärischer – Gewalt die eigenen nationalen Interessen durchzusetzen trachteten.


Bild: Archiv

Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci: Gemälde Adolph von Menzels aus den Jahren 1850 bis 1852

Wie sollte sich in solchem politischem Umfeld ein junger Mann behaupten, der offenkundig unter den Folgen allzu strenger Erziehung litt, in vom Vater erzwungener kinderloser Formal-Ehe lebte, ordentlich Flöte spielen und komponieren konnte, mit allerlei Künstlern korrespondierte und politisch allenfalls durch eine Schrift auf sich aufmerksam gemacht hatte, die dem damaligen Zeitgeist weltfremd bis revolutionär erschien, von den weitaus meisten seiner nunmehrigen Untertanen aber gar nicht wahrgenommen wurde, da sie weder des Lesens noch der französischen Sprache mächtig waren.

Erst viel später wurde erkannt, dass genau hier der Schlüssel zum überaus erfolgreichen Lebenswerk Friedrichs zu finden ist. Die strenge, auch vor psychischer und physischer Gewalt nicht zurückschreckende väterliche Erziehung hatte die Persönlichkeit des Kronprinzen eben nicht gebrochen, sondern gestärkt – ein psychologisch höchst interessantes Phänomen (siehe unten).

Und das ausgeprägte, so breit gefächerte künstlerische Talent Friedrichs war eben keine Marotte eines vor dem „Ernst des Lebens" Flüchtenden, sondern das geistig-intellektuelle Fundament: Nicht obwohl, sondern weil Friedrich ein großartiger Musiker, Dichter und Denker war, konnte er auch als Politiker „der Große" werden.

In seiner Schrift „Antimacchiavell", einer Art Tugendkatalog eines Idealmonarchen im Sinne der Aufklärung, hatte Friedrich 1739 das Bild des Herrschers als „erster Diener des Staates" gezeichnet. Im Jahr darauf, unmittelbar nach der Thronbesteigung am 31. Mai 1740, begann er zügig, dieses Prinzip umzusetzen. Schon am 3. Juni beauftragte er seinen Justizminister mit der teilweisen Abschaffung der Folter, der dann 1754 die vollständige Abschaffung folgte. Ebenfalls im ersten Monat seiner Regentschaft verfügte er mit dem legendären Satz „Jeder soll nach seiner Façon selig werden" die Religionsfreiheit. Ein erster Schritt in Richtung Pressefreiheit war seine Verfügung vom 30. Juni 1740: „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, dürfen nicht genieret werden."

Preußische Tugenden hingegen wurden vom jungen König nicht per Dekret verfügt, sondern vorgelebt. Sparsamkeit und Bescheidenheit fingen bei ihm selber an. So verzichtete er, wie zuvor auch sein Vater, auf eine förmliche Krönung samt ausschweifender Feierlichkeiten und ließ stattdessen aus den königlichen Magazinen Korn an Bedürftige verteilen.

Kriege führte er nicht – wie antipreußische Umerzieher später behaupteten – aus Aggressivität und Eroberungsgier, sondern nur, wenn er glaubte, nur so das Land und die ihm anvertrauten Menschen vor äußeren Bedrohungen schützen zu können. 30 Jahre nach dem „Antimacchiavell" schrieb er in seinem zweiten politischen Testament: „Wer bewirkt, dass dort, wo bisher ein Halm wuchs, nunmehr zwei Halme wachsen, der hat für sein Volk mehr getan als ein Feldherr, der eine Schlacht gewann." In diesem Satz offenbart sich ein weiterer Wesenszug, der Friedrich zum „Großen" machte. Glaubwürdig vermittelte er seinem Volk: Dieser König kümmert sich persönlich um uns, um unsere Sorgen und Nöte.

Friedrich war ein für die damalige Zeit, die weder Flugzeuge noch Autos oder Eisenbahn kannte, außerordentlich reisefreudiger Monarch. Aber das waren keine Luxusreisen, sondern höchst strapaziöse Erkundungen des eigenen Herrschaftsbereiches. Wo immer in Preußen hart gearbeitet wurde, musste jederzeit damit gerechnet werden, dass unvermittelt Seine Majestät auftaucht, um nach dem Rechten zu sehen, wozu auch die berechtigten Ansprüche der arbeitenden Menschen gehörten. Er verschanzte sich nicht hinter einer anonymen Ministerialbürokratie, sondern informierte sich selber vor Ort über die Arbeitsbedingungen in Webereien, Eisenhütten, Glasbläsereien, Ziegeleien oder landwirtschaftlichen Betrieben. Bauern überraschte er mit detaillierten Anweisungen, wie am effektivsten Kartoffeln anzubauen sein. Die Trockenlegung des Oderbruchs, eine seiner vielen großen Lebensleistungen, gestaltete er aktiv mit.

> Der König kümmerte sich auch um den Alltag der Menschen

Manchmal freilich verwickelte sein Bestreben, sich zu Gunsten seiner Untertanen auch in die alltäglichsten Dinge einzumischen, ihn auch in Widersprüche. So lag ihm einerseits die Unabhängigkeit der Justiz am Herzen, andererseits griff er kraft Amtes in laufende Gerichtsverfahren ein, wenn er das Gefühl hatte, da geschehe einem Bürger Unrecht. Dass er gelegentlich – auch in spektakulären Fällen – kräftig danebengriff und am Ende die vom König gerüffelten Richter diejenigen waren, denen Unrecht geschah, ändert nichts am Bild dieses großen Monarchen. Im Gegenteil: Friedrich sah sich selber keineswegs als unfehlbar, war sich stets seiner Schwächen und Fehler bewusst. In einem Brief an seine Schwester Amalie bekannte er: „Ich demütige mich schweigend vor diesem anbetungswürdigen Wesen, indem ich meine Unwissenheit über seine Wege bekenne, die mir zu enthüllen Seiner Weisheit nicht gefallen hat." Der ewig in Demut vor Gott und in pflichtbewusstem Dienst an Volk und Vaterland nach dem rechten Weg Suchende – das ist Friedrichs wahre Größe.

In unserer Geschichte gibt es nur ganz wenige, die den Beinamen „der Große" führten – und auch verdienten. Vor zwölf Jahrhunderten war es Karl der Große, der „Vater Europas", der große Teile des Kontinents politisch einte und noch heute Menschen, die an Brüssel-EU samt Euro schier verzweifeln, ins Schwärmen geraten lässt. Da war, vor einem guten Jahrtausend, Otto der Große, mit dem die deutsche Geschichte im engeren Sinne begann. Und dann eben, geboren vor fast 300 Jahren, gestorben vor 225 Jahren, Friedrich der Große, dessen Leistung weit über die Festigung Preußens als europäische Großmacht hinausgeht: Er hat dem damals weltbeherrschenden despotischen Absolutismus einen von Menschlichkeit, Gottvertrauen und Aufklärung im Kant'schen Sinne – „Freiheit in Verantwortung" – bestimmten Gegenentwurf entgegengesetzt und in 46-jähriger Regentschaft – davon 35 Friedens- und nur elf Kriegsjahre, dies zum Thema „preußischer Militarismus" – nachgewiesen, dass dies der richtige Weg ist. Religionsfreiheit, für alle gleich geltendes Recht, allgemeine Schulpflicht, Folter- und Zensurverbot, soziale Fürsorge sowie nicht zuletzt das Verständnis der Herrschenden als „erste Diener des Volkes" – all diese Errungenschaften, die heute gern der Demokratie zugeschrieben werden, haben wir zu guten Teilen Friedrich II. zu verdanken – zu Recht heißt er bis heute Friedrich der Große. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Wie der König das alles aushielt

Entwicklungspschologische Betrachtungen über die Widerstandsfähigkeit des Sohnes Friedrich Wilhelms I.

Anlässlich seines 225. Todestages kommenden Mittwoch soll der Versuch gemacht werden, den Charakter Friedrichs des Großen aus einer anderen als der rein historischen Perspektive zu untersuchen. Denn die Grundlagen seines Handelns sind äußerst aufschlussreich und erwecken auch aus einer ganz anderen wissenschaftlichen Sichtweise das Interesse des Betrachters. Dabei bieten sich ihm überraschende Züge dar, die von modernen psychologischen Erkenntnissen gestützt werden.

Eines der Hauptmerkmale der Persönlichkeit des Königs ist seine Resilienz (Widerstandsfähigkeit). Das Verb „resilire" wurde im Lateinischen von verschiedenen Schriftstellern verwendet und zwar mit der Bedeutung: „abprallen", „nicht an der Person haften" oder „ihn nicht treffen". Resilienz beschreibt grundsätzlich die Toleranz eines Systems gegenüber Störungen. In der Psychologie und ihr verwandten Disziplinen bedeutet Resilienz die Fähigkeit, Krisen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklungen zu nutzen.

Die Resilienzforschung ist innerhalb der Psychologie eine ganz junge Disziplin und ihr Beginn lässt sich mit einiger Sicherheit festmachen an einer amerikanischen Arbeit aus dem Jahre 1983, der sich dann ein Wechsel in der Betrachtungsweise von Menschen in der Krise anschloss. Dieser Wechsel bestand darin, dass man nicht mehr nur nach den therapeutischen Möglichkeiten fragte, fremden Menschen in Krisensituationen oder nach traumatisierenden Erlebnissen zu helfen, sondern vielmehr das Augenmerk auf die autonomen Kräfte des Betroffenen (Probanden) richtete. Wenn man also unter Resilienz die personalen Kräfte eines Menschen versteht, Krisen im Verlauf des Lebenszyklus eigenständig zu meistern, dann bietet sich König Friedrich II. als ein überzeugendes Beispiel eines resilienten Charakters an.

> Vater und Schwester prägten den Kronprinzen

Resilienz ist bis zu einem gewissen Grade erblich. So dürfte Friedrichs Großmutter Sophie Charlotte die bis zu seiner Geburt mit Sicherheit geistig hervorragendste und nach allem, was man weiß, auch die charakterlich ausgeglichenste Person im Hause Hohenzollern gewesen sein. Auf dieser genetischen Grundlage entwickelte Friedrich bereits im frühen Kindesalter eine Disposition, die ihn in die Lage versetzte, die prekären Situationen im Elternhaus auszuhalten. Die gegenwärtige Forschung untersucht resilientes Verhalten von Kindern, bei denen wenigstens ein Elternteil alkoholabhängig ist. Nun soll hier keineswegs behauptet werden, der Vater Friedrichs, König Friedrich Wilhelm I., sei alkoholabhängig gewesen, obwohl die Exzesse im abendlichen Tabakskollegium möglicherweise einen Hinweis darauf zu liefern geeignet sind. Aber sein tägliches Verhalten im Umgang mit seiner Familie dürfte durchaus ähnliche Züge aufgewiesen haben, denn die nachweislich vorhandene Porphyrie, eine Stoffwechselerkrankung, die zu Misstrauen, Verfolgungswahn, Eifersucht und unkontrollierten Wutausbrüchen führt, stellte eine ständige situative Bedrohung seiner Umgebung dar, wobei die Unberechenbarkeit der Stimmungswechsel beim Vater, die in der genetischen Anlage vorhandenen positiven Eigenschaften des Sohnes noch stärkten. Resiliente Kinder wachsen bei existenzieller Bedrohung. Es verstärken sich Eigenschafen wie Selbstvertrauen und individuelle Identität bei gleichzeitiger Zunahme intelligenten Verhaltens und der Ausbildung musischer Begabung. Geradezu klassisch sind die Erkenntnisse der modernen Forschung auf den Kronprinzen anzuwenden, wenn erkannt wird, dass es für das Heranwachsen solcher Art bedrohter Kinder hilfreich ist, wenn sie kommunikativen Umgang mit nahestehenden Personen haben. Das war in erster Linie seine Schwester Wilhelmine. Sie war in ähnlicher Weise wie der etwas jüngere Bruder in ihrer Entwicklung dadurch geprägt, die unvorhersehbaren gewalttätigen Exzesse des Vaters auszuhalten und ihnen zu widerstehen. Der Briefwechsel der Geschwister weist die enge Verbindung und das sich gegenseitige Stützen in genügendem Maße aus. Beide Kinder gemeinsam entwickelten Strategien zur Bewältigung familiärer Krisen, wobei die musikalische Intensität signifikant war.

> Der Lehrer Duhan war ein Glücksfall für die Entwicklung

Eine weitere in der Literatur weniger beachtete Bezugsperson des Kronprinzen dürfte sein Lehrer Jaques Ëgide Duhan de Jandun gewesen sein. Duhan, der seit dem 31. Januar 1716 der „Präzeptor" des kleinen Friedrich war, wurde zum Glücksfall für die Entwicklung des künftigen Königs insofern, als er gerade die individuellen Merkmale seines Zöglings förderte, die diesen in die Lage versetzten, seine psychische und geistige Kompetenz weiter auszubilden. Dadurch war Friedrich in der Lage, auch nachdem Duhan aufgrund des zunehmenden Misstrauens des Vaters aus der Umgebung des Kronprinzen entfernt worden war, seine autodidaktischen Fähigkeiten zu vervollkommnen. Zwei weitere einschneidende Ereignisse dokumentieren das Vorhandensein seiner resilienten Fähigkeiten in exemplarischer Weise. Das eine war der Versuch des Kronprinzen, am 5. August 1730 aus Preußen und damit dem Machtbereich seines Vaters zu fliehen, mit dem schrecklichen Ergebnis, dass sein Freund, der Leutnant Hans Hermann von Katte, hingerichtet wurde; das andere war die verheerende und selbstverschuldete Niederlage seiner Armee bei Kunersdorf am 12. August 1759. Resilientes Verhalten bedeutet nicht, dass die betroffene Person nicht erschüttert werden könnte oder sich einen seelischen Panzer zugelegt hätte, der alles abprallen ließe. Die persönliche Betroffenheit war ja nach Kunersdorf bei Friedrich der Fall und insofern ist die Tatsache, dass der König an Selbstmord dachte, was ja für seine Sensibilität spricht, nicht ungewöhnlich. Aber ein resilienter Charakter zerbricht nicht an seinem Ungemach, sondern bewältigt die Krise und wächst an seiner selbstgestellten Aufgabe.

Jürgen Ziechmann

Ein großer König mit tragischem Ende

Ludwig I. von Bayern war einer der glühendsten deutschen Patrioten unter Deutschlands Fürsten

„Wir wollen Deutsche sein und Bayern bleiben" war sein Credo als König. Ludwig I. gehörte zu jenen Bayern, die über den Tellerrand Bayerns hinaussahen und das größere deutsche Ganze im Blick hatten. Sein Geist war beeinflusst von den Ideen und Idealen des Liberalismus und der Romantik. Im Gegensatz zur heutigen deutschen Bundesregierung gelang es ihm, Griechenlandhilfe und Haushaltskonsolidierung zu vereinen. Daneben baute er wie sein Enkel Ludwig II., allerdings nicht wie dieser für sich selbst, sondern zur Erziehung seines Volkes. Ungeachtet dieser Leistungen scheiterte er schließlich wie der Held in einer griechischen Tragödie nicht ohne eigene Schuld.

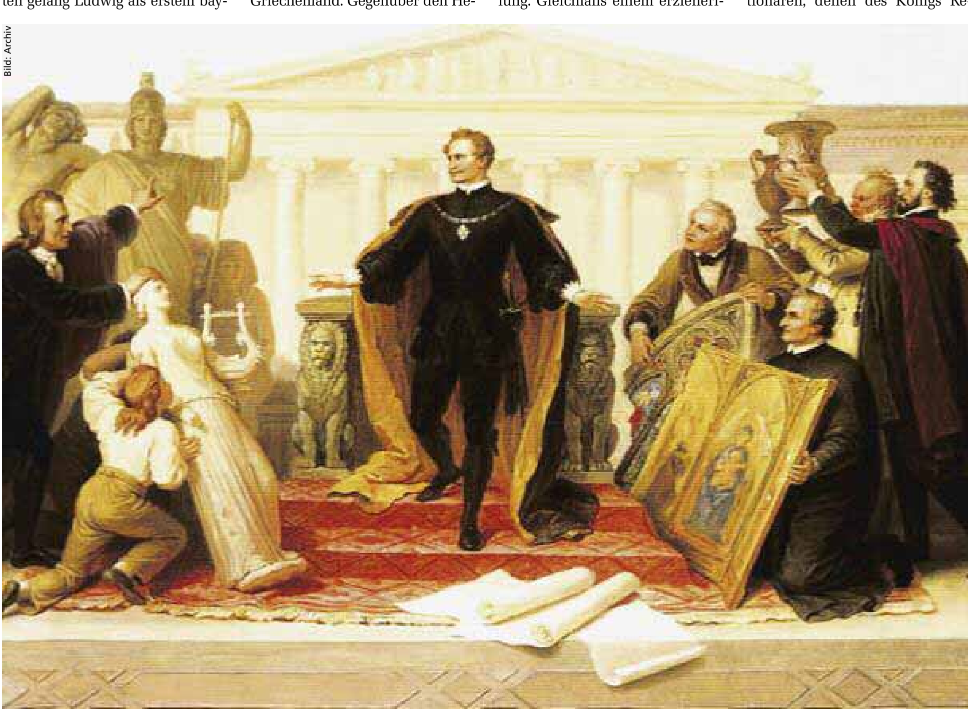


Bild: Archiv

Nicht nur Liebhaber antiker Kunst: Ludwig I., König von Bayern, Herzog von Franken, Herzog in Schwaben und Pfalzgraf bei Rhein

Ludwigs Vater Maximilian I. von Bayern war frankreichorientiert. Er war Oberst des Regiments d'Alsace in Straßburg, machte Ludwig XVI. zum Taufpaten seines Ältesten und ließ sich von Napoleon zum König machen. Der am 25. August 1786 in Straßburg geborene Romantiker Ludwig hingegen dachte und fühlte national und hasste Bonaparte als den „Erb-Feind der deutschen Nation". Umso schwerer muss es ihm gefallen sein, gerade in seinem ersten Krieg, dem Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 gegen Preußen und Russland, im bayerischen Kontingent an der Seite des „Korsen, der den Teutschen Sklavenketten schmiedet", fechten zu müssen. Als er im Gefolge von Napoleons Marschällen in Berlin einzog, führte ihn sein erster Weg zum Bildhauer Johann Gottfried Schadow, um eine Büste Friedrichs des Großen in Auftrag zu geben. Schon zu dieser Zeit tiefster, nicht nur preußischer Schmach soll Ludwig bereits die Idee zur Walhalla gekommen sein, diesem einmaligen Ruhmestempel großer Deutscher.

Als deutscher Patriot war er voller Wohlwollen gegenüber den deutschen Gebieten, die Bayern als Folge der napoleonischen Kriege zugefallen waren. Hiervon ist während der napoleonischen Ära seine Tätigkeit als Statthalter in Salzburg ebenso geprägt wie nach Napoleons Sturz sein Wirken als Kronprinz im fränkischen Würzburg. Sehr schönen Ausdruck findet sein Verbundenheitsgefühl mit den nichtbayerischen Deutschen in der von ihm nach dem Tode seines Vaters 1825 eingeführten Titulatur eines Königs von Bayern, Herzogs von Franken, Herzogs in Schwaben und Pfalzgrafen bei Rhein. Wenn diese Titulatur auch nicht analog zum österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 bedeutet hat, dass Ludwig seinen Staat in ein Königreich, zwei Herzogtümer und eine Pfalzgrafschaft aufgeteilt hätte, so wird darin doch deutlich, dass er sich eben nicht nur als Bayer verstand. Man mag diese Symbolpolitik belächeln, doch haben Ludwigs Nachfolger die von ihm geschaffene Titulatur beibehalten.

Ludwig fühlte sich als Deutscher, und als Bayer fühlte er sich seit der Gründung des Deutschen Bundes wie die Bundesrepublik Deutschland seit der Nato-Osterweiterung von Verbündeten umzingelt. In der Tat hatte Bayern nur Staaten des Deutschen Bundes zum Nachbarn. Kriege zwischen Bundesstaaten schloss die auf dem Wiener Kongress von 1815 beschlossene Bundesakte aus. Und da der Deutsche Bund im Gegensatz zur Nato ein Verteidigungsbündnis war, waren auch keine Rüstungsanstrengungen für Out-of-area-Einsätze notwendig. Dass der Deutsche Bund nur ein rundes halbes Jahrhundert halten würde, ahnte Ludwig nicht, und so strich der Friedensfürst den Militäretat kräftig zusammen. Ebenso verschlankte er rigoros den Staatsapparat durch den Abbau unnötiger Beamtenstellen. Mit derartigen Einschnitten gelang Ludwig als erstem bayerischen Herrscher nach eineinhalb Jahrhunderten ein ausgeglichener Staatshaushalt, später gar ein Schuldenabbau. Anders als die heutige Bundesregierung setzte er jedoch nicht auf sogenannte Einnahmeverbesserungen, sprich Steuererhöhungen, denn das verbot ihm der Respekt vor dem Eigentum seiner Untertanen. Vielmehr führte er ein drastisches Sparprogramm durch, an dem sich die Euro-Staaten ein Beispiel nehmen könnten.

Diese Sparpolitik verband Ludwig mit nicht immer erfolgreichen, aber so doch redlichen Bemühungen, die Infrastruktur seines Landes zu verbessern. So förderte er den Eisenbahnbau. Nicht ohne Grund tragen die Bayerische Ludwigsbahn, die erste deutsche Eisenbahn für Personenverkehr zwischen Nürnberg und Fürth, die Ludwig-Süd-Nord-Bahn mit der Strecke Hof–Nürnberg–Augsburg–Kempten–Lindau und die Pfälzische Ludwigsbahn zwischen Bexbach und Ludwigshafen am Rhein seinen Namen. Ludwigshafen verdankt seinen Namen übrigens auch dem umtriebigen König. Es entstand 1843 als bayerische Konkurrenzhafenstadt zum badischen Mannheim. Schließlich initiierte Ludwig auch den Ludwig-Donau-Main-Kanal als Verbindung von Nordsee und Schwarzem Meer.

Nicht nur wirtschafts-, sondern auch nationalpolitische Ziele verfolgte Ludwig mit seiner Freihandelspolitik. Unter dem Einfluss Friedrich Lists versuchte er, der politischen durch die wirtschaftliche Einigung vorzuarbeiten. 1828 gründete er mit dem württembergischen König den Süddeutschen Zollverein. 1833 gelang dann gegen den Widerstand Frankreichs und Österreichs die Gründung des Deutschen Zollvereins.

Wenn Ludwig auch mit Geld umzugehen wusste, so gab es doch zwei Länder, die ihn spendabel machten. Eines davon war Griechenland. Gegenüber den Hellenen betrieb der Bayer ganz im Sinne heutiger Gutmenschen keine an den Interessen des eigenen Staates, sondern an übernationalen Menschheitsidealen ausgerichtete Außenpolitik. Wie Lord Byron und andere Romantiker begeisterte sich auch Ludwig für den Freiheitskampf der Griechen. Die Unterstützung des Bayernkönigs für die Helenen war derart bedeutend, dass diese die bayerischen zu ihren Nationalfarben erwählten und Ludwigs zweiten Sohn Otto zu ihrem König. Ludwigs Philohellenismus führte übrigens auch dazu, dass er gleich nach seinem Regierungsantritt im Namen seines Landes das „i" durch das „griechische Ypsilon" ersetzte, so dass aus Baiern Bayern wurde, was es bis zum heutigen Tag geblieben ist.

> Die Julirevolution von 1830 beendete seine Liberalität und die Februarrevolution von 1848 seine Regentschaft

„Ich zählte einen zweiten Geburtstag, als ich Rom betrat. Die einzige Stadt, wo der Himmel der Erde sich öffnet." Noch mehr als das antike Griechenland begeisterte den Süddeutschen Italien. Als Student sollte und wollte der Kronprinz die Welt kennenlernen und dabei lernte er 1804 „das Land, wo die Zitronen blüh'n", lieben. An die 40-mal besuchte er im Laufe seines Lebens das südeuropäische Land. In der Ewigen Stadt lernte er 1821 mit der Marchesa Marianna Florenzi die vermutlich einzige wirkliche Liebe seines Lebens kennen. Nach seiner eigenen Aussage fand in Venedig 1805 vor der Hebe des italienischen Bildhauers Antonio Canova sein künstlerisches Erweckungserlebnis statt. Daraufhin verwandte Ludwig schon als Kronprinz alle seine Ersparnisse für den Ankauf von Kunstwerken, besonders von antiken, die ihm seine Agenten in Italien und Frankreich vermittelten.

Nach der Besteigung des Throns bemühte er sich, München zu einem Zentrum europäischer Kunstpflege zu machen. Kunst war ihm dabei nicht Selbstzweck, sondern Erzieherin des Volkes. Für die Sammlungen baute er die Alte und die Neue Pinakothek, die Glyptothek und die heutige Staatliche Antikensammlung. Gleichfalls einem erzieherischen Zeck dienten seine Nationaldenkmäler, die Walhalla, die Ruhmeshalle, die Befreiungshalle, das Siegestor und die Feldherrnhalle. Obwohl seine Bauten dem Ganzen verpflichtet waren – „Auf daß die Teutschen teutscher herauskommen, als sie hineingegangen" –, finanzierte er sie doch großenteils aus seinem eigenen Etat.

Ludwig schuf jedoch nicht nur viel Neues, sondern machte sich – ganz Romantiker – auch um den Erhalt von Überliefertem verdient. Per Erlass von 1826 verbot er den Abriss mittelalterlicher Stadtmauern und könnte so für sich auch in Anspruch nehmen, einer der ersten Denkmalschützer Deutschlands zu sein.

Außer wegen seiner tätigen Vaterlandsliebe, dem Ausbau Münchens zur Kulturmetropole und der Sanierung der bayerischen Staatsfinanzen ist die Bescheinigung von Größe auch durch seine erste, liberale Regierungsphase gerechtfertigt. Zu einer von Ludwigs ersten Taten als König gehörte die Aufhebung der Pressezensur im Jahre 1825. Mit Entschlossenheit bekannte er sich zu Verfassung und Liberalismus. Entschieden verteidigte er die Freiheiten seiner Landeskinder gegen die Metternichsche Restaurationspolitik. 1826 ließ er die Ludwig-Maximilians-Universität aus dem provinziellen Landshut in die Hauptstadt München verlegen und sorgte für einen ebenso qualifizierten wie pluralistischen Lehrkörper. 1827/28 legte er seinem Landtag ein 25 Gesetzesvorlagen umfassendes Reformprogramm vor. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege sowie die Vereinfachung der Verwaltung und Justiz waren dort ebenso vorgesehen wie die Übertragung der in der Pfalz aus vorbayerischer Zeit noch vorhandene Einrichtung der Landräte auf ganz Bayern, um auch auf kommunaler Basis die Bürgerbeteiligung einzuführen.

Ludwigs Reformvorstellungen stießen im Landtag jedoch auf eine destruktive Allianz aus Reaktionären, denen des Königs Reformvorstellungen zu weit gingen, und Liberalen, denen sie nicht weit genug gingen. Mit diesem Bündnis in der Ablehnung hatte Ludwig nicht gerechnet. Noch irritierender wirkte auf den König, dass die französische Julirevolution an den Grenzen Bayerns nicht Halt machte.

> »Regieren konnte ich nicht mehr, und einen Unterschreiber abgeben wollte ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde ich Freiherr«

Wenn Ludwig sich auch zu Verfassung und Liberalismus bekannte, so lebte er doch ganz wie sein Enkel Ludwig II. im Glauben an das Gottesgnadentum mit einem Hang zum Absolutismus. Ludwig war bereit, seinen Untertanen Freiheiten zu gewähren, ja sogar Partizipation. Mit vermeintlichem Ungehorsam wusste er aber nicht umzugehen. Als es infolge der Julirevolution um Weihnachten 1830 in München zu Studentenkrawallen kam, überreagierte der König. Er ließ die Universität schließen und die auswärtigen Studenten ausweisen. Bestärkt fühlte sich Ludwig in seinen Repressionen noch durch das Hambacher Fest von 1832. Statt Fürst Clemens von Metternich, dem reaktionären Staatskanzler der Präsidialmacht des Deutschen Bundes Österreich, weiterhin Widerstand entgegenzusetzen, unterstützte er nun dessen repressive Politik.

Ludwig definierte sich nun nicht mehr über den Liberalismus, sondern über einen romantisch verklärten Katholizismus. Er bemühte sich um Wiedergutmachung für den Reichsdeputationshauptschluss mit dessen Säkularisierungen. Das erste Kloster, das er neu gründete, war 1830 das ehemalige karolingische Königskloster Metten. Bereits 1831 waren 43 klösterliche Niederlassungen neu gegründet oder wiederbelebt worden. Bis 1837 waren es 75. Die Dome zu Bamberg, Speyer und Regensburg ließ er wieder herrichten.

Als christlicher Fürst hatte sich Ludwig von Anbeginn gefühlt, doch ging dieses anfänglich mit einer eher überkonfessionellen Politik der Toleranz einher. Das änderte sich nun. So gewährte Ludwig, um nur ein Beispiel zu nennen, der katholischen nun das Privileg einer Staatskirche, und seine protestantischen Soldaten zwang er durch den sogenannten Kniebeugeerlass, bei Kultusakten der Katholiken das Knie zu beugen.

Personifizieren lässt sich Ludwigs Kursschwenk im Aufstieg Karl von Abels. 1837 wurde diesem den Ultramontanen nahestehenden Politiker – zunächst provisorisch – die Leitung des Innenministeriums übertragen. Es folgte die Ernennung zum Innenminister und 1840 auch noch zum Finanzminister. 1847 entließ Ludwig zwar diesen in weiten Kreisen unbeliebten Politiker, aber aufgrund einer Weigerung des Ministers, die durchaus populär war. Abel hatte sich geweigert, Ludwigs Geliebte Lola Montez einzubürgern.

Wie 18 Jahre zuvor mit den Ausläufern der französischen Julirevolution von 1830 konnte Ludwig auch mit jenen der französischen Februarrevolution von 1848 nicht umgehen. Geschwächt durch sein Verhältnis mit der unpopulären Montez sah Ludwig sich gezwungen, am 6. März 1848 die Erfüllung der sogenannten Märzforderungen zuzusagen. Zwei Wochen später dankte er zugunsten seines ältesten Sohnes ab. Zur Begründung schrieb er einige Wochen später: „Regieren konnte ich nicht mehr, und einen Unterschreiber abgeben wollte ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde ich Freiherr."

Ludwigs Nachfolger schickte sich nicht an, seine Bauwerke zu vollenden. „Meinetwegen mögen sie als Ruinen liegen bleiben und zu Ruinen zerfallen, ich thue und gebe nichts, gar nichts dafür", war Maximilians II. Standpunkt. Wie weiland als Kronprinz auf sein Privatvermögen beschränkt, sprang Ludwig ein und vollendete sein Werk für sein Volk. Ebenso machte er sein Land zum Erben seiner Sammlungen. Überhaupt scheint Ludwig sich mit dem vorzeitigen Ende seiner Regentschaft arrangiert zu haben, worauf auch diese Zeilen hindeuten: „Habe immer gesagt, wirklich König sein oder die Krone niederlegen, und so hab' ich nun gethan! Was mich am meisten schmerzte, gewaltigen Kampf in mir verursachte, war, daß ich sehr beschränkt dadurch, für die Kunst zu thun, was ich vorhatte ... Dieses schmerzt mich sehr, nicht daß ich zu herrschen aufgehört. Bin vielleicht jetzt der Heiterste in München."

Für Gelassenheit spricht auch eine Anekdote über Ludwigs Umgang mit Napoleons Enkel Napoleon III. Kurz vor seinem Tod besuchte er 1867 als immer noch interessierter Zeitgenosse die französische Weltausstellung in Paris. Als der Kaiser der Franzosen ihn fragen ließ, um welche Stunde ein Besuch genehm wäre, lautete seine Antwort: „Von 4 Uhr Morgens bis 4 Uhr Abends stehe ich zu Gebote." In Frankreich tat Ludwig auch seinen letzten Atemzug. Er starb am 29. Februar 1868 während eines Kuraufenthaltes in Nizza.

Manuel Ruoff

Rücksichtslos ausgenutzt

Zu: „Kaltblütig“ (Nr. 30) und „Durchsichtige Kampagne“ (Nr. 30) sowie „Chancen und Möglichkeiten“ (Nr. 30)

Ich danke Ihnen für die Berichte über die Morde in Oslo und die Reaktionen unserer linken Gutmenschenindustrie darauf. Da diese Leute aus ihrer Geschichte heraus (Väterchen Stalin hatte immerhin einen vielfachen Erfolg) gegen derartige Ereignisse abgehärtet sind, wundert's mich nicht, dass sie das Ereignis ohne Rücksicht auf die Gefühle der Normalen sofort für ihre Zwecke eingesetzt haben. Also müssen wegen der grausigen Tat eines Verrückten sofort alle Gruppen, die nicht ganz links stehen, verboten werden. Vielleicht könnte man auch Bautzen wieder reaktivieren?

Warum überlegt eigentlich niemand, dass man auch wegen der Opfer von schwarzvermummten linksradikalen Schlägern und orientalischen Jünglingen die linke Gutmenscherei verbieten könnte? Aber die müssen ja Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“, das sie nicht gelesen oder verstanden haben und das keine Gebrauchsanweisung enthält, sondern eine Warnung ist, verteufeln.

Dr. Karl Reißmann, Mittweida

Ordnung schaffen

Zu: „Deutschland verrecke!“ (Nr. 29)

In Berlin, zwischen den S-Bahnhöfen Ostkreuz und Warschauer Straße, stehen etwa 600 Meter vom Bahnkörper entfernt auf einer langen Wohngebiets-Dachfläche in riesiger Blockschrift – die auch bei der Landung aus der Luft gut zu lesen sein dürfte – die Worte: „Deutschland verrecke, Köpenick lebt!“ Eine Brandfackel des Anarchismus gegen das Deutschtum! Es ist höchste Zeit, dass sich die politisch Verantwortlichen öffentlich erklären und in der Stadt Ordnung schaffen.

Dieter Bock, Burgstall



Copernicus-Denkmal in Allenstein: Die Nase wird als Glücksbringer gerieben Bild: Georg Ankermann

Vollkommen andere Geldphilosophie

Zu: Sorgen um die europäische Zentralbank

Die Leitung der Europäischen Zentralbank (EZB) durch den Franzosen Jean-Claude Trichet könnte sich im Nachhinein als Systemfehler erweisen. Denn Franzosen und Deutsche haben eine grundsätzlich andere Geldphilosophie. Für die Deutschen soll die Währung durch eine unabhängige Notenbank stabil gehalten werden. Für die Franzosen ist Geld dazu da, um ausgegeben zu werden. Man weiß ja noch, wie die Franzosen mit ihrem Franc umgegangen sind. Wenn die Inflation schwindelerregend wurde und die Zahlen unhandlich waren, haben sie einfach ein paar Nullen weggestrichen und ihren alten Stiefel weitergemacht.

Um diese Gefahr bei der Euro-Einführung abzuwehren, wurde festgelegt, dass die EZB nach dem Vorbild der politisch unabhängigen Deutschen Bundesbank funktionieren sollte. Die Franzosen haben das zwar geschluckt, aber zähneknirschend. Denn es widerspricht dem Selbstverständnis der Franzosen, dass es etwas gibt, worauf die Politik keinen Einfluss haben soll. Und so sind sie ständig bestrebt, das Prinzip einer unabhängigen Notenbank zu unterlaufen.

In Deutschland gab es eine ganz andere Entwicklung. Den deutschen Politikern gereicht es zur Ehre, dass sie eingesehen haben, dass die Währung perdu ist, wenn sie Einfluss darauf nehmen können. Deshalb wurde gesetzlich festgelegt, dass die Notenbank von der Politik unabhängig und nur der Stabilität der Währung verpflichtet ist. Das hat sich zur Zeit der D-Mark bewährt. Ich erinnere mich noch an Dr. Wilhelm Vocke, der von 1948 bis 1957 Präsident der Bank Deutscher Länder war. Das war das Vorläuferinstitut der Deutschen Bundesbank. Als bei Inflationsgefahr die Bank Deutscher Länder die Bremse anzog, indem sie den Diskontsatz erhöhte, wurde sie scharf angegriffen. Sogar Bundeskanzler Adenauer schimpfte, der Konjunktur sei ein schwerer Schlag versetzt worden. Aber Dr. Vocke ließ sich nicht beirren, sondern fuhr konsequent den Stabilitätskurs gemäß dem gesetzlichen Auftrag. Er hat damit die Kultur der stabilitätsorientierten Währungspolitik der Bundesbank begründet, die sich gegen alle Spezialinteressen der Verbände und der Politik durchgesetzt hat und zum legendären Ruf der Bundesbank führte. Ganz anders läuft es mit der EZB. Wegen des gesetzwidrigen Ankaufs von Schrottpapieren wurde die EZB bereits als Bad-Bank bezeichnet.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

In wessen Händen?

Zu: „Aufmarsch der Salafisten“ (Nr. 28)

Man sollte sich schon fragen, warum es nicht zu einem Verbot der Veranstaltung in Hamburg kam. Der amtierende Hamburger Innensenator Michael Neumann ist der Ehemann der integrationspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Aydan Özoguz. Die wiederum ist die Schwester der beiden Betreiber der Islamistenplattform „Muslimmarkt“.

Auf dieser Islamistenplattform wird Hetze gegen Juden, gegen Israel und gegen den Westen betrieben, versteckt wurde auch schon für Ausbildungen in fernen Ländern geworben. Beide Betreiber stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. In welch sicheren Händen ist wohl die innere Sicherheit Hamburgs? Ein Schelm der an Böses, bei all den genannten Fakten, denkt.

Eine Staatssekretärin des Düsseldorfer Innenministeriums steht unter dem Verdacht, über ihre ehrenamtliche Mitarbeit in der Riesenmoschee Duisburg-Marxlohe in engem Kontakt zu den rechtsradikalen türkischen Grauen Wölfen zu stehen. Wer sich da wohl alles noch tummelt, im Wunder der Integration von Duisburg-Marxlohe?

Wahrscheinlich sind das gute Beispiele für praktizierte Taqqia, jenes Lügen und Betrügen für Allah, wie es im Koran gefordert wird. Damit werden dann unsere Gutmenschen eingelullt.

Christian Herbig, Chemnitz

Kein Zwang

Zu: „Deutschland verrecke!“ (Nr. 29)

Warum wandern diejenigen Deutschen, die ihr eigenes Land hassen, nicht aus? Niemand zwingt sie, hier zu leben. Könnte es daran liegen, dass sie den in Deutschland immer noch vergleichsweise guten Lebensstandard beziehungsweise die gute Versorgung nicht für ihre Hass-Ideologie aufgeben wollen?

Gisela Recki, Troisdorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 13. August 2011

MELDUNGEN

Neue »Ökomarina«

Lötzen – In Anwesenheit des polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski wurde in Lötzen eine neue Marina eröffnet. Bei der Eröffnung sagte das Staatsoberhaupt: „Ich gratuliere Ihnen recht herzlich und freue mich mit allen anderen Seglern darüber, was von nun an die touristische Basis hier in Lötzen, an dieser einmaligen Wasserroute auf den Großen Masurischen Seen, bereichern wird. All das bestätigt nur die Wahrheit, dass Masuren ein wahres Naturwunder darstellt.“ Der Politiker, der in seiner Jugendzeit einen großen Teil seiner Freizeit in Lötzen verbrachte, nutzte die sich bietende Gelegenheit zu einer privaten Kreuzfahrt mit den Söhnen auf seiner Yacht. Die neue Wassersportanlage mit dem ebenso anspruchsvollen wie programmatischen Namen „Ekomarina“ (Ökomarina) liegt am Löwentinsee auf dem Gebiet eines alten Schiffbaubetriebs. Der Hafen bietet Anlegestellen für 138 Boote und andere Wasserfahrzeuge. Es gibt sechs Service-Stellen. Außerdem besteht auch die Möglichkeit, dass die Boote hier überwintern können. Die Anlage verfügt über einen Strom- und Wasseranschluss sowie eine Einrichtung zum Absaugen von Abwässern aus den Yachten. Eine Leerung kostet umgerechnet rund 1,20 Euro. Auch das Umfeld wird auf den modernsten Stand der Technik gebracht und teilweise auch behindertengerecht umgebaut. Über das Bahngleis, welches das Seeufer vom Stadtkern sowie einem im Bau befindlichen Dienstleistungs- und Freizeitzentrum trennt, wird eine Überführung gebaut. Die Marina entstand im Rahmen eines regionalen Operationsprogramms für die Jahre 2007 bis 2013. Inhaber ist die Stadt Lötzen, die sich von der Investition zusätzliche Touristen erhofft. Für die Kosten von knapp 20 Millionen Zloty (rund fünf Millionen Euro) kommt fast zur Hälfte die Europäische Union auf. *G.S.*

Kleiner Grenzverkehr

Brüssel – Cecilia Malmström, Kommissarin der Europäischen Union für Innenpolitik, hat vorgeschlagen, dass die Regelung zum Kleinen Grenzverkehr zukünftig auf alle Bewohner des „Königsberger Gebiets“ ausgedehnt wird. Von der im Jahr 2006 eingeführten Regelung profitieren bisher nur die russischen Bürger, die in unmittelbarer Nähe der EU-Außengrenze wohnen. Sie haben die Möglichkeit, ohne Visum 30 bis 50 Kilometer weit ins Memelland und ins südliche Ostpreußen zu reisen. Sowohl der Europäische Rat als auch das Parlament der Europäischen Union müssen über den Vorschlag der EU-Kommissarin für Innenpolitik noch beraten. *N.H.*

In alter Schönheit an neuem Platz

Der Königsberger Puttenbrunnen erfreut jetzt die Besucher des Ozeanmuseums

Nach vielen Jahren des Gerangels über Zuständigkeiten und die richtige Durchführung der notwendigen Reparaturarbeiten ist es vollbracht. Der bekannte Puttenbrunnen des Bildhauers und Professors an der Königsberger Kunstakademie Stanislaus Cauer ist auf dem Gelände des Ozeanmuseums wieder aufgestellt.

Den Königsbergern ist er gut bekannt. Der Brunnen, dessen Namen vom italienischen putti, was so viel heißt wie „kleiner Knabe“ oder „Knirps“, abgeleitet ist, wurde 1908 vom Bildhauer Stanislaus Cauer in Königsberg erschaffen. Von Anfang an erfreute er sich großer Beliebtheit. 1912 erhielt er auf der internationalen Springbrunnenmesse in Posen gar den ersten Preis. Die Stadt Posen wollte Cauer die Plastik abkaufen, doch der in Bad Kreuznach geborene Künstler entschied sich dagegen und schenkte das preisgekrönte Kunstwerk seiner geliebten Stadt am Pregel.

Über 100 Jahre ist Cauers Kunstwerk alt

Zunächst stand der Springbrunnen unweit des Schlosses, 1936 wurde er auf den Hof des Universitätskrankenhauses in der Wagnerstraße (jetzt Hafenstraße) verlegt, wo sich bis zum heutigen Tage das Hafenkrankenhaus befindet. Dort verfiel er allmählich; Vandalismus beschleunigte die Zerstörung; und schon frühzeitig hörte er auf, den Namen Springbrunnen zu Recht zu tragen.

2009 wandte sich dann die Leitung des Ozeanmusems an die Gebietsregierung mit der Bitte, den Springbrunnen dem Museum zu übergeben. Da er als Objekt des kulturellen Erbes mit regionaler Bedeutung gilt, musste die Gebietsregierung zunächst von der Gebietsduma einen Beschluss über die Verlegung einholen. Letztendlich wurde positiv entschieden.

Das Museum beauftragte Spezialisten der St. Petersburger Kunstwerkstatt „Nasledije“ unter der Leitung von Inna Ptschelowa mit der Restaurierung. Der Springbrunnen musste zuerst von der über die Jahre entstandenen Dreckschicht befreit werden. Anschließend wurde Konservierungsschicht vom Stein entfernt. Das Innenleben des Denkmals und die Engelsgesichter mussten vollständig rekonstruiert werden. Die Arbeit war ziemlich kompliziert, da der Muschelkalk, aus dem der Springbrunnen hergestellt ist, ziemlich brüchig ist.

Nach erfolgter Restaurierung haben die Spezialisten die Plastik auf ihren jetzigen neuen Standort aufgestellt und die Springbrunnentechnik installiert. Das Meeresmuseum hat für die Restaurierung einschließlich Transport und Installation umgerechnet rund 25 000 Euro aufgebracht, die zum Teil aus Einnahmen aus dem 2009 durchgeführten Museumsfestival „Intermusem“ stammen. Jetzt erstrahlt der Puttenbrunnen wieder in alter Pracht und sein Anblick erfreut im Hof des Ozeanmuseums als zusätzliche Attraktion dessen Besucher.

Jurij Tschernyschew



Bild: Tschernyschew



Neue Attraktion im Hof des Ozeanmuseums: Stanislaus Cauers Puttenbrunnen von 1908

Auf der Suche nach Perspektiven

Nachfolger von »Strategien 2020« ließ durchblicken, wie sich Königsbergs Funktionselite die Zukunft vorstellt

In Königsberg wurde ein Forum zur Erörterung der „Perspektiven der Entwicklung des Königsberger Gebietes“ durchgeführt. Die Idee hierfür entstand im Anschluss an das im Februar durchgeführte Forum „Strategien 2020“. Man war zu dem Schluss gekommen, dass ein Diskussionsforum unter Beteiligung der breiten Öffentlichkeit nützlich sein könnte. Anstehende Probleme und Zukunftspläne sollten offen zur Sprache kommen. Gouverneur Nikolaj Zukanow gab den beteiligten Ministerien der Regionalregierung drei Monate Zeit, sich auf das Forum vorzubereiten.

Ziel des Forums ist, die Kräfte für die Entwicklung der Königsberger Exklave zu bündeln. Zukanow sieht das Forum als Start einer Zusammenarbeit von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen und aller politischen Parteien, von Geschäftsleuten wie Wissenschaftlern, deren gemeinsame Aufgabe die Erarbeitung von Entwicklungsprogrammen ist. Der Gouverneur sagte: „Ich bin überzeugt, dass die Diskussion fruchtbar wird, und die erarbeiteten Empfehlungen bei der Entwicklung unserer Region berücksichtigt werden.“

Die zirka 500 Teilnehmer wurden in vier Arbeitsgruppen aufgeteilt. Die Experten beschäftigten sich mit den Themenkomplexen: „Entwicklung des transport-logistischen Komplexes und des Transitpotenzials des Königsberger Gebietes“, „Entwicklung der Industrie“, „Entwicklung des Königsberger Gebietes als touristisches Zentrum“, „Entwicklung des Agrar-Komplexes“ sowie „Rolle und Stellung der politischen Elite und der bürgerlichen Gesellschaft bei der beständigen Entwicklung der Region“.

Wirtschaftsministerin Jelena Poschigajlo erläuterte verschiedene Strategien für das Königsberger Gebiet. Zur Zeit sei kein

500 Teilnehmer diskutierten in vier Arbeitsgruppen

offizieller Weg erkennbar. Es sei zwar damit zu rechnen gewesen, dass die „Sonderwirtschaftszone“ in Richtung der europäischen Märkte expandieren würde, doch de facto sei es in den vergangenen Jahren beim Status quo geblieben. Diese Variante schließe den langjährigen Erhalt der Sonderwirtschaftszone und somit der Günstlingspolitik ein.

Die Bestimmungen des Gesetzes über die Sonderwirtschaftszone laufen 2016 aus, deshalb ist das regionale Forum der Platz für die Erörterung der Weiterentwicklung der Region, wenn viele Zollprivilegien nicht mehr existieren.

Bei der Erörterung der Lage der Landwirtschaft konnten die Teilnehmer sowohl ein großes ungenutztes Potenzial entdecken als auch ernste Probleme. Große landwirtschaftliche Flächen liegen brach und schon am 1. Juli kommenden Jahres läuft die Vereinbarung über Zollermäßigungen für die Ausfuhr von im Königsberger Gebiet gezüchteten Landwirtschaftsprodukten aus.

Die ehemalige Wirtschaftsministerin der Regionalregierung Alexandra Smirnowa gab zu bedenken, dass es für die Exklave ohnehin schwer sei, ihre Produkte in andere Regionen der Russischen Föderation auszuführen. Deshalb müsse sie autonom werden und einen kleinen Binnenmarkt schaffen oder eben gar nichts herstellen. Schließlich sei das Königsberger Gebiet „ein ausländisches Territorium mit allen sich daraus ergebenden Folgen“. Die Ex-Wirtschaftsministerin illustrierte dies an einem Beispiel: Die Transportkosten für Fahrzeugteile aus Südkorea zur Autofabrik „Avtotor“ belaufen sich auf 500 Euro und der Transport eines fertigen Autos nach Moskau auf 300 Euro. Das bedeutet, „wenn man den Unterschied in der Entfernung berücksichtigt, dann ist die wirtschaftliche und die Zollbarriere bei uns niedriger als mit Russland“.

Tourismus: Mehr als eine Beilage ohne Hauptgericht?

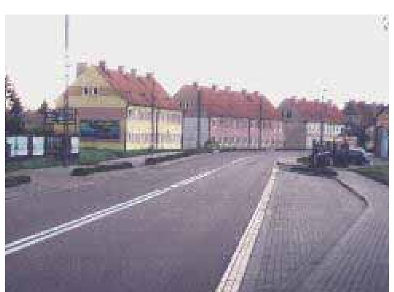
Hitzige Diskussionen entwickelten sich bei der Gruppe, die sich mit dem Thema Tourismus beschäftigte. Alexander Baschin, Leiter der Architektur- und Städtebauagentur der regionalen Regierung, sorgte mit seinen Vorschlägen und Ideen einmal wieder für Aufregung. Für die Kurorte Cranz und Rauschen schlug er zusätzliche Unterhaltungszentren vor. Für Cranz hat er schon das Projekt „Windrose“ in petto, das den Bau von Hotels entlang der Uferpromenade beinhaltet. Auch ein Wassersportzentrum könne Touristen anlocken. Außerdem schlug er ein Kriegsmuseum vor, weil die Geschichte der Region eng mit den Kriegen verbunden ist.

Der Duma-Abgeordnete Alexander Musewitsch lobte Königsberg als Einkaufsparadies. Entsprechende Einkaufstouren ließen sich wunderbar mit Festivalbesuchen in der Region verbinden. Der wachsenden Zahl von Handelszentren, vor allem in der Gebietshauptstadt, standen die übrigen Teilnehmer jedoch kritisch gegenüber. Der Präsident der Assoziation der ausländischen Investoren im Königsberger Gebiet, Stefano Wlachowitsch, bemerkte, dass „die Leute nicht nach Königsberg kommen werden, nur um das Bernsteinmuseum zu besichtigen. Noch ist der Tourismus im Gebiet eine Beilage und es gibt noch kein Hauptgericht.“ *J.T.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da muss ich wieder mit einem Wort beginnen, das ich tunlichst vermeiden wollte, mit „eigentlich“. Denn es bedeutet immer, dass etwas anderes geplant war als vorgesehen. So ist es auch diesmal: „Eigentlich“ wollte ich heute auf die positiven Zuschriften eingehen, die zu unseren veröffentlichten Wünschen und Fragen eintrafen, aber wenn neue Suchfragen gestellt werden, haben diese Priorität, weil hier der Faktor Zeit eine Rolle spielt. Ein Wort ist übrigens in unserem Familienvokabular nicht vorhanden: Es ist das „Sommerloch“. Keine Spur davon, im Gegenteil, der Familienkrepsch ist randvoll. Und ich muss tief hineingreifen, um die Anliegen zu berücksichtigen, die schon etwas länger auf eine Antwort – entweder direkt oder als Veröffentlichung in unserer Kolumne – warten.

„Für meine Mutter wäre es ein schönes Geschenk, wenn ich ihren Cousin oder ihre Cousine ausfindig machen könnte“, schreibt Frau **Sabine Kerk** aus Rheine. Wir werden versuchen, ihr dabei zu helfen – wieder einmal als letzte Möglichkeit, um überhaupt noch etwas über die letzten noch lebenden Verwandten zu erfahren. Die Mutter von Frau Kerk, **Marianne Schulz** geborene **Klinger**, flüchtete mit ihrer Mutter **Lucie** Klinger und zwei Schwestern von Königsberg über See nach Dänemark. Lucie Klinger geborene **Klein** hatte zwei verwitwete Schwestern, denen die Flucht ebenfalls gelang. Aber von ihrem Bruder **Klaus** Klein hatte niemand etwas gehört. Erst sehr viel später hat Frau Kerk über die Deutsche Dienststelle (WASt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht erfahren, dass Walter Klein bereits 1946 im Kriegsgefangenenlager Frankfurt an der Oder verstorben war. Er hinterließ seine Witwe **Frieda** Klein geborene Bartsch, *9. Dezember 1912 in Rastenburg, und zwei Kinder, **Elli**, *2. März 1939 in Berlin, und **Günter**, *18. April 1943 in Königsberg. Um „Frieda und ihre Kinder“ hatte sich Lucie Klinger große Sorgen gemacht, wie die Eintragungen in ihrem Tagebuch beweisen, dass sie in dänischer Lagerhaft führte. In der Auskunft der WASt befand sich der Vermerk, dass die damalige Anschrift seiner Witwe Drechow, Kreis Franzburg über Stralsund war. Frau Kerk schrieb daraufhin die Archive Landkreis Vorpommern und Rügen an und bekam die Auskunft, dass Frieda Klein mit ihren Kindern Elli und Günter von 1952 bis 1957 in Göhren, Thiessower Straße bei Strübing, gewohnt habe. Von da an gibt es keine Einträge mehr, also „unbekannt verzogen“. Vermutlich ist Frieda Klein in der damaligen Ostzone geblieben, vielleicht hat sie noch einmal geheiratet und trug dann einen anderen Namen. Das dürfte auch für die Tochter Elli zutreffen. Sie wie ihr heute 68-jähriger Bruder Günter Klein werden nun von Frau Kerk gesucht und wir hoffen, dass ihre nun 70-jährige Mutter endlich ein Lebenszeichen von ihren wahrscheinlich einzigen noch lebenden Verwandten bekommt oder wenigstens erfährt, was aus den Hinterbliebenen ihres Onkels Klaus geworden ist. (Sabine Kerk, Spiekstraße 46 in 48432 Rheine, Telefon 05917/84205, E-Mail: s.kerk@gmx.de)


Lycker Straße in Arys: Das erste Haus ist der Fundort eines rätselhaften Dokumentenbündels Bild: privat

Knapp und kurz ist die Suchfrage von Frau **Grit Vorsatz** gehalten, die sie beim Erfurter Treffen in unseren Familienbriefkasten gelegt hatte. Sie betrifft ein damals sechsjähriges Mädchen, das sich beim Einmarsch der Russen 1944/45 im Kinderheim Hepatha in Hensken, Kreis Schlossberg aufgehalten hat. Es handelt sich um die am 5. April 1939 geborene **Christel Schweitzer** aus Marderfelde, einem kleinen Ort im Kreis Schlossberg/Pillkallen. Auch weitere Angehörige der Familie Schweitzer werden gesucht. Vielleicht können auch ehemalige Nachbarn oder Fluchtgefährten Auskunft geben, ob die Familie aus Marderfelde geflüchtet ist und wohin. Und was wurde aus dem unweit von Schlossberg gelegenen Kinderheim in Hensken? Wurden die Kinder evakuiert und wohin? Sicherlich wird Frau Vorsatz auf Antworten aus unserem Leserkreis hoffen können. (Grit Vorsatz, Friedebacher Straße 32 in 07387 Rockendorf, Telefon 03467/422615)

Die längste Wartezeit hat das sehr ausführliche und sehr komplizierte Schreiben von Herrn **Hans-Gerd Meyer** aus München hinter sich und diese Attribute besagen schon, warum. Unser Landsmann gesteht selber am Schluss seines Elaborats, das vier eng beschriebene Seiten umfasst: Das war wohl ein bisschen viel! Wem das Herz voll ist, dem läuft eben der Mund über und in diesem Fall ist es die Feder. Da aber sein Schreiben an die „gesamte ostpreußische Familie“ gerichtet ist, will ich wenigstens die ersten beiden Fragen, wenn auch stark komprimiert, an diese weiterleiten. Also da schreibt Herr Meyer über seine Familienforschung in eigener Sache:

„Es geht bei mir um die Salzburger **Lackner**, die aber aus dem Gasteiner Tal kamen. Diese Namensträger schauten sich im Lande um und in meinem Fall traf der Lackner auf eine **Titzin** und ehelichte diese im Jahr 1809. Jedes Wochenende studiere ich den Geburtstagskalender im *Ostpreußenblatt* und finde kürzlich einen ‚Titz‘. Dem musste ich selbstverständlich gratulieren. Einige Tage später erhalte ich einen Anruf aus Vancouver, Kanada, ein 20-minütiges Gespräch, das mich – Nachfahre der **Carolina Friederica Titz** – sehr erfreute. Nach dieser forsche ich, ich habe schon ein ganzes Bündel ‚Titz‘-Kopien vorliegen und so an die 30 Urkunden leserlich gemacht, obgleich ich ja nur die der Caroline benötigte. Wenn jemand mal was in ‚Sachen Titz‘ sucht, kann er sich an mich wenden! Beginnen wir mit der Geburtsurkunde von **Loysa** Titz, die nach einem Auszug aus dem Taufregister Pr. Eylau von 1758 als Tochter von **Johan** Titz, Schultz zu Loschen, und der **Regina Preußin** geboren wurde. Hier meine erste Bitte an die ostpreußische Familie: Besitzt jemand noch eine alte Landkarte aus dem Kreis Pr. Eylau, in der Loschen eingetragen ist? Ich möchte diese Karte so gerne in meine Chronik Lackner-Titz einfügen. Unter den in diesem Register enthaltenen Urkunden entdeckte ich dann etwas scheinbar ‚Unzüchtiges‘: Die Taufe eines Mädchens auf den Namen Regina, als dessen Vater ‚Scortator Titz, Bäckermeister allhier‘ und als Mutter ‚Scotatrix Dor. Sommer von der Freiheit‘ eingetragen ist. Darunter der Satz: ‚... zum 2.ten Mal gefallen.‘ Liebe ostpreußische Familie, das ist nun meine zweite Bitte an Euch! Mir ist noch nie eine derartige Urkunde untergekommen, an der ich so zweifele, ob ich sie richtig entziffert habe. Seht doch bitte in den eigenen Unterlagen nach, ob es Vergleichbares gibt.“

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Soweit die Fragen von Herrn Meyer an unsere Leser in Kurzform. Leider können wir die Kopie der Urkunde, die Herr Meyer uns übersandt hat, nicht veröffentlichen, sie wäre unleserlich. Er selber hat ja schon Schwierigkeiten, die alte Schrift zu entziffern und zweifelt auch an manchen Deutungen, wie er weiterhin berichtet und wozu er mehrere, zum Teil brisante Beispiele aufführt oder anklingen lässt. Wie gesagt, es ist ein sehr langes Schreiben, so müssen für heute diese Angaben über die „zweimal gefallene“ **Dor. Sommer** aus Pr. Eylau genügen. Sicherlich wird unser Landsmann Zuschriften aus unserem Leserkreis bekommen, die sich mit diesen oder ähnlichen alten Dokumenten befassen. (Hans-Gerd Meyer, Hälblingweg 6 in 81825 München, Telefon/Telefax 089/423522)

Leichter zu lesen sind die Kopien der Dokumente, die uns Herr **Dietrich Peylo** aus Oberstenfeld zugesandt hat, obgleich auch sie zum Teil in deutscher Schrift gehalten sind, aber mit der bin ich ja seit Fibeltagen vertraut. Als Herr Peylo kürzlich in seinem Geburtsort Arys weilte, wurden sie ihm von dem Leiter eines Kulturvereines, Herrn **Marusinski**, mit der Bitte übergeben, die Familie ausfindig zu machen, zu der diese Papiere gehören. Herr Peylo hat bisher leider vergeblich nach dieser gesucht, die Namen, die er telefonisch ausfindig machte, waren zwar mit denen auf den Urkunden identisch, es gab aber keinen familiären Zusammenhang. Auch ehemalige Bewohner von Arys konnten ihm nicht helfen, was auch verständlich ist, denn derjenige, der diese Dokumente dort versteckte, stammte wahrscheinlich nicht aus Arys. Warum er sie ausgerechnet dort deponiert hat, ist ein Rätsel, das es zu lösen gibt. Das Bündel wurde bei einer Wohnungsrenovierung in der Lycker Straße hinter einem Balken gefunden. Es handelt sich um das letzte Haus der Lycker Siedlung an der Straße nach Stollendorf (Wiersbinnen). Sie müssen erst nach Kriegsende dort versteckt worden sein, denn das letzte Dokument ist vom 30. Juni 1945 datiert und gibt Rätsel auf, da es von einem polnischen Camp in Kiel ausgestellt wurde. Es handelt sich um einen Pass, der den Inhaber als Insasse des am Mühlenweg in Kiel-Rheine gelegenen Camps ausweist. Sein Name: **Jan Weier**.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Es handelt sich um einen deutschen Inhaftierten, denn der Vorname ist polonisiert. **Johann** Weier wurde am 25. September 1884 im westpreußischen Thorn geboren. Einige Dokumente wie Versicherungskarten weisen ihn als Schachtmeister aus, als Wohnort wird Lesnian im Amt Rinkowken genannt. Im Familienbesitz muss, wie eine Grundbucheintragung von 1916 bekundet, ein Grundstück in Fürstenau, Kreis Graudenz gewesen sein. Als Eigentümerin wird Frau **Anna** Weier, verehelichte Besitzerfrau **Diminski**, genannt. Es könnte sich hierbei um die Mutter von Johann Weier handeln, die wohl verwitwet gewesen war und noch einmal heiratete. Die ebenfalls in dem Bescheid genannte Mitbesitzerin, Fräulein **Franziska Weier**, ist vermutlich eine Schwester gewesen. Am ergiebigsten ist ein am 6. November 1919 vom Kreisbauamt des Kreises Elbing ausgestelltes Zeugnis, in dem Johann Weier bescheinigt wird, dass er als tüchtiger und erfahrener Schachtmeister zur vollen Zufriedenheit des Auftraggebers bei den Erd- und Planungsarbeiten für die Kreischausseebauten tätig war. Über den weiteren Lebensweg von Johann Weier gibt es keinerlei Angaben, aber zwei Dokumente über den am 1. April 1926 in Graudenz geborenen Maschinenschlosser **Heinrich** Weier, mit großer Wahrscheinlichkeit ein Sohn von Johann. Das eine ist die Übersetzung eines in polnischer Sprache ausgestellten Schulentlassungszeugnisses der siebenklassigen Volksschule in Graudenz im Juni 1939, das andere ein Facharbeiterbrief, mit dem die Industrie- und Handelskammer Danzig-Westpreußen, Zweigstelle Graudenz Heinrich Weier eine erfolgreiche Ausbildung zum Maschinenschlosser bei der Firma Ventzki KG in Graudenz bescheinigt. Das einzige Personenfoto in dem aufgefundenen Bündel zeigt ein Brautpaar, **Trudel** und **Max**, der Widmung nach Neffe und Nichte von Johann Weier. Der Bräutigam trägt Marineuniform.

Das sind die aufgefundenen Unterlagen, die nun in die richtigen Hände gelangen sollen. Wie sie in das Haus in Arys gelangten, wann, warum und durch wen sie hinter einem Dachbalken versteckt wurden, ist ein Rätsel. Wahrscheinlich wurde der damals fast 60-jährige Johann Weier wegen seines Alters oder Krankheit aus dem Camp entlassen. Hatten er oder andere Familienangehörige schon früher zeitweilig in Arys gelebt? In erster Linie sind Heinrich Weier und seine Familie angesprochen, auch das damalige Brautpaar, Traudel und Max. Herr Peylo ist sehr an der Sache interessiert, denn er ist noch immer eng mit seiner Heimatstadt verbunden. Sein Buch „Arys/Ostpreußen“ bietet mit 150 Ansichtskarten ein Porträt der kleinen Stadt mit dem großen Truppenübungsplatz und erweckt zunehmend das Interesse der heute dort lebenden Polen. Deshalb auch die Verbindung zu Herrn Marusinski, dem er hoffentlich bald die Mitteilung machen kann, dass wir Erfolg gehabt haben. Wenn nicht, wird Herr Peylo die Dokumente wohl dem – noch geplanten – Heimatmuseum in Arys (Orzysz) übergeben. (Dietrich Peylo, Ilsfelder Straße 21 in 71720 Oberstenfeld, Telefon 07062/3331, E-Mail: dpeylo@gmx.de)

Eure

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

MELDUNGEN

Tod auf dem Haff

Rossitten – Schon seit geraumer Zeit kommt es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Fischern auf der Kurischen Nehrung beim Streit um den Verkauf von Räucherfisch – jetzt gibt es offenbar die ersten Toten. Nach Mitteilungen der Polizei wurden zwei Fischer während des Fischfangs auf dem Haff von Land aus beschossen und sind seitdem verschollen. Einem der Verschwundenen gelang es noch, von Bord aus seine Mutter anzurufen; das letzte, was sie von ihrem Sohn hörte, waren die Worte „Sie schießen auf uns, wir sinken!“ Bei den polizeilichen Ermittlungen wurden Reste des Bootes und der Kleidung der beiden Fischer in der Nähe von Rossitten gefunden, bisher aber noch nicht deren Leichen. *T.W.W.*

Wachsender Widerstand – auch im Innern

Initiative plant Volksbefragung gegen das russische Kernkraftwerk »Baltijski« an der Memel

Der Widerstand gegen den Bau des russischen Kernkraftwerks „Baltijski“ an der Memel zieht nicht nur in den Nachbarstaaten, sondern auch im Königsberger Gebiet immer weitere Kreise.

Das vom staatlichen russischen Konzern „Rosatom“ betriebene Projekt ist offensichtlich viel zu groß für den Strombedarf des Königsberger Gebiets und soll daher wohl dem Stromexport dienen. Die Nachbarstaaten wollen sich freilich nicht erneut von russischen Energielieferungen abhängig machen und vor allem in Litauen ist man ob der Gefahren durch die unsichere russische Atomtechnologie in unmittelbarer Nähe der eigenen Grenze besorgt. Nun regt sich auch im Königsberger Gebiet ein zunehmender Widerstand gegen das Bauvorhaben. Waren es bisher vor allem Aktivisten der agilen russischen Umweltschutzorganisation „Ekozaschtschita“, nehmen nun auch weitere Bevölkerungskreise und sogar Abgeordnete der Gebietsduma an den Protesten teil.

Nach zähen Verschleppungsbemühungen hat die Wahlkommission des Königsberger Gebiets die Registrierung einer Initiative für eine Volksabstimmung über den Weiterbau des Atomkraftwerkes gebilligt. Vorausgegangen waren drei Ablehnungen des Antrags aus formalen Gründen. Hatte es zunächst Formfehler bei der Adressschreibung gegeben – die Antragsteller hatten zwar ihre Anschrift, nicht aber den speziell bei diesem Verfahren formal vorgesehenen Zusatz „Kaliningrader Oblast“ angegeben –, gab es beim zweiten Anlauf eine Abweichung in der Passnummer eines der Antragsteller zwischen zweien der Formulare. Schließlich wurde beim dritten Anlauf in Zweifel gezogen, dass der Hauptantragsteller Michail Kostjajew überhaupt einen hinreichenden Aufenthaltsstatus in dem Königsberger Gebiet besäße. Auch dieses Problem ließ sich anschließend leicht aus der Welt schaffen. Nun muss die Königsberger Duma innerhalb von 20 Tagen darüber entscheiden, ob sie eine Unterschriftensammlung durch die Initiativgruppe billigt – erst danach kann die Sammlung der Unterschriften beginnen. Mindestens zwei Prozent der Wahlberechtigten müssen sich in die Listen eintragen, damit anschließend eine Volksabstimmung anberaumt werden kann.

> Selbst in der Gebietsduma regt sich Widerstand

Die Ablehnung des Referendums seitens der Duma ist inzwischen längst nicht mehr so wahrscheinlich, wie sie noch vor Kurzem schien. Aus russischen Kernkraftwerken wurden in der letzten Zeit eine ganze Reihe von sicherheitsrelevanten Schlampereien und gezielten, kriminell motivierten Missachtungen von Sicherheitsbestimmungen bekannt, welche die Bevölkerung beunruhigen. Trotz einer massiven Propagandainitiative seitens der russischen Regierung regt sich gerade im Königsberger Gebiet ein deutlicher Widerstand gegen die bisherige Atompolitik, der auch von einigen Abgeordneten der Duma geteilt wird. Am 1. August fand in der litauischen Hauptstadt Wilna eine Konferenz statt, auf der Vertreter von Königsberger Nichtregierungsorganisationen und Königsberger Politiker gemeinsam vor den Gefahren des Atomkraftwerkes „Baltijski“ warnten. Der Königsberger Duma-Abgeordnete Wladimir Sultanow forderte die litauische Regierung eindringlich auf, die Gefahren des Kernkraftwerks nicht einfach hinzunehmen. Bereits im Vormonat hatten weißrussische Umweltaktivisten auf einer anderen Konferenz in Wilna an die litauische Regierung appelliert, den ebenfalls von Rosatom betriebenen Bau eines Atomkraftwerks in ihrem Land, nur 30 Kilometer von der litauischen Grenze entfernt, zu verhindern.

Selbst wenn es im Kernkraftwerk „Baltijski“ keine Störfälle geben sollte, was nach den bisherigen Erfahrungen ja durchaus nicht zu garantieren ist, kann sich sein Bau für das Königsberger Gebiet als wirtschaftlich ruinös erweisen. Das Atomkraftwerk wird vor allem den Aufbau eines Natur- und Erholungstourismus massiv beeinträchtigen, den man in der Region zu Recht für die beste und nachhaltigste Grundlage einer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung hält. *Thomas W. Wyrwoll*

Wir gratulieren ...

ZUM 105. GEBURTSTAG

Wilke, Ernst Otto, aus Illowo, Kreis Neidenburg, jetzt Baltrumstraße 5, 45665 Recklinghausen, am 15. August

ZUM 104. GEBURTSTAG

Schlicht, Emma, geb. **Mathee**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Lehnestraße 31, 12621 Berlin, am 20. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Sowa, Käthe, geb. **Poburski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Malvenweg 9, 89233 Neu-Ulm, am 20. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bsdurreck, Selma, geb. **Klingenberg**, aus Heldenfelde-Romotten, Kreis Lyck, jetzt 28239 Bremen, am 15. August

Herrmann, Anna, geb. **Krischick**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Meiersfelder Straße 15, 32699 Extertal, am 15. August

Maczeyzik, Erna, geb. **Gerths**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt 17337 Uckerland, am 17. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brohl, Karl, aus Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 24, 47259 Duisburg, am 16. August

Fidorra, Frieda, geb. **Roßmannek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Hedwig-Riedel-Weg 1, 23843 Rümpel, am 21. August

Flath, Ilse, geb. **Gehlhaar**, aus Lötzen, jetzt Kiefernweg 2, 21423 Winsen, am 21. August

Lackner, Gerda, aus Lyck, jetzt 56179 Vallendar, am 21. August

Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt 29451 Dannenberg, am 20. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kosidowski, Martha, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt 49565 Bramsche, am 16. August

Redinger, Gertraud, geb. **Pilzuhn**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Humboldtstraße 121, 51145 Köln, am 19. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hartwich, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 115, jetzt 22848 Norderstedt, am 16. August

Repschläger, Hildegard, geb. **Napierski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Pfitznerstraße 15 A, 65193 Wiesbaden, am 18. August

Schulz, Grete, aus Neidenburg, jetzt An der Feldhecke 15, 23996 Bad Kleinen, am 19. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kraft, Heinz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Kiefernbusch 21, 29640 Wintermoor, am 21. August

Veigl, Helene, geb. **Buchholz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Roggenkamp 38, 59073 Hamm, am 16. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Köthe, Else, geb. **Kaschinski**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Steinfeld 1, 99734 Nordhausen, am 17. August

Kompa, Elisabeth, geb. **Marchlowitz**, aus Ortelsburg, jetzt Friedrichstraße 19, 73262 Reichenbach, am 20. August

Neumann, Vera, geb. **Arndt**, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Breslauer Straße 12, 55286 Wörrstadt, am 21. August

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Hollingstraße 31, 24782 Büdelsdorf, am 17. August

Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hirschendorfer Straße 48, 98673 Eisfeld, am 19. August

Stocker-Kümin, Anneliese, geb. **Kümin**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Centralstraße 12, 6410 Goldau, Schweiz, am 18. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bornowski, Otto, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Hans-Grundig-Straße 3, 39128 Magdeburg, am 17. August

Gehlhaar, Elisabeth, geb. **Gröscke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Celler Straße 26, 29348 Eschede, am 21. August

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Kulenkampffallee 55, 28213 Bremen, am 18. August

Mahnke, Thea, geb. **Riemann**, aus Groß Lindenau, Kreis Samland, jetzt Vom-Stein-Straße 21, 58642 Iserlohn, am 19. August

Mikolitsch, Erna, geb. **Babion**, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 14, 88456 Ingoldingen, am 16. August

Peters, Brigitte, geb. **Wadehn**, aus Wischehnen, Kreis Samland, jetzt Calvinstraße 3, 56567 Neuwied, am 21. August

Rieck, Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, und Treuburg, jetzt Haßleyer Straße 39, 58093 Hagen, am 16. August

Sawatzki, Walter, aus Seebrükken, Kreis Lyck, jetzt Medina, Ohio 44256, USA, am 19. August

Schurat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Max-Planck-Straße 21, 72116 Mössingen, am 19. August

Sossong, Erna, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt 69469 Weinheim, am 21. August

Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, jetzt 97753 Karlstadt, am 16. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bremehr, Käthe, geb. **Kostrzewa**, aus Barten, Kreis Rastenburg, jetzt Kiebitzstraße 65, 33330 Gütersloh, am 13. August



Elbrechtz, Gisela, geb. **Regier**, aus Ortelsburg, jetzt Heinrich-Gröschner-Straße 31, 45481 Mülheim an der Ruhr, am 19. August

Engel, Christel, aus Lyck, jetzt 12169 Berlin, am 21. August

Koropp, Sönnlin, geb. **Hilger**, aus Dullin, Kreis Treuburg, jetzt Im Gehege 20, 29362 Lachendorf, am 11. August

Leberecht, Hildegard, geb. **Petrautzki**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, jetzt Beinsteiner Straße 73, 71334 Waiblingen, am 19. August

Peter-Janze, Ruth, geb. **Kurschat**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Westfälische Straße 209, 44309 Dortmund, am 21. August

Rautenberg, Fritz, aus Worwegen, Kreis Heiligenbeil, am 17. August

Spiekermann, Christel, geb. **Korn**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 58, jetzt Ulmenstraße 8, 47239 Duisburg, am 17. August

Vowinckel, Gisela, geb. **Ollesch**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kronstädter Straße 63, 50858 Köln, am 21. August

Weiß, Helga, geb. **Rautenberg**, aus Worwegen, Kreis Heiligenbeil, am 17. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andersen, Eberhard, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt 29308 Winsen, am 19. August

Borchert, Elfriede, geb. **Kostrewa**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, jetzt Dahlienweg 8, 79312 Emmendingen, am 16. August

Friesel, Irmgard, aus Ebenrode, jetzt Heilbronner Straße 35, 74172 Neckarsulm, am 20. August

Hoffmann, Werner, aus Eichmedien, Kreis Sensburg, jetzt Max-Eyth-Weg 3, 29574 Ebstorf, am 2. Juli

Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt 22419 Hamburg, am 15. August

Maser, Helmut, aus Dorbnicken, Kreis Samland, jetzt Fischbacher Straße 1, 99891 Tabarz, am 21. August

Mehrmann, Käthe, geb. **Schneege**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Goesselstraße 38, 28215 Bremen, am 20. August

Pitsch, Gertrud, geb. **Schwidder**, aus Ortelsburg, jetzt Am Berge 45, 58119 Hagen, am 19. August

Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, jetzt 28779 Bremen, am 18. August

Reiffert, Irmgard, geb. **Berg**, aus Willenheim, Kreis Lyck, jetzt 47447 Moers, am 16. August

Reiser, Irene, geb. **Marenski**, aus Ortelsburg, jetzt Küchelstraße 2, 96047 Bamberg, am 18. August

Tempel, Gerhard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Spitzwegstraße 7, 44795 Bochum, am 18. August

Unruh, Alfred, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lechenicher Straße 22, 50126 Bergheim, am 21. August

Waldner, Otto, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt 47199 Duisburg, am 18. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt 58849 Herscheid, am 17. August

Allodi, Eva, geb. **Dressler**, aus Bersbruden, Kreis Ebenrode, jetzt Prühßstraße 31, 12105 Berlin, am 16. August

Cziesla, Erika, geb. **Bendig**, aus Rewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Kühneweg 4, 23795 Bad Segeberg, am 21. August

Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt 39576 Stendal, am 18. August

Erdt, Hilde Gerda, geb. **Slembeck**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt Westerreihe 19, 27474 Cuxhaven, am 16. August

Geier, Ursula, geb. **Becker**, aus Treuburg, jetzt Scholener Straße 50, 28307 Bremen, am 18. August

Gille, Erika, geb. **Mostolta**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt 38486 Klötze, am 16. August

Gueth, Dieter, aus Breslau, jetzt Herrmann-Henrich-Meier-Allee 1, 28213 Bremen, am 17. August

Haack, Hans Georg, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Brook 18, 21255 Tostedt, am 20. August

Herrmann, Rosa, geb. **Szonn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Johann-Fleck-Straße 32, 24106 Kiel, am 15. August

Jander, Alfred, aus Neidenburg, jetzt Mühlenbergstraße 10, 14476 Töplitz, am 16. August

Kerber, Edith, geb. **Meyer**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, jetzt Wiedstraße 1, 41540 Dormagen, am 20. August

Melcher, Hedwig, geb. **Wohlgetan**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Gothmunder Weg 12 A, 23568 Lübeck, am 16. August

Nehmke, Irmgard, aus Schupöhnen, Kreis Samland, jetzt Juri-Gagarin-Ring 126 B, Wohnung 25, 99084 Erfurt, am 19. August

Niedergesäß, Edith, geb. **Fürchtenicht**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, jetzt 08451 Crimmitschau, am 18. August

Penner, Helmut, aus Neuhof, Kreis Elbing, jetzt Majenfelder Landstraße 3, 23715 Bosau, am 16. August

Rathert, Inge, geb. **Kielmann**, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Geeststraße 6, 32423 Minden, am 21. August

Thal, Gerhard, aus Königsberg, Holzstraße 5, jetzt Stifterweg 38, 89075 Ulm, am 18. August

Ubl, Irma, geb. **Daudert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Ollerlohstraße 68 A, 25337 Elmshorn, am 21. August

Voigtmann, Kriemhild, geb. **Zacharias**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt 06311 Helbra, am 19. August

Wieck, Günther, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Länderöschstraße 26-2, 88046 Friedrichshafen, am 18. August

Wohlgemuth, Ernst, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Kanal 3, 49565 Bramsche, am 18. August

Woedtke, Gerhard, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ottendorfer Weg 23, 24119 Kronshagen, am 17. August



Chlench, Horst, aus Weißenburg, Kreis Sensburg, und Frau Rosemarie, geb. **Krüger**, aus Lübeck, jetzt Warendorpstraße 72, 23554 Lübeck, am 11. August



Drews, Richard, und Frau Herta, geb. **Patz**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Herderstraße 3, 40764 Langenfeld, am 18. August

Rieder, Alfred, aus Lötzen, Angerburger Allee 1, und Frau Elisabeth, geb. **Sorow**, aus Berthelschütz, Kreis Kreuzburg, Oberschlesien, jetzt Caldenhofer Weg 125, 59063 Hamm, am 18. August

Vortrag über Heinrich von Kleist im Ostpreußischen Landesmuseum mit PD Dr. Martin Maurach. Mittwoch, 31. August, 19 Uhr , Eintritt: 4 Euro. *Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75 99 50, Fax: (04131) 75 99 511, E-Mail: info(at)ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de*

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

TERMINE DER LO

Jahr 2011

30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 13. August, 14 Uhr, 3sat: Deutsche Spurensuche in der Ukraine.

Sonnabend, 13. August, 17.45 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1963: Ich bin ein Berliner.

Sonnabend, 13. August, 20.15 Uhr, MDR: Themenabend 50 Jahre Mauerbau. Grenzgebiet! Sperrzone. Unbekanntes aus Mitteldeutschland.

Sonnabend, 13. August, 21.45 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte. Checkpoint Charlie.

Sonnabend, 13. August, 22.30 Uhr, 3sat: Deutschland, deine Künstler. Kurt Masur im Porträt.

Sonnabend, 13. August, 22.45 Uhr, MDR: Der geteilte Himmel. Liebestragödie DDR 64.

Sonnabend, 13. August, 23.45 Uhr, Phoenix: Es war der 9. November 1989.

Sonntag, 14. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 14. August, 17 Uhr, HR: Deutsche Traktorlegenden.

Sonntag, 14. August, 20.15 Uhr, Arte: Live von den Bayreuther Festspielen 2011.

Sonntag, 14. August, 23.35 Uhr, MDR: Einsame Kinder in Rumänien.

Montag, 15. August, 13.15 Uhr, 3sat: Flussfahrt in Ostpreußen.

Montag, 15. August, 14.30 Uhr, 3sat: Kuren wie die Könige – Die böhmischen Bäder. 15.50 Uhr: Leben am Fließ, 15.30 Uhr: Die Sorben, 16.30 Uhr: Im Land der tanzenden Kuchen – Quer durch Moldawien, 17 Uhr: Der 24. Längengrad. Vom Norden Estlands bis in den Osten Polens.

Montag, 15. August, 20.05 Uhr, N-TV: Die letzten Stunden der Berliner Mauer.

Montag, 15. August, 22.15 Uhr, Phoenix: FBI – Die dunkle Macht.

Dienstag, 16. August, 20.15 Uhr, ZDF: Der Heilige Krieg. „Das Schwert des Propheten“.

Dienstag, 16. August, 20.15 Uhr, RBB: Mit Blaulicht und Gummiknüppel. Arbeit der Westberliner Polizei in den 60er Jahren.

Dienstag, 16. August,, 22.45 Uhr ARD: Robert Bosch – Das Vermächtnis eines Großindustriellen.

Mittwoch, 17. August, 15.30 Uhr, 3sat: Schliemanns Gold (1+3/3).

Mittwoch, 17. August, 20.15 Uhr, 3sat: Katja, Valentina, Marina – Eine russische Trilogie.

Mittwoch, 17. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Preußens Friedrich und die Kaiserin. 21 Uhr: Luise – Königin der Herzen.

Donnerstag, 18. August, 13.55 Uhr, Arte: Gesichter des Islam (1 – 4/4).

Donnerstag, 18. August, 20.15 Uhr: Trennung von Staats wegen.

Donnerstag, 18. August, 22.30 Uhr, SWR: Alice und Ellen – Die Kessler-Zwillinge. Porträt.

Donnerstag, 18. August, 22.45 Uhr, RBB: Schlesische Märchenschlösser.

Freitag, 19. August, 19.30 Uhr, BR Alpha: Deutsche Spurensuche im Baltikum.

Freitag, 19. August, 20.15 Uhr, HR: Das grüne Band. „Vom Todestreifen zur Lebensader“.

Freitag, 19. August, 20.15 Uhr, 3sat: Ende einer Supermacht. „Der Putsch gegen Gorbatschow“.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 25. August, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Sommerfest.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Gruppe zum Schabbern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 19. August, 14.30 Uhr, „Deutscher Kaiser“: Gustav Patz hält ein Referat über das Thema „Die Senioren- und Behindertenarbeit im Landkreis“.

Landshut – Dienstag, 16. August, 14 Uhr, „Insel“: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Jeden Montag 18 bis 20 Uhr: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

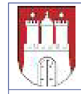
Landesverband – Donnerstag, 25. August, 14 Uhr, Hans-Rosenthal-Haus, Blochener Straße 5, 14167 Berlin-Zehlendorf, S1 Bahnhof Sundgauer Straße, Bus 184 Blochener Straße: Patenschaftstreffen des Bezirkes Zehlendorf mit der Landsmannschaft Ostpreußen Berlin.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oranienburg – Sonnabend, 13. August, 14 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus in Oranienburg Sachsenhausener Str. 1: Die Landsmannschaft der Ostpreußen, Kreisgruppe Oberhavel führt eine Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde zum Thema: „Organisation der Deutschen im heutigen Ostpreußen“ durch. Referent ist Hans-Jörg Froese, Mitglied des Bundesvorstands der LO. Anschließend wird ein Imbiss gereicht. Fragen beantwortet Horst Trimkowski unter Telefon (03301) 58 24 96.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 27. August, 7.45 Uhr, ZOB Hamburg (Abfahrt): Busfahrt mit dem Landesverband der Vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „**Tag der Heimat**“ **im ICC Berlin.** Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304 oder unter Telefon (040) 346359 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8.

Referat Kultur: Sommerfest der Landesgruppe Hamburg mit der bekannten Akkordeonspielerin Edith Neuring. Es werden Heimatlieder, Volkslieder und maritime Döntjes gespielt und gesungen. Mitsingen mutiger Landsleute ist erlaubt. Desweiteren wird das Programm durch heimatliche literarische Vorträge bereichert. Der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel berichtet über seine Reise nach Allenstein / Ostpreußen. Durch die Veranstaltung führt Siegfried Grawitter (Kulturreferent) Telefon (040) 205784. **Wann:** Sonnabend, 3. September, 14 bis 17 Uhr (Saaleinlass ab 13 Uhr), **Wo:** Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg (S- und U-Bahnstation Ohlsdorf plus 5 Minuten Fußweg):

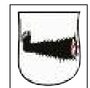
Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. August, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 14. August, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 13. August, 15 Uhr, Luise-Blücher-Haus Am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel hält Erwin Balduhn einen Vortrag über „Die Wolfskinder“.

Frankfurt am Main – Am 3. August fand im Haus der Heimat in Frankfurt eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand hatte dazu eingeladen, weil die Wahl eines Schiedsobmannes notwendig geworden war. Nach erfolgreicher „Amtshandlung“ konnte zum geselligen Teil des Nachmittags übergegangen werden. Die Vorsitzende, Gerlinde Groß, hielt einen kurzen Rückblick auf die Vereinsgeschichte des Frankfurter Kreisverbandes. Mittlerweile weist er das stattliche Alter von 113 Jahren auf. Seine Gründung fällt in das Jahr 1898. Damals kamen viele ostpreußische Söhne in das aufstrebende deutsche Kaiserreich, um als Handwerker Lohn und Brot zu finden. Da eine Urlaubs-Heimreise in der vierten Klasse der neu gegründeten Reichsbahn zeit- und geldbedingt oftmals unerschwinglich war, bauten sie sich ein Stückchen Heimat in Frankfurt auf, den „Ost- und Westpreußenverein“. Nach 1945 wurde dieser Verein zum Sammelbecken für diejenigen, die auch ein Stückchen Heimat für Herz und Seele suchten. Einem solchen Mitglied aus dieser Zeit konnte jetzt das Goldene Treue-Ehrenzeichen verliehen werden. Frau Ursula Küster, die im Ehrenamt der stellvertretenden Vorsitzenden im Kreisverband immer hilfreich zur Seite steht, wurde diese wohlverdiente Auszeichnung überreicht. Ursula Küster, damals blutjung, hat 1945 Furchtbares beim Einfall der Roten Armee in der Heimat am eigenen Leibe erleben müssen, bis sie im völlig zerbombten Frankfurt schließlich eine Bleibe fand. Mit intensivem Austausch diverser Fragen und Informationen über unsere Heimat ging der Nachmittag schnell vorüber. Den Abschluss bildeten einige Erzählungen in unserer schönen ostpreußischen Mundart.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Busfahrt nach Friedland zum Ökumenischen Gottesdienst, 3. September: 62 Jahre Durchgangslager Friedland, Tag der Heimat. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr, Beginn mit Begrüßung im Caritas-Haus, 12.30 Uhr, Mittagessen in der Lager-Kantine (Königsberger Klopse), 13.30 Uhr, Führung durch das Lager Friedland durch Mitarbeiter des Lagers, 14.30 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert. Anschließend Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, 15.30 Uhr, Kaffee und Kuchen. Ein Unkostenbeitrag für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen in Höhe von 12,50 Euro wird von jedem Gast erhoben. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.05 Uhr, Holtenser Landstraße, 10.20 Uhr, Zentraler Omnibusbahnhof/Zoologisches Institut, 10.30 Uhr, Bürgerstraße, 10.35 Uhr, Kiesseestraße/„Zur Linde“. Anmeldungen erbeten bis spätestens 27. August bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Hannover – Die LO-Gruppe Hannover machte am 24. Juni einen Busausflugmit der Firma Partner-Reisen. Zunächst ging es nach Fuhrberg zum Spargelhof der Familie Heuer. Dort gab es ein sehr üppiges und erstklassiges Spargelessen. Danach fuhr die Gruppe weiter nach Walsrode, wo sie im „Backtheater“ erwartet wurde. Bäckermeister „Berni“ empfing die Teilnehmer sehr herzlich. Sie sahen dort den Schwank „Brezelhochzeit wider Willen“. Es ist erstaunlich, was der Bäckermeister mit seinen Angestellten, alles Laien, dort auf die Bühne bringt. Auch Schriftwart Klaus Neumann spielte als Gast-Schauspieler mit. Er gab den Polizisten Neumann. Die Teilnehmer hatten viel Spaß. – Nach der Sommerpause trifft sich die Hannoversche Gruppe am 2. September um 14.30 Uhr in den Ihme-Terrassen, Hannover, Roesebeckstraße 1: Luise Wolfram wird über ihre Reise nach Königsberg im Juli berichten.

Osnabrück – Freitag, 26. August: Fahrt der Frauengruppe nach Hannover-Herrenhausen.

Rinteln – Vom 20. bis 26. Oktober wird eine siebentägige Busreise „Begegnung mit Königsberg / Kaliningrad (und Kurische Nehrung)“ mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld, und Joachim Rebuschat, Rinteln, stattfinden. Vorgesehen sind kultur-, literatur- und architekturhistorische Spurensuche mit Erkundungen und Entdeckungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Besichtigungen von Museen und Kirchen in und um Königsberg, eine Schiffstour auf dem Pregel sowie ein Ausflug auf die Kurische Nehrung. Bei Bedarf gibt es Raum zur Muße und die Gelegenheit zu eigenen Unternehmungen; Übernachtungen auf Hin- beziehungsweise Rückfahrt in Stolpmünde und Kolberg sowie in Königsberg in einem renovierten deutschen Haus. Informationen bei Joachim Rebuschat, j.rebuschat@web.de oder Telefon (05751) 5386



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 17. August: Schiffs-Kaffeefahrt in den Rheingau mit der Primus-Linie, Abfahrt ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie um 14.30 Uhr, Rückkehr gegen 17.20 Uhr (Ankunft in Mainz/Fischtor).

Donnerstag, 18. August, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatlicher Kaffeenachmittag der Damen.

Freitag, 19. August, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

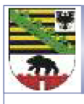
Sonnabend, 27. August, Berlin, Internationales Congress Centrum (ICC), Neue Kantstraße/Ecke Messedamm: Tag der Heimat. Das Leitwort lautet: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“.



SAARLAND

Vors.: N.N. Stellvertretende Vors.: Helga Bettinger, Biehler Hof, 66606 Ottweiler-Fürth

Saarbrücken – Sonntag, 28. August, Tabakweiher: Fröhliches Zusammentreffen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch, Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Freitag, 26. August, 14 Uhr: Grillfest in Letzlingen auf dem Knackmußschen Hof.

Magdeburg – Freitag, 26. August, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises.

Dienstag, 30. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Sonnabend, 27. August, Fahrt des Bundes der Vertriebenen zur Festveranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Berlin im Internationalen Congress Centrum. Die Veranstaltung findet von 12 bis 14 Uhr statt und steht unter dem Leitwort „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Anschließend wird das Schloss Cäcilienhof besichtigt. Der Bus fährt um 5.45 Uhr in Ratzeburg, Schweriner Straße, ab. Zusteigemöglichkeiten gibt es um 6 Uhr in Mölln und um 6.30 Uhr am Rastplatz Talkau. Anmeldungen ab sofort möglich bei Klaus Kuhr, Mölln, Telefon (04542) 89874, und Margot Kindermann, Ratzeburg, Telefon (04541) 3813, und Peter Gerigk, Schwarzenbek, Telefon (04151).

Mittwoch, 31. August: **Fahrt nach Gifhorn** (Südheide). Besichtigung des Mühlen-Freilicht-Museums, das 16 funktionstüchtige Mühlen aus verschiedenen Ländern beherbergt, zum Beispiel aus Russland, Portugal und anderen. Anschließend geht es zum Otter-Zentrum in Hankensbüttel. Dort sind nicht nur Fischotter zu sehen, sondern auch Steinmarder, Dachse und Hermeline. Die Fahrt kostet für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro einschließlich Fahrt und Eintritt. Das Mittagessen kann anhand einer Liste bereits im Bus bestellt werden. Der Bus fährt am 31. August ab: um 6.45 Uhr an der Feuerwehr, 6.55 Uhr Waldstadt, 7 Uhr Wasserkrügerweg / Behaimstraße, 7.15 Uhr ZOB Mölln. Die Rückkehr nach Mölln ist für 19 Uhr geplant. Anmeldungen für diese Fahrt nimmt Bruno Schumacher unter Telefon (04542) 5044 entgegen.

Schönwalde – Donnerstag, 1. September, 14.30 Uhr, Jugendherberge: Ostpreußennachmittag.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatkreisen

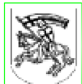
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

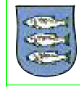
57. Angerburger Tage am 17. und 18. September. Erneut werden wir uns in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg/Wümme, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) treffen. Dazu sind alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Freunde, aber auch Gäste, herzlich eingeladen. Aufmerksame Leser des Angerburger Heimatbriefes werden es schon bemerkt haben: Im abgedruckten Programm fehlt in diesem Jahr der Festgottesdienst mit Abendmahlfeier am Sonntag in der Michaelskirche während der Angerburger Tage. Das ist zu bedauern, lässt sich aber angesichts der wenigen Gottesdienstbesucher nicht ändern. Der Michaelsgemeinde und besonders Pastor Sievers sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass die Angerburger über Jahrzehnte den Gottesdienst dort feiern durften. Künftig werden wir uns immer sonnabends um 9 Uhr vor der Kreistagssitzung zu einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche versammeln. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg bittet um rege Beteiligung. Im Anschluss daran findet am Sonnabend, den 17. September 2011, um 9.30 Uhr eine öffentliche Sitzung der Angerburger Kreisvertretung statt, und zwar im großen Sitzungssaal. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte: Satzungsgemäß ist in diesem Jahr nach einer Amtszeit von zwei Jahren ein neuer Vorstand (u.a. Neuwahl des Kreisvertreters und seiner beiden Stellvertreterinnen) zu wählen. Berichte des Vorstandes, Ehrungen, die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010 und die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 2012 sind ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Für Interessierte eine gute Gelegenheit, sich über die Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft zu informieren. Nach der Mittagspause ist auch in diesem Jahr eine Busfahrt nach Sittensen zum dortigen Heimatverein der Börde Sittensen e. V. vorgesehen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt unverändert 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt in Rotenburg/Wümme ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung erforderlich unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bitte bis spätestens 8. September 2011. Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Sonnabend, 20 Uhr, die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch unseren Patenschaftsträger, den Landkreis Rotenburg (Wümme), in der Aula der Theodor-Heuß-Schule werden. Im Anschluss daran treffen sich Angerburger und Rotenburger zu einem geselligen Beisammensein in der Schule. Es werden Gäste aus Angerburg (Wegorzewo) erwartet. Am Sonntag, 18. September 2011, werden die Angerburger Tage in der Theodor-Heuß-Schule fortgesetzt. Um 11 Uhr findet in der Aula die Feierstunde statt. Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg/Wümme wird die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Rotenburger Heimatmuseum wird am Sonnabend und am Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher, u.a. „Angerburg von A-Z“ (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“, Postkarten, Landkarten und Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Nach der Feierstunde treffen sich in der Theodor-Heuß-Schule die Angerburger und ihre Freunde zum Plachandern und Schabbern. Dort wird es auch zu günstigen Preisen ein Mittagessen geben, außerdem werden Kaffee und Tee sowie Kuchen und andere Getränke angeboten. Das Programm mit weiteren Informationen ist im Angerburger Heimatbrief Heft Nr. 147 (Mai 2011) auf den Seiten 46f. abgedruckt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft rechnet mit Ihrem Besuch zu den Angerburger Tagen 2011 in Rotenburg/Wümme und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kalender 2012. Die Kreisgemeinschaft bietet auch für das nächste Jahr einen interessanten Kalender an. Die verschiedenen Landschaften der Heimat und andere typisch ostpreußische Motive werden Sie erfreuen und Ihnen die Schönheit und Vielfalt der Heimat vor Augen führen. Beschenken Sie sich selbst, Ihre Familie oder Ihre Freunde. Format DIN A4 hoch, 13 Blätter, Spiralheftung oben, 12 Euro einschließlich Porto. Zu bestellen bei der Kreisgemeinschaft Kreis Königsberg, Carl Mückenberger, Telefon (0571) 46297 oder bei Gisela Broschei, Telefon (02161) 895677.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Masuren in Neumünster. Besondere Veranstaltung am Sonnabend, den 20. August 2011, im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster! Von 10 bis 16 Uhr sind die fünf Ausstellungsräume dieses ostpreußischen Heimatmuseums in der Brachenfelder Straße 23 (unweit Rathaus) geöffnet. Zu sehen ist, neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur von Stadt und Kreis Lötzen in Masuren, die Sonderausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Gezeigt werden 40 großformatige, unübertrefflich schöne und eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen des polnischen Fotografen Mieczyslaw Wieliczko (Allenstein). Sie bleiben bis Ende Oktober im Lötzener Heimatmuseum. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der zum günstigen Preis erworben werden kann. – Um 16.15 Uhr beginnt im Veranstaltungsraum der Vortrag „Der Ostpreuße Ernst Wiechert und seine Märchen“. Dieter und Ute Eichler, Hamburg, stellen die Entstehungsgeschichte dieser Märchen vor und lesen Beispiele. Der Eintritt ist – wie immer – frei.

Ein Tag im Leben eines ostpreußischen Heimatmuseums. Jeder Tag, an dem für Besucher die Türen weit geöffnet werden, ist eine spannende Angelegenheit für die drei Menschen, die das Lötzener Heimatmuseum in Neumünster betreuen: Wer wird kommen? Wieviele Besucher kommen? Welche Fragen, Wünsche und Erwartungen bringen sie mit? Wie werden besondere Angebote wahr- und angenommen? Dieses Mal war rechtzeitig in der Lokalpresse und auch im „Ostpreußenblatt“ geworben worden für: „Der besondere Tag – Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik)“ werden zum Kauf angeboten. Zu besichtigen ist, neben der ständigen Ausstellung, die Sonderausstellung „Masuren in Neumünster“ – die großformatigen Aufnahmen des polnischen Fotografen Wieliczko zeigen die Schönheiten dieser Landschaft in allen vier Jahreszeiten auf beeindruckende Weise (bis Ende Oktober 2011). – An diesem Sonnabend steht der erste Besucher schon vor 10 Uhr in der Tür. Es freute und es wunderte nicht – Peter P. zählt seit vier Jahren zur steigenden Zahl treuer Wiederkehr-Besucher, und er ist ein Freund dieser Einrichtung, dem so manche Information zu verdanken ist, wenn es um das Gebiet der Familienforschung geht. Wenige Minuten später kommt ein älterer Herr die Treppe herauf, ein „ganz normaler Neumünsteraner Bürger“ – wie sich dann herausstellt. „Ich wollte schon immer einmal schauen, was die Lötzener denn hier haben“, sagt er und verrät, dass er (Jahrgang 1927) zum Ende des Weltkriegs noch Soldat werden musste. Er geht mit wachem Blick und großem Interesse durch alle Ausstellungsräume und sagt: „Wenn doch nur einmal auf der ganzen Erde Frieden herrschen würde!“ Am Ende seines Besuches äußert er sein Interesse für Malerei, und mit mehreren Büchern zu diesem Thema verlässt er zufrieden das Lötzener Museum. Für die Überraschung des Tages sorgt Paul T., der über zwei Jahrzehnte diese Heimatsammlung betreut hat. Er bringt drei Ziegelsteine. Aber es sind, unschwer an der Schrift und der eingeprägten Kaiserkrone zu erkennen, ganz besondere Steine: Sie sind Produkt der Kaiserlichen Keramikmanufaktur Cadinen, hergestellt zwischen 1904 und 1944. – Am gestrigen Abend war in Lüneburg im Ostpreußischen Landesmuseum die Ausstellung „Baukeramik aus Cadinen“ eröffnet worden. So freut dieses Geschenk ganz besonders. Da sind inzwischen weitere Besucher gekommen, die begrüßt werden und Hinweise erhalten, wie sich der Lötzener Ausstellungs- und Veranstaltungsbereich gliedert. Für Erstbesucher ist es manchmal gar nicht so einfach; diese Feststellung ist die Regel: „Es gibt ja hier viel mehr als ich erwartet habe!“ Unter den neu eingetroffenen Besuchern sind Mutter und Tochter, die auch das Interesse am Lesen verbindet. Sie werden in dem Angebot, das in vielen Kartons grob sortiert ausgestellt ist, fündig. Ihre Freude an so manchem Buch ist unübersehbar. Zufrieden verlassen diese zwei, die heute das Lötzener Museum für sich entdeckt und eine Wiederkehr in Aussicht gestellt haben, die Räume. Einen Stapel Bücherschätze trägt auch ein Ehepaar davon, das nicht nur gemeinschaftlich das Angebot an Büchern durchforstete, sondern sich ebenso intensiv mit den ausgestellten Fotografien beschäftigt hat. Die eindrucksvollen Bilder des Allensteiner Fotografen Wieliczko geben an diesem Tag viele Male den Anstoß für ein Gespräch mit Besuchern über Fotografie allgemein, über das Erleben von Landschaft im Besonderen und über eigene Reiseerfahrungen im heutigen dreigeteilten Ostpreußen. Froh sind Besucher der Sonderausstellung auch, wenn sie im schönen (und preisgünstigen) Katalog zur Ausstellung die Landkarte entdecken, die ermöglicht nachzuvollziehen, wo welche der Fotografien zu verorten ist. Immer wieder wichtig sind die an verschiedenen Stellen der Museumsräume ausgehängten Landkarten. Besucher zeigen ihre Reisewege, suchen und finden Orte von familiengeschichtlicher Bedeutung oder sprechen vor einer historischen Landkarte von ihren Fluchterlebnissen. Da kommt eine Besucherin, die gerade, aber nicht zum ersten Mal, eine Masurenreise unternommen hat. Sie steht noch ganz unter dem Eindruck des Gesehenen und Erlebten. Auch die Teilnahme an der Einweihung des Gedenksteins für zivile Opfer eines Massakers in Rhein (Kreis Lötzen) am Kriegsende war für sie von großer emotionaler Bedeutung. Für Adelgunde M. hat sich vor nicht langer Zeit das Wunder ereignet, einen Halbbruder, von dessen Existenz sie nichts wusste, zu finden. Die Räume des Lötzener Heimatmuseums sind für diese „Geschichten aus der Geschichte“ genau der richtige Ort. Inzwischen schauen sich zwei Besucher um, Vater und Sohn, die aus Winsen/Luhe kommen. Sie zeigen vielseitiges Interesse, haben Fragen, sie haben zwischen ihrem ersten und dem jetzt zweiten Besuch dieser Einrichtung eigene erste Lötzen-Reiseerfahrungen (und auch einen Besuch bei Bürgermeisterin Piotrowska) gemacht. Besonders freut, wenn der Sohn zum Vater sagt: „Wir fahren wieder nach Masuren!“ Da sind gerade zwei jüngere Menschen gekommen, als der Name K. fällt, ist klar: Es handelt sich um engagierte Familienforscher aus Pinneberg, für die der Bestand des Lötzener Archivs wichtig ist. Ihnen werden gesammelte Dokumente und Bildmaterial gezeigt, Ansprechpartner vermittelt. Die Vorsitzende der Gruppe der Ost- und Westpreußen in Neumünster, Brigitte Profé, hat auch heute nicht versäumt, dem Lötzener Museum einen Besuch abzustatten. Was sie, die sich im 80. Lebensjahr befindet, in mehreren Bereichen, nicht nur in Neumünster, leistet, hat hohe Wertschätzung verdient. Sie äußert ihre Anerkennung für die Entwicklung, die die Lötzener Einrichtung in den letzten Jahren genommen hat. Dass Archiv und Heimatsammlung allen Interessierten offenstehen, dass hier auch immer wieder besondere Veranstaltungen und Sonderausstellungen angeboten werden, ist in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit angekommen. Es kommen Besucher-Neulinge, die einen familiengeschichtlichen Hintergrund zu Ostpreußen mitbringen und andere, die einen besonderen Wunsch haben: Ob es möglich ist, zum hohen Geburtstag der Mutter eine Lötzener Fahne auszuleihen. Unangemeldet kommt eine Journalistin der „Kieler Nachrichten“. Sie ist überrascht, wie sich die ständige Ausstellung in drei Jahren entwickelt hat, welches Veranstaltungsangebot es für das Jahr gibt, auch die Sonderausstellung mit den ihr bis dahin unbekannten Arbeiten des polnischen Fotografen Wieliczko bringt sie zum Staunen. „Das ist wirklich ein Profi, ein Könner mit einem ausgeprägten Blick für die Schönheit und die Besonderheiten einer Landschaft“, ist ihre Einschätzung. Sie macht sich Notizen zu den Fakten, wie es gelungen ist, diese besondere Ausstellung nach Neumünster zu holen. Ihr Artikel wird hoffentlich dazu beitragen, dass noch möglichst viele Menschen in den nächsten Wochen „Masuren in Neumünster“ entdecken. Andere Besucher haben während des Interviews interessiert zugehört. Es stellt sich heraus, dass man sich kennt. Eine Situation wie sie im Lötzener Heimatmuseum gar nicht selten vorkommt: Besucher treffen per Zufall auf andere Besucher, zu denen eine Beziehung – beruflich oder privat – besteht und stellen fest: Gemeinsame Interessen verbinden. Vom Ehepaar B. ist zu erfahren, dass es kommende Woche zu einer organisierten Radtour durch Teile Masurens startet. Sein Besuch des Lötzener Museums dient der Reisevorbereitung. Beide äußern Betroffenheit, als sie von der Ungewissheit des Verbleibs des Museums in diesen Räumen hören. Eine ältere Dame hat ein konkretes Anliegen. Als ihr versichert wird, dass eine ganz bestimmte Chronik zwar vorhanden ist, aber – weil rar – unter Verschluss, ist sie beruhigt. Sie ist eine Nachfahrin des Verfassers. Auch Nachkomme eines bedeutenden Lötzener Bürgers ist ein Herr aus Rendsburg. Er kommt auf dem Weg in den Urlaub – das „Womo“ steht am Straßenrand – vorbei, um sich mit Reiselektüre zu bevorraten. – In den Stunden seit Öffnung aller Türen sind viele andere Menschen gekommen, für deren Anliegen es hier offene Ohren gibt. Eigentlich sollte um 16 Uhr „der besondere Tag“ beendet werden. Doch in dem Raum, der schwerpunktmäßig textile Kostbarkeiten zeigt, stehen drei Menschen in wichtigem Gespräch. In dem Raum, dessen eine Wand die Klapptafeln mit den Dorfplänen ausfüllen, sucht ein Besucher noch etwas und bittet dann um Kopien. Und im „Lötzen-Saal“ bietet sich ein schönes Bild: Da sind mehrere Menschen still beschäftigt, Informationen aus dem Fachbuchbestand und aus speziellen Nachschlagewerken herauszulesen. Problemlos wird die Öffnungszeit verlängert. Das Fazit dieses Tages: Es war nicht nur ein „Tag der offenen Tür“ (wie er seit vier Jahren von März bis Oktober an jedem 3. Sonnabend des Monats in der Brachenfelder Straße 23 angeboten wird), es war – wie jeder dieser Tage – ein besonderer Tag, aber mit sehr viel Masuren in Neumünster. (Kontakt: D. und U. Eichler 040 - 608 30 03 oder M. Kikkstein 04326 - 14 36)



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Gisela Harder (komm.), Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt.

Wolfgang Warnat zurückgetreten. Wolfgang Warnat ist am 28. Juni aus familiären Gründen mit sofortiger Wirkung von seinem Amt als Kreisvertreter zurückgetreten. Die Gruppe bedauert seinen Rücktritt und dankt für seine Arbeit für die Kreisgemeinschaft. Die Kreisgemeinschaft wird zur Zeit vom geschäftsführenden Vorstand weitergeführt. Laut Satzung gibt es zwei gleichberechtigte Stellvertreter/innen und den Schatzmeister: Gisela Harder, Stellvertretende Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Stellvertretende Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079; Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Die Mitglieder des Gesamtvorstandes setzen ihre Arbeit in ihren Sachgebieten fort. Am 2. September wird der Kreistag auf seiner Sitzung in Morungen/Südharz weitere Entscheidungen treffen. Am 3. und 4. September findet in Morungen/Sangerhausen im Südharz das diesjährige Heimatkreistreffen in den Veranstaltungsräumen „Bürgerhaus und Sockenhalle“ statt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle Mitglieder und Heimatfreunde und alle, die daran interessiert sind, herzlich ein. Die Gruppe wird sich über ihr Kommen zum diesjährigen Heimatkreistreffen in dem idyllisch gelegenen Ort Morungen freuen. Mitglieder des Vereins Deutsche Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen/Morag haben zugesagt.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Festvortrag (Auszüge) von Günter F. Toepfer anlässlich des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Schlossberg in der Stadthalle Winsen (Luhe) am 10. Juli. „Wolfskinder": Lewe Landslied, so geht es aber nicht weiter, weil ich die Sprache nicht so gut beherrsche, dass mein Vortrag so gehalten werden könnte ... Vor Ihnen steht ein konservativer Politiker, den Sie gebeten haben, zu einem Thema zu sprechen, was im Programmheft ausgewiesen ist als „Wiedersehen mit den Wölfen". Also das, was wir gemeinhin unter dem Begriff „Wolfskinder" zusammenfassen. Da ich weiß, welche Fragen immer gestellt werden bei den Vorträgen, stelle ich sie mir selber und beantworte sie auch gleich, nämlich: Warum tun Sie das eigentlich, Herr Toepfer? Warum tun Sie so viel für die Wolfskinder? Sind Sie denn eigentlich ein Ostpreuße? Muss man denn ein Ostpreuße sein, um Patriot zu sein? Nein, ich glaube, das muss man nicht. Ich nenne Ihnen die drei Motive .... Lassen Sie es mich so sagen, mit dem ersten Satz aus dem politischen Testament unseres bedeutendsten preußischen Königs Friedrich II.: „Die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterland zu dienen." Ich bin in diesem Sinne erzogen worden. Ich habe versucht, das zu verinnerlichen. Dass ich damit gegen den Zeitgeist handele, das stört mich in keinster Weise. Auch wurde mir beigebracht, nicht zeitgemäß zu sein, sondern aus Überzeugung das Wort zu reden und dafür auch einzutreten. Nun ein zweites Motiv: Möglicherweise hört sich das für den einen oder andern radikal an, möglicherweise rechtsradikal. „Erst kommt mein Volk, dann all' die anderen vielen, erst meine Heimat, dann die Welt." (Starker Applaus der Zuhörer!) Ich kann Sie beruhigen. Sie applaudieren jetzt dem bedeutendsten Philosophen Ostpreußens, Immanuel Kant. Er hat das gesagt und auch das ist für mich Richtschnur meines Handelns. Und das dritte Motiv (das weiß eben, wie gesagt, Herr Steinbacher), will ich Ihnen nicht vorenthalten, aber auch nicht weiter ausdehnen: Das Schicksal der Wolfskinder ist nur knapp an mir vorbei gegangen. In Dankbarkeit für diese Schicksalswende glaube ich, ergibt sich auch eine Verpflichtung ... Zu dem Thema bin ich gekommen, als in Berlin eine Ausstellung zum Thema der Wolfskinder gemacht wurde. In dieser Ausstellung haben Wolfskinder, die bereits 1948 nach Kyritz in Mecklenburg-Vorpommern überführt wurden, berichtet, wie ihr Leben als Wolfskind war. Und sie haben auch berichtet, in welchem schrecklichen materiellen und finanziellen Zustand, in welchen Wohnbedingungen unsere Landsleute, die in Litauen verbliebenen Wolfskinder, leben mussten. In meiner Naivität fragte ich die Macherin dieser Ausstellung: „Ja, was haben Sie denn für unsere Leute eingeleitet?" Und sie sagte mir, dass sie zu diesem Thema promoviert hat. Darauf erbat ich nur noch die Anschrift eines Wolfskindes, das geeignet war, mit mir und anderen Wolfskindern Kontakte herzustellen. Der erste Kontakt erfolgte im Jahre 2003. An dieser Stelle beginnt meine Arbeit für die Wolfskinder. Ich hatte zu einem ersten Treffen eingeladen. Von 28 sind 27 aus dem Gebiet Tauroggen gekommen. Das ist grenznahe die größte Gruppe. Ich hatte erwartet, dass die Frage auftaucht, was ich wohl wollte, der Reiche aus Deutschland, der behauptet, Politiker zu sein! Vielleicht uns helfen? Es war alles falsch, was ich gedacht habe. Sie wollten kein Geld, sie wollten keine Bekleidung, sie wollten keine Lebensmittel, sie wollten keine Medikamente oder ähnliches haben. Sie hatten zwei Fragen an mich, wovon mich insbesondere die zweite tief betroffen gemacht hat. Die erste wichtige Frage unserer Wolfskinder war: „Können Sie uns helfen, wer sind wir wirklich? Wir wissen, dass wir nicht die sind, wie in unserem litauischen Pass eingetragen. Wir wissen, dass dieser Name frei erfunden ist – oder es hat ihn wirklich mal gegeben. Es ist nicht mein Name, nicht meine Identität, nicht mein Geburtsort und mein Geburtsdatum, auch sind es nicht meine Eltern! Wer sind wir?" Und die zweite Frage, die mich also noch betroffener gemacht hat, war: „Hat uns jemand nach dem Krieg gesucht?" Sie hatten also nicht etwa die unglaubliche Frage und die Hoffnung, dass noch jemand lebt. Nur das wollte man wissen, ob man nicht allein war, obwohl verloren. Leichtsinniger Weise sagte ich zu, dass ich mich darum kümmern werde, diese Fragen zu beantworten, dabei aber nicht bedacht, dass für die Klärung seit 2003 meine ganze Freizeit damit verbunden war und kompensiert wurde. Auf der Spurensuche arbeitete ich hunderte von Briefen durch, besuchte Dutzende von Archiven von Genf, über Bad Arolsen, über Hamburg und den kirchlichen Suchdienst in Stuttgart; Archive in Schlossberg, in Ragnit, in Litauen, das Geheime Preußische Staatsarchiv in Berlin, die katholische Militärseelsorge, das evangelische Kirchenbuchamt, um nur einige zu nennen. Wie das im Einzelnen erfolgte, kann ich Ihnen nicht umfangreich darstellen, zeigen möchte ich aber ein Bild mit dem „Ilja Ehrenburg-Pamphlet"! Was ich Ihnen damit zumute, ist wirklich eine Zumutung. Ich lese Ihnen nur zwei Passagen aus dem Text vor. Der Text liegt für Sie auch zur Mitnahme bereit. „Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort ‚Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort ‚Deutscher' ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für dich ein verlorener Tag gewesen. Wenn du glaubst, dass statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird; so hast du die Gefahr nicht erkannt." Und so geht das weiter, Sie können das nachlesen: „Tötet, tötet, tötet, tötet den Deutschen... – dieses bitten Dich Deine Kinder. Töte den Deutschen, so ruft die Heimaterde. Versäume nichts, versieh dich nicht, töte" Nach diesem Kriegsverbrecher, nach dieser kranken Person, ist doch tatsächlich in der Hansestadt Rostock eine Straße benannt! Es ist unglaublich in der Besonderheit auch, dass die, die dort Verantwortung tragen, um diesen Tatbestand wissend, ihn klein reden. Es ist immerhin dieser Ilja Ehrenburg, ein sowjetischer Jude, Stalin-Friedenspreisträger. Das scheint alles andere wegzuwischen. Nach diesem Mann wird in einer deutschen Stadt noch eine Straße benannt! Sie können das schwarz auf weiß mitnehmen. Die Quelle ist angegeben. Wenn ein ungläubiger Thomas unter Ihnen ist, der möge die Hände hineinlegen in die Wunde und abklären, ob das eine Erfindung ist oder der Wahrheit entspricht. Mit einer solchen Einstellung kamen die Russen über die Grenze. Der erste Ort, der erobert wurde, ist im Ort aus Ihrem Heimatkreis, es ist Schirwindt. 1725 mit der aufgehenden Sonne im Stadtwappen gegründet, war Schirwindt der erste Ort, wo es zu den ersten Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kam. Das Massaker von Nemmersdorf dürfte vielen von Ihnen bekannt sein und ich nenne das auch noch Methgeten, ein Vorort von Königsberg. Die Wolfskinder verloren meistens auf ihrer Flucht, kurz bevor die russischen Truppen die Trecks einholten, ihre Familien oder Mütter aus den Augen. Auch das für eine kindliche Seele unvorstellbar, mit anzusehen, wie viel russische Soldaten über die Mütter herfielen, sie vergewaltigten und anschließend erschossen. Resultierend aus den vielen Gesprächen mit den 28 Wolfskindern meiner Gruppe, die fast alle das gleiche Schicksal erlitten, meine Frage: „Und was habt ihr dann gemacht?" „Ja, unser Großer hat dann gesagt, ich gebe jetzt das Kommando, mir nach." „Was habt Ihr denn mit Eurer Mutti gemacht?" „Ja, die Mutti haben wir begraben." „Wie habt Ihr sie denn begraben im Frühjahr 1945? (Januar)"? „Wir haben sie mit Schnee zugedeckt und sind still geworden!" Dann sind die Wolfskinder durch Ostpreußen gezogen auf der ständigen Suche nach etwas Essbarem, was anfangs auch gar nicht so schwer war; denn in jedem ordentlichen bäuerlichen Haushalt wurde ja geschlachtet und es gab irgendwo Eingemachtes. Von diesem Eingemachten konnte man eine Weile gut leben. Aber alles das, was zu einem normalen Leben gehört, entbehrten diese Kinder, die Liebe, den Trost und das in den Arm nehmen! Alles das fehlte in ihrer Kindheit in dieser Zeit. 1945 und 1946 haben die Wolfskinder meistens – und deshalb nennen sie sich auch Wolfskinder – in Kinderrudeln zusammengelebt, permanent auf der Suche nach etwas Essbarem bei steter Angst, von den Wölfen eingeholt zu werden. Da sind mir entsetzliche Geschichten erzählt worden. Wer mit dem rennenden Kinderhaufen nicht Schritt halten konnte, wurde eingeholt. Die Wölfe hatten auch Hunger und so haben viele ihre kleinen Geschwister verloren, sofern diese sich nicht anderweitig retten konnten. Und sie nennen sich Wolfskinder, weil viele oftmals bis zu zwei Jahre, 1945 und 1946, in den litauischen Wäldern kampiert haben, also den Wölfen ähnlich leben mussten. Daher der Begriff für sich selbst „Wolfskinder" mit dem Zusatz „Edelweiß", die Bezeichnung für das Gefühl der Wolfskinder für Deutschland. Der Winter 1947 – ich rede hier ja vor einer Erlebnisgeneration und will nur erinnern – war ein Jahrhundertwinter, quasi ein Nachschlag zum verlorenen Krieg. In dem harten Winter sind Tausende dieser herumstreunenden Kinder elendig gestorben durch Kälte, durch Entkräftung in Folge von Unterernährung, durch Seuchen, Erkältungs- und anderen Krankheiten oder sie waren im Eis der Memel eingebrochen. 1947 kam dann die Kunde auf, man müsse über die Memel in das Memelland, also nach Litauen, in das gelobte Land. Da fließt Milch und Honig. Wie das meistens mit dem gelobten Land ist, haben viele, so wie Moses, das gelobte Land nie erreicht. Bei der Überquerung der Memel haben sie ihr nasses Grab gefunden. Aber die, die die andere Seite erreicht hatten, fanden auch nicht immer das gelobte Land vor. Doch waren da auch Litauer, litauische Menschen tief im christlichen, katholischen Glauben verwurzelt, die einfach den russischen Befehl: „Faschisten-Kinder werden nicht gefüttert, sie werden

ausgelesen", missachteten und dabei Kopf und Kragen riskierten. Sie nahmen selbstlos ein großes Risiko in Kauf. Diese Menschen haben unsere Kinder gerettet, sich um sie gekümmert und sie umsorgt, diese, unsere Wolfskinder, die heute noch in Litauen leben. Der Aufenthalt der Kinder war nur für kurze Zeit gedacht. Viele von ihnen waren weiter ins Reich nach Westen geflohen, doch mit der Maßgabe, nicht zu weit in den Westen; denn man war in dem Glauben: „Wir kommen ja wieder zurück, wir müssen zurück!" Und so dachten auch viele Litauer, dass das nur für kurze Zeit ist. Es kam aber ganz anders, es wurde ein Leben lang daraus. Welche Konsequenz hatte das? Die Kinder durften nie öffentlich gezeigt werden. Sie waren Faschistenkinder. Nach ihnen suchte der KGB, der russische Geheimdienst, die Repressionseinrichtung in Russland. Sie konnten nicht in die Schule geschickt werden und das hat Konsequenzen bis zum heutigen Tag. Irgendwann konnten sie auch nicht mehr zum Beispiel August Rieck heißen, sondern sie mussten einen neuen Namen annehmen. Was zu der Zeit litauische Bürgermeister geleistet haben, ist unvorstellbar und ich werde das noch öffentlich machen. Es gibt dort Orte, wo scheinbar mehr deutsche als litauische Kinder geboren wurden. Durch passende litauische Geburtsurkunden oder Lebensläufe wurden deutsche Kinder auf einmal zu litauischen Kindern gemacht. Nur so konnten sie dem Zugriff des KGB entzogen werden. Litauische Eltern nahmen diese Kinder als ihre eigenen an. Oftmals haben diese Kinder ihren Identitätswandel nie mitgeteilt bekommen. Nur die größeren Kinder, die bei Kriegsende zum Beispiel bereits acht Jahre und älter waren, wussten, dass hier etwas stattgefunden hat, was man nie jemandem sagen durfte. Dass sie nicht die sind, wie etwa in der Schule genannt, sondern in Wirklichkeit jemand anders waren. Die Jüngeren unter den Wolfskindern berichteten, dass sie erst am Totenbett der litauischen Eltern, das heißt etwa im Alter von 50 Jahren, über ihre wahre Identität erfahren haben. Die litauischen Eltern sagten: „So, jetzt geht es ans Sterben. Kommt mal her, wir wollen Euch mal etwas erzählen. Das ist aber nur für Euch. Erstens: Ihr seid nicht unsere Kinder. Zweitens: Ihr seid nicht die, die ihr bisher immer genannt und gerufen wurdet. Drittens: Ihr seid in Wirklichkeit jemand ganz anderer! Das, was wir bei Euch in eurer Bekleidung eingenäht fanden, in der alten, der Fluchtbekleidung, das haben wir für Euch in einer Blechdose, die wir dort und dort versteckt haben, aufbewahrt!" Mit diesem Wissen, ohne richtige Schreibweise zum Namen und Nachnahmen, bin ich ausgerüstet worden und unternahm den Versuch, zu forschen, wer die Wolfskinder wirklich sind. Die Namen waren oftmals nur nach Gehör aufgeschrieben, so konnte Schulz auch Schultz, Schultze oder Scholz oder auch anders richtig sein. So habe ich angefangen, nach der wahren Identität zu suchen. Und ich sage Ihnen, was zum Beispiel ein unlösbarer Fall war, Bronius Mirbokas. Den fragte ich: „Ja, wie hast du denn geheißen?" „Das weiß ich nicht so genau." „Wie hat denn Deine Mutti Dich genannt?" „Bubi." Mit nur „Bubi" war eine Suche nicht möglich, so konnte ich keinen finden. Einige behielten ihre deutschen Namen in litauischer Schreibweise. Ich kann Ihnen aber die erfreuliche Mitteilung machen, dass ich für die echten 28 Wolfskinder in meiner Gruppe für 27 die wahre Identität habe klären können. Es ist eine unvorstellbar hohe Quote! Für 24 dieser 28 Wolfskinder habe ich auch die deutsche Staatsangehörigkeit erkämpft ... Und warum sind es nicht 28 geklärte Fälle von 28? Das will ich gerne erklären! Erstens, weil ich mit „Bubi" nichts erreichen konnte, seine wahre Identität nicht geklärt werden konnte. Zweitens, weil ich im Falle der Waltraut Mindt wohl einen Bruder in Deutschland gefunden hatte, der aber keine Schwester haben wollte. Er wollte sich zu seiner Schwester nicht bekennen Drittens, weil ich darunter eine Frau habe, die gewissermaßen einen Vater als Wolfskind hat, im übertragenen Sinne. 1914 haben uns die Russen überfallen und sind tief nach Ostpreußen eingedrungen. Bei der ersten Flucht damals stand er auf der Brücke in Tilsit, und die zurückflutenden deutschen Flüchtlingstrecks aus dem Memelland sagten: „Los spring mal auf, die Russen kommen, komm mit uns mit." So ist dieser Russe aus Litauen in eine deutsche Identität gekommen, hat später eine Deutsche geheiratet und sie haben deutsche Kinder bekommen. Diese Kinder dürfen aber nicht deutsche Kinder sein. In diesem Falle, prozessiere ich noch. Und schließlich viertens, und das ist die ganze Bandbreite von Enttäuschungen, wenn einer nicht wieder Deutscher werden will. Ich kann es verstehen, Deutschland hat seine Kinder vergessen, hat nie ernsthaft nach den Wolfskindern gesucht. Nach 1955, als Konrad Adenauer unsere letzten Kriegs- und Zivilgefangenen heimgeholt hat, hatte keiner mehr ein Auge auf die Wolfskinder. Sie leben heute unter erbärmlichen Bedingungen in Litauen, aber nicht, weil die Litauer ihnen keinen Wohlstand gönnen. Nein, weil ihr Leben so verlaufen ist, wie er

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

LO-Seminar

Kulturhistorisches Seminar für Frauen

Vom 7. bis 11. November 2011 findet im Ostheim in Bad Pyrmont wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt.

Unter dem Titel „Vom deutschen Orden zum Haus Hohenzollern" beschäftigt sich diese Veranstaltung mit markanten Wendepunkten der ostpreußischen und preußischen Geschichte. Seminarleiterin ist Frau Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise.

2011 begeht das Haus Hohenzollern sein 950. Jubiläum. Aus diesem Anlass wird Prof. Dr. Wolfgang Stribrny einen Überblick über die bewegte Geschichte des bedeutenden deutschen Herrscherhauses geben. Im Anschluss daran spricht der Direktor des brandenburgischen Landes-Hauptarchivs, Privatdozent Dr. Klaus Neitmann, anlässlich des 600. Jahrestages des 1. Thorner Friedens über die Niedergangszeit des Deutschen Ordens. Auch ein Blick auf ein herausragendes Ereignis der ostpreußischen Geschichte im 16. Jahrhundert darf in diesem Jahr nicht fehlen: Dr. Martin Treu, Bereichsleiter der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, wird über die Wahl Albrechts von Brandenburg-Ansbach zum Hochmeister des Deutschen Ordens berichten, die sich 2011 zum fünfhundertsten Male jährt.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem 350. Geburtstag des preußischen Generalfeldmarschalls und Diplomaten Alexander Burggraf und Graf zu Dohna, dem 700. Todestag des Hochmeisters Siegfried von Feuchtwangen und der Gründung des Deutschen Jugendherbergswerkes durch Richard Schirrmann, der aus dem Landkreis Heiligenbeil stammte.

Hans-Joachim v. Leesen spricht in einem Vortrag über das brisante Thema „Zensur in Deutschland".

Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind auf Anfrage gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anmeldungen nimmt die Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Christiane Rinser, Buchtstraße 4 in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41 40 08 26, Fax: (040) 41 40 08 19, rinser@Ostpreussen.de gerne entgegen. *We*

Auf dem Weg nach Ostpreußen

Die Emigration der Salzburger Protestanten am Beispiel der Ebenroder Familie Heinacher

Das Buch unternimmt den Versuch, die Geschichte der bäuerlichen Familie Heinacher aus Ebenrode (Stallupönen) zu beschreiben. Dabei werden deren Wurzeln im Salzburger Land rückblickend bis ins 15. Jahrhundert und die Wege der damaligen Gutsfamilien Heinacher im 18. Jahrhundert nach Ostpreußen beleuchtet. Protestanten waren es, die auf Druck des Salzburger Erzbischofs das Land der Katholiken verlassen mussten und nach Ostpreußen emigrierten. „Lieber Dornen und Disteln auf meinen Äckern als Protestanten in meinem Lande." (Erzbischof Firmian).

Das interessante Buch wurde zu Ehren des ehemaligen Kreisvertreters (1988 – 2004) der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) Paul Heinacher anlässlich seines 80. Geburtstages von seinem Sohn Dr. Peter Heinacher im Jahre 2005 herausgegeben und wurde von Julian Schreibmüller bearbeitet, als dieser an der Universität Salzburg studierte.

Allen geschichtsinteressierten ostpreußischen Landsleuten und natürlich den Ebenrodern ist dieses Buch mit seinen 164 Seiten zu empfehlen und kann bei

Rita Heinacher, Lindenstraße 14, 21266 Jesteburg, Telefon (04183) 2274, zum Preis von 19,90 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

in den geretteten Unterlagen auch dokumentiert ist, nämlich mit drei Jahren Schulbildung im Durchschnitt. Ich kenne nur zwei, die eine höhere Schulbildung haben, kenne aber auch drei Analphabeten. Mit einer Schulbildung von nur drei Jahren konnte man keinen Beruf erlernen, demzufolge auch kein Geld verdienen und somit auch keine Punkte für die Rente sammeln. Die Rente wird nach dem Lebenslauf der Person ermittelt und dabei kommt kaum etwas Gutes heraus. Von umgerechnet 96 Euro kann ein Mensch auch in Litauen nicht leben, insbesondere dann nicht, wenn er Medikamente braucht. Ein Gehwagen, der in Litauen ungefähr 300 Euro kostet, ist für diese Rentner unerschwinglich. Nachdem mein Kampf um die Staatsangehörigkeiten am Ende war, ergaben sich sehr häufig andere, neue Hinweise. Man sagte mir zum Beispiel: „Ich hatte noch so viele Geschwister!" Sie wissen ja selber, wie groß ostpreußische Familien waren. Das waren oft kleine Fußballmannschaften. Sechs Kinder in einer Familie waren überhaupt nicht unüblich. Unsere Wolfskinder erzählten mir von ihren Geschwistern, worauf ich sie dann befragte, ob sie den Tod der Geschwister selbst gesehen hätten, was sie häufig nicht bestätigen konnten. Da ich so viel Erfolg bei der Klärung von Identitäten hatte, dachte ich mir, dass es nun für mich noch eine weitere Aufgabe gäbe, nämlich die Suche nach Geschwistern, ob und wann sie verstorben sind usw.! Es hatte sich gelohnt, mehrfach konnte ich Erfolge verbuchen. Wunder dauern etwas länger. In diesem Fall 59 Jahre; denn ich konnte für Theo Rieck, der aus dem Kreis Labiau stammt, den in Deutschland lebenden Bruder finden. Sie führten ein erstes Telefonat, nachdem ich mit dem Bruder abgestimmt hatte, an welchem Tag und Uhrzeit ich ihn anrufen kann. Als alle Wolfskinder versammelt waren und Theo Rieck mit seinem Bruder nach 59 Jahren sprechen konnte, war es der erste Tag, wo wir alle Rotzblasen und Wasser geheult haben. Es war so schön, es war so beeindruckend, dass ich das Glück hatte, diese beiden Menschen wieder zusammenführen zu können. Dann hatte ich den Bruder in Bayern gefunden, wie das war mir eine große Enttäuschung. Ich habe dann noch den für ihn zuständigen Pfarrer gebeten, ihn ins Gebet zu nehmen. Der teilte mir aber leider mit, der Bruder sei nicht einsichtig! Wohl Altersstarrsinn! Der dritte Fall ist vielleicht der tollste! Nach 64 Jahren, nachdem sich die Kinder während der Flucht verloren hatten, fand ich eine Spur, dass Gisela Willuweit aus Königsberg noch lebt. Eine Frau heiratet natürlich und ändert damit auch den Namen. Nun finden sie mal unter den 42 Millionen in Deutschland lebenden Frauen, die Hälfte der Bevölkerung, eine Frau, die durch Heirat eine Namensänderung erfuhr! Dazu die Ungewissheit: Lebt sie noch und wenn ja – wo lebt sie heute. Gisela Willuweit lebt zwar im Sauerland. Eine irrsinnige Geschichte. Ich telefoniere mit ihr und sie bestätigt mir, dass sie wusste, dass sie zwei Brüder hat, die jedoch beide tot sind. Es konnte ja nicht anders sein, sie müssen tot sein. Ich konnte ihr widersprechen; denn sie lebten beide noch, ihre Brüder Arno und Heinz und sie waren beide in der von mir betreuten Gruppe. Mit gemischten Gefühlen; denn kurz zuvor hatte ich das Erlebnis mit dem Bruder, der die Existenz seiner Schwester leugnete, stellte ich die Frage: „Wollen Sie den Kontakt mit ihren Brüdern?" Sie wollte, hatte aber zunächst verständliche Anlaufschwierigkeiten. Gisela Willuweit besuchte mich in meiner Wohnung. Wir telefonierten mit Litauen. Zu Beginn machte mich Bruder Heinz aufmerksam, er müsse nicht mit einer Dolmetscherin sprechen, er könne mit seiner Schwester Deutsch sprechen und er sagte dann zu seiner Schwester den folgenden Satz: „Meine liebe Schwester Gisela, hier ist Dein Bruder Heinz!" Nun heulten wir buchstäblich um die Wette. Dann habe ich ihn gefragt, wieso er so gut Deutsch kann? Heinz antwortete: „Ja, diesen Satz habe ich mir tausend Mal gesagt; denn es hätte ja sein können, dass ich die Gisela irgendwo treffe und dann muss ich ihr doch sagen können, dass ich ihr Bruder Heinz bin. Und da es nun gesagt ist, habe ich mein Lebensziel erreicht!" Gisela entschloss sich daraufhin, zu ihren Brüdern zu fahren und fragte mich, was sie wohl mitnehmen solle, welche Geschenke? Ich sagte ihr, dass es in Litauen alles gibt, wenn man Geld hat. „Aber ihr Bruder Heinz braucht neue Augen, er kann kaum noch sehen. Für ihn ist es unbezahlbar, in Litauen eine Operation am Star machen zu lassen. Er spart seit Jahren. Ich habe mich entschlossen, ihm die OP zu bezahlen. Aber ich bin gern bereit, Ihnen das zu überlassen, wenn Sie ihrem Bruder helfen wollen und die Augenoperation übernehmen." So ist es dann geschehen. Die Geschichte hatte ein gutes, aber auch ein baldiges Ende genommen! Heinz verstarb aber ein Jahr nach dem Wiedersehen, sicher mit dem Gefühl, seine Schwester nicht mehr suchen zu müssen – er hatte sie ja wieder gefunden! Ich kümmere mich heute weiterhin um die Wolfskinder, indem ich nicht nur ihre Identitäten kläre, und ähnliches mache, sondern ich kümmere mich heute, indem ich sie sozial betreue, mit ihnen eine Fahrt mache, sie zu Kaffee, Kuchen, Mittagessen oder zu anderen schönen Erlebnissen einlade. Alles das ist notwendig. Daran entbehren unser Leute. Eins geb' euch Gott in Gnaden, wohin Eure Fahrt auch geht, dass Ihr werdet Kameraden, dass Ihr fest zusammen steht! Fest zusammen in der Stille, im Sturm und in der Pflicht immer sei der gleiche Wille, Euer Kompass und das Licht.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Herzog-Albrecht-Schule – Das diesjährige Schultreffen findet vom 22. bis 25. August in Bad Frankenhausen/Kyffhäuser statt. Die Gruppe wohnt im Thüringer Hof, Anger 15. Es sind noch Doppel- und Einzelzimmer frei, DZ-Preis 50 Euro, EZ 30 Euro. Im Preis ist das Frühstück enthalten, Parkplätze sind kostenlos. Uns stehen zwei erlebnisreiche Tage zur Verfügung. Wir besuchen am ersten Tag das Panoramamuseum mit dem Monumentalbild von Werner Tübke; 3000 Bilder zeigen eindrucksvoll den Bauernkrieg von 1525. Am zweiten Tag besteht die Möglichkeit mit einer Busreise das Erlebnisbergwerk in Sondershausen, die älteste befahrbare Kaligrube der Welt zu sehen oder die größte Modelleisenbahn der Welt in Wiehe zu besuchen. Bisher haben sich 16 Teilnehmer gemeldet. Anmeldung und Rückfragen bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden, Telefon (0351) 803 77 40, E-Mail: dannath-grabs@t-online.de.

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Vom 3.–5. September findet das diesjährige Schultreffen im IntercityHotel in Schwerin statt. Das Hotel befindet sich in Bahnhofsnähe. Es bietet einen idealen Ausgangspunkt für alle Unternehmungen. Besonders reizvoll ist der Schweriner See. Hier steht die traditionelle Dampferfahrt auf dem Programm. Das Hotel bietet ein ansprechendes Ambiente. Das Doppelzimmer kostet 89,90 Euro pro Zimmer und Nacht incl. Mehrwertsteuer. Im Zimmerpreis sind Frühstück und die kostenfreie Fahrt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln enthalten. Zimmerbestellungen bitte unter dem Stichwort „Schultreffen" an das IntercityHotel, Grunthalplatz 5–7, 19053 Schwerin. Tel. (0385) 59500, Fax (0385) 5950999, E-Mail schwerin@intercityhotel.de. Sie können kurzfristig und kostenfrei bis 24 Stunden vor der Anreise wieder abbestellt werden. Bisher liegen 40 Anmeldungen vor, darunter von Schulkameraden aus Kanada und Südafrika.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimattreue

Harter Kern des Kirchspiels Kairinn im OL



Kairinner mit Elchgemälde im OL: Horst Berendt, ein Museumsmitarbeiter, Lydia Fuhr, Martha Doblies, Elfriede Mestars, Ruth Lappe, Edith Scheeper, Erika Wolter, Helga Schlaphoff, Horst Wolter (v. li. n. re.) Bild: Lydia Fuhr

Eine kleine Gruppe von Landsleuten aus dem Kirchspiel Kairinn, Kreis Memel traf sich zu einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Das Ostpreußische Landesmuseum beeindruckt mit seinen Ausstellungen auf fünf Etagen. Es vermittelt so vielfältige Eindrücke und Kenntnisse der 700-jährigen Geschichte der unvergessenen Heimat, dass wirklich jeder mit ostpreußischen Wurzeln einmal da gewesen sein sollte. Auch Nichtostpreußen können sich ein lebendiges Bild von Landschaft, Geschichte und Kultur machen.

Kallmeyers Gemälde »Elche« fürs Museum

Erika Wolter aus unserer Gruppe vermachte dem Ostpreußischen Landesmuseum ein Ölgemälde mit dem Titel „Elche vor Perwelker Düne", ein charakteristisches Spätwerk des berühmten Elchmalers Hans Kallmeyer aus Ostpreußen, der sich nach der Flucht in Bayreuth niederließ.

Dieses Bild hatte Frau Wolters Mutter, Else Füllhaase geborene Mestars (geboren 1902 im Kreis Memel) Mitte der 1950er Jahre übrigens im „Memeler Dampfboot" als Abbildung so berührt, dass sie es trotz großer finanzieller Nöte auf der Schwäbischen Alb, wohin sie die Flucht verschlagen hatte, von ihrem hart ersparten Geld erstand.

Damit hat Frau Wolter dem Museum eine besonders große Freude bereitet, wie in dem Dankesbrief zu lesen ist. Das Bild wird in Kürze einen besonderen Platz in der Ausstellung bekommen

Ein weiteres Kairinner Treffen ist geplant, vielleicht wieder in Lüneburg, wenn die Erweiterung des Museums im kommenden Jahr vollendet ist. Aber zunächst geht es im August in die Heimat. Darauf freuen wir uns seit Monaten und sind gespannt, was wir dort sehen und erleben werden.

Immer wieder stellen wir mit Bedauern fest, wie sehr wir die Kairinner Treffen in Platjenwerbe vermissen. An dieser Stelle sei Ingo Paul und seiner ganzen Familie ganz herzlich für zehn Jahre liebenswerte Gastfreundschaft gedankt.

Wir hoffen, dass sich bald ein geeigneter Raum findet und die Teilnehmerzahl wieder wachsen wird. Vorschläge nehmen wir gern unter Telefonnummer (0531) 843163 entgegen. *Lydia Fuhr*

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

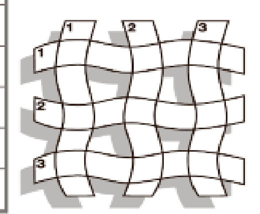
AGHOT, DILO, EEEGL, BEEKL, EGIL, EFIR, AENN, AILR, EILOR, EEGILN, BEEHINNOS, AEGL, EEFL

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Pförtner.

1	WASSER		FAENGER
2	LUFT		HERR
3	RUNDFUNK		DIREKTOR
4	BLEI		VASE
5	MUTTER		HANDLUNG
6	GIPFEL		ZIMMER
7	GELD		PROTOKOLL

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 fehlerlos, richtig
2 Zugmaschine
3 Monatsname

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

Mittelworträtsel: 1. Tropfen, 2. Schloss, 3. Programm, 4. Kristall, 5. Instinkt, 6. Konferenz, 7. Uebergabe – Portier

Magisch: 1. korrekt, 2. Traktor, 3. Oktober

Verlag zieht Miegel-Buch zurück

Agnes-Miegel-Gesellschaft sieht Dichterin als Kind ihrer Zeit

Die Agnes Miegel vielfach vorgehaltene Nähe zum NS-Staat und ihrem Führer wird in den vorgelegten Aufsätzen auf eine ganz unaufgeregte, subtile und substanzielle Weise vorgestellt, im zeitlichen Zusammenhang erklärt und prinzipiell hinsichtlich einer ideologischen Übereinstimmung widerlegt. Der Verlag kann sich mit dem Buch durchaus sehen lassen und wird auch damit Anerkennung finden. Es ehrt den Verlag, für eine deutsche Dichterin gerade in Zeiten der Herausforderung einzutreten", so äußerte sich der Historiker Paul Leidinger, emeritierter Professor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Doch nur nach einer knappen Woche nahm der Münsteraner Verlag Ardey „Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit" aus dem Handel. Auf Nachfrage bestätigt der Vertriebsleiter Grabowsky: „Der Vertrieb ist eingestellt und das wird auch so bleiben."

Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, kann sich das Vorgehen des Verlages nicht erklären. Sie wartet noch immer auf eine sachliche, nachvollziehbare und eindeutige Begründung, weshalb der Verlag die Jahresgabe der Agnes-Miegel-Gesellschaft aus dem Handel genommen hat. Als einzige Begründung gab der Verlag an, dass auf einer Seite der Schriftsteller Hans Grimm zitiert wird, ohne darauf hinzuweisen, dass er eine Einstellung vertritt, die weitestgehend mit dem Nationalsozialismus übereinstimmt. Er wurde mit der Veröffentlichung „Volk ohne Raum" bekannt, in der er politische und wirtschaftliche Probleme auf Mangel an Platz zurückführt und sich für die Kolonialisierung ausspricht. Der Nationalsozialismus kam Grimms Vorstellung am nähesten, weshalb dieser noch 1945 Adolf Hitler für einen Reformator hielt. 1936 gründete Grimm die Zeitschrift „Die neue Literatur", in der er sich klar für die Herrenrasse ausspricht. Als er sich zwei Jahre später gegen Aktionen der NSDAP ausspricht, droht Goebbels ihm mit Inhaftierung, worauf Grimm sich aus der Öffentlichkeit zurückzieht. Er war nach Ende des Zweiten Weltkrieges einer der ersten, die versuchten, den Nationalsozialismus zu verteidigen. Grimm publizierte die Monatsschrift „Nation und Europa", die einen völkischen Standpunkt vertritt.

In dem Zitat, das in der Miegel-Publikation enthalten ist, geht es um das Entnazifizierungsverfahren im Falle Miegels. „Ihre europäische politische Anschauung ist wohl am besten aus jener großartigen und wunderbaren prophetischen Ballade ‚England' ... abzulesen. ... Frau Dr. e. h. Agnes Miegel trat in Königsberg, als sie die zunehmende Bedrohung des deutschen Ostens merkte, der NSDAP bei, weil sie zu sehen glaubte, dass die NSDAP dort am stärksten alle deutschen Klassen in Achtung zusammenfasse und also am sichersten eine Gemeinschaftshilfe gegen die Gefahr aus Russland, aus Polen und aus Litauen herbeiführe. [...] Dass sehr menschliche Schwächen dem Parteibetrieb anhängen könnten, war ihr, wie ich aus Unterhaltungen weiß, bei der Sauberkeit und Wärme ihres Herzens vollkommen unfassbar."

Nähe zum NS-Staat und zum Führer prinzipiell widerlegt

Da bekannt ist, dass Grimm den Nationalsozialismus nach 1945 zu verharmlosen suchte, lenkte die Agnes-Miegel-Gesellschaft ein und bot an, einen Hinweis auf den Schriftsteller und Publizisten Hans Grimm als Einlage in die 1000-Stück kleine Auflage einzulegen. Dies lehnte der Verlag jedoch mit der Begründung ab, dass es auch noch andere Stellen gäbe, die auf eine rechte Lesart deuten. Welche Stellen das seien, konnte er Marianne Kopp nicht nennen. Auch ein klärendes Gespräch zwischen der Gesellschaft und dem Verlag im Beisein der Öffentlichkeit hat der Ardey-Verlag verhindert. Kopp vermutet, dass der Ardey-Verlag dem öffentlichen Druck nachgegeben habe. Denn derzeit erscheint der Name Agnes Miegel ausschließlich in negativer Konnotation, wenn es wieder darum geht, eine Miegel-Straße oder Schule, die ihren Namen trägt, umzubenennen. Heute gilt Miegel als Anhängerin Hitlers, was unter anderem dadurch bestätigt wird, dass sie ein Gedicht zu seinen Ehren geschrieben hat und der NSDAP beigetreten ist. Umso wichtiger wäre es, sich mit der causa Agnes Miegel eingehend zu beschäftigen. War sie wirklich eine Anhängerin Hitlers, die den Krieg, die Rassenideologie und den Nationalsozialismus befürwortet hat? Oder war sie ein Kind ihrer Zeit, das Hitler verehrte, weil er ihr geliebtes Ostpreußen wieder ans Reich angeschlossen hat? Dieser Frage nahm sich 2010 die Agnes-Miegel-Gesellschaft an, die zusammen mit der Landsmannschaft Ostpreußen ein Seminar zu dem Thema „Agnes Miegel. Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk" veranstaltete. Dieses Seminar wurde durch einen Antifa-Aufruf gestört (die *PAZ* berichtete). Aus den Vorträgen entstand die nun vom Verlag zurückgeorderte Publikation, die die Dichterin und ihre Dichtung in den entsprechenden zeitlichen Kontext einordnet.

Reich-Ranicki nahm Gedichte Miegels in seinen Kanon auf

Bodo Heimann analysiert die Haltung Miegels zum Dritten Reich anhand einiger Gedichte aus ihrem Werk, die einen NS-Bezug aufweisen. Den Hintergründen zur „Silbernen Wartburgrose", mit der die Balladendichterin 1933 ausgezeichnet wurde, widmet sich Ursula Seibt, die Miegelsche Lyrik mit jüdischer Thematik wird von Dirk Herrmann untersucht, Marianne Kopp stellt biografische Details aus ihren privaten Freundesbriefen an Lulu Diederichs und kulturhistorischen Erinnerungen zusammen.

Paul Leidinger gibt Worte zum Geleit. Insgesamt eine unaufgeregte, subtile und substanzielle Publikation, die sich der Herausforderung annimmt, Agnes Miegel im Spiegel ihrer Zeit zu betrachten.

Kopp schreibt zusammenfassend in ihrem Blog „Die NS-Partei umwarb 1933 die erfolgreiche und anerkannte Dichterin ... Die heimatverbundenen und an sich unpolitischen Themen ihrer Dichtung wurden von der NS-Ideologie und ihren Organisationen vereinnahmt und führten 1933 zu ihrer Berufung durch den NS-Staat in die gleichgeschaltete Sektion der Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, mit der zwangsläufig auch ein Treueid auf Hitler verbunden war ... Nirgends in Agnes Miegels offiziellen und privaten Äußerungen ist eine Anbiederung an die NS-Ideologie zu erkennen, nichts deutet auf eine Bejahung oder Unterstützung ihrer Eroberungspolitik oder Rassenwahn hin. Von Kindheit an vertraut mit jüdischen Lebenswelten, pflegte sie einen großen jüdischen Bekannten- und Freundeskreis. Ihre Dichtung berührt und schildert nicht nur Ostpreußen, sondern zahllose verschiedene Kulturen, darunter auch Persönlichkeiten aus dem Alten Testament."

Dass die Dichterin Agnes Miegel noch immer zu einer der wichtigsten deutschen Lyrikerinnen gezählt werden muss, zeigt die Aufnahme drei ihrer Gedichte in den Kanon Marcel Reich-Ranickis im Jahre 2005.

Wer sich ein eigenes Urteil über den neuerschienen Band der Agnes-Miegel-Gesellschaft machen möchte, kann das Buch direkt ordern bei der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., Agnes-Miegel-Platz 3, 31542 Bad Nenndorf, Telefon: 05723-917317, E-Mail: info@agnes-miegel-gesellschaft.de. Dort sind noch einige wenige Exemplare vorhanden.

Christiane Rinser

Marianne Kopp (Hrsg.): „Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit. Mosaiksteine zu ihrer Persönlichkeit". *Ardey-Verlag Münster 2011, 144 Seiten, gebunden, 12,90 Euro.*

Wir leben noch

Mit 87 ist noch lange nicht Schluss

Was wohl aus meiner Nachbarin geworden ist? Ob sie noch lebt? Das „schwache Herz" noch schlägt? 17 Jahre wohnten wir auf derselben Etage, was nicht heißen soll, dass wir uns in die Töpfe sahen oder zusammen Kaffeeklatsch abhielten. Aber es gab Momente, wo es gut war, zu wissen, da ist ein Mensch in der Nähe, der den Notruf im Zimmer im Zweifelsfalle erübrigte. Wurde ein Krankenhausaufenthalt notwendig – sie neigte zu Stürzen – übernahm ich als Nachbarin notwendige Wege und machte Besuche. Meistens passierte es, wenn sie noch „ganz schnell" was besorgen wollte. Und sei es kurz vor Ladenschluss den Schlummertrunk. Flasche heil, Knie und Schulter entzwei. Aber das nur nebenbei, danach wurde ihr der Alltag schwer, trotz Pflegestufe. Als sich eine kleine Wohnung in der Seniorenwohnanlage mit Betreuung fand, entschloss sie sich zu einem Umzug. „Schließlich bin ich 87." Dennoch ein schwerer Schritt. Es bleiben Zweifel und bei mir ein wunderschöner Sommerhut aus Stroh als Andenken zurück.

Es gibt diese nette Bekannte noch. Ich finde ihren Namen im zweiten Stockwerk an einer Tür. Ich läute und setze zur Vorsicht eine mitleidige Miene auf. „Ich komme", flötet eine frische und muntere Stimme jenseits der Tür. Es wird geöffnet, und ich traue meinen Augen nicht. Ist sie das wirklich? Mir geht das Märchen durch den Sinn, in dem es einen Jungbrunnen gibt: Man taucht die alten Weiber hinein und als junge Mädchen kommen sie heraus. So ungefähr. Große Freude, als sie mich erkennt, und gleich muss sie erzählen, nachdem sie mir alles gezeigt hat. Sie sei gar nicht dazu gekommen, mir Nachricht zu geben. Der Terminkalender sei voll: Arztbesuche, Ausflüge, Einkäufe. Ich höre, ihre Garderobe muss erneuert werden. „Die Damen ziehen sich zu Tisch hier sehr festlich an. Da muss ich doch mithalten." Ich freue mich. Sie sieht fabelhaft aus, und ich erkenne sofort die biologisch zehn jüngeren Jahre, die ihr der Herr Professor bescheinigt hat. „Man ist so alt, wie man sich fühlt", höre ich, „feeling ist alles." Ich bin ganz verdattert. Wie ist es denn mit meinem biologischen Feeling?

Die Pflegestufe gibt es nicht mehr, höre ich weiter. Sie kann sich den Rücken wieder allein waschen. Anscheinend ist sie froh darüber. „Lotte, wie alt bist du eigentlich?" hätte sie beim Seniorentreffen ein älterer Herr gefragt. „Herrmann heeßt er ...", trällert sie. Wir lachen. Meine Güte, ist das schön. Nicht immer diese Klagelieder des Jeremias! Ich sage: „Das machen eben die biologischen zehn jüngeren Jahre." Aber ich traue der ganzen Munterkeit nicht so recht, misstrauisch wie ich bin, und frage, ob sie hier wirklich zufrieden ist. Sie überlegt einen Moment, antwortet: „Ich hab das hier als Notwendigkeit erkannt und bin beileibe nicht unglücklich. Meine Eltern hatten früher ein Hotel in Kolberg und immer wenig Zeit für mich. Die Gäste gingen immer vor. Eigentlich war das aus heutiger Sicht für mich als Kind interessant, damals sah ich das nicht so und beneidete sie und dachte, was haben die für ein gutes Leben. Vielleicht ist das die Erklärung. Ich bin heute selbst wie ein Gast in einem Hotel. Übrigens, existiert noch der Sommerhut, den ich Ihnen schenkte? Brauchen Sie ihn? Hier könnte ich ihn gut brauchen." Ich verspreche, ihn vorbeizubringen. Dann höre ich noch, als sie neulich einen Ausflug zum Auswanderermuseum machten und anschließend Kaffee tranken, hätte sie an jeder Seite einen Kavalier gehabt. Was doch ein schwaches Herz so alles kann, und es wundert einen, warum das Familienministerium so lange gebraucht hat, bis sie die Alten als die zukünftigen Konsumenten erkannten. Sie sind es ja längst. Hurrah, wir leben noch und hauen auf die Pauke, siehe die fast Hundertjährigen in England, die sich zu einer Band zusammenschlossen und Konzerte geben. Was für eine Generation! Gleich morgen werde ich mit dem Hut zu Lotte fahren. Der Besuch hat mich richtig beschwingt, fast verjüngt!

Beim Kaffeeausflug hatte Lotte an jeder Seite einen Verehrer

Christel Bethke

Ablenkung mit Pinsel und Farbe

Trotz Parkinson-Erkrankung widmet sich Angela Giertz-Birkholtz ihrer Kunst

Weltweit gibt es laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vier Millionen Menschen, die an der Parkinson-Krankheit leiden. Bei den meisten bricht diese chronische Erkrankung im Alter zwischen 50 und 60 aus. Es gibt aber auch immer wieder jüngere Patienten, die von ihrem Arzt die Diagnose Parkinson erhalten.

Eine von ihnen ist Angela Giertz-Birkholtz. Die heute 60-Jährige lebt mit ihrem Mann Horst in Siegburg. In Hamburg geboren und im nahen Walddorf Großhansdorf aufgewachsen, besuchte sie das Gymnasium in Ahrensburg und später eins in Hamburg. Sie wollte Architektin werden, entschied sich dann aber doch für Jura. Eine Zeitlang arbeitete sie als Rechtsanwältin in der Hansestadt. Dann aber fiel es ihr immer schwerer, den Alltag zu meistern.

„Bereits Mitte der 80er Jahre war ich nicht in der Lage, ein Stück Papier in eine Klarsichthülle zu schieben“, erinnert sie sich. „Wir haben dann immer gelacht. Auch beim Sport hatte ich Probleme. Meine Tennispartnerinnen meinten, ich laufe nicht genügend oder sei zu langsam. Ich selbst sah das nicht so.“

1993 dann die Diagnose Parkinson, allerdings mit einem großen Fragezeichen. Die Ärzte hielten Angela für zu jung für diese „Alterskrankheit“. Die Symptome aber waren typisch: „Nachziehen des rechten Beines, kein Mitschwingen des rechten Armes, oder eine Verkrampfung der Zehen derart, dass sich der große Zeh nach oben stellte und die anderen Zehen nach unten. Eine äußerst schmerzhafte Angelegenheit“, erzählt Angela. Erst 1998 – nach vielen Untersuchungen – wurde die Diagnose bestätigt.

Bei der chronischen Erkrankung des Zentralnervensystems kommt es zu einem Abbau bestimmter Nervenzellen im Klein-, Zwischen- und Mittelhirn. Der wichtige Botenstoff Dopamin kann nicht mehr gebildet werden. Es kommt zu verschiedensten Behinderungen. Von Theodor Roosevelt über Mao Tse-tung bis Leonid Breschnjew, von Raimund Harmstorf bis Johannes Paul II. und Peter Hofmann – die Liste bekannter Parkinson-Patienten ist lang. Auch Salvador Dali und Prinz Claus der Niederlande litten unter dieser bis heute nicht heilbaren Erkrankung. Der Schauspieler Michael J. Fox und der Boxer Muhammad Ali nutzen ihre Popularität, um auf die Krankheit aufmerksam zu machen. Andere ziehen sich zurück und meiden die Öffentlichkeit.

Auch Angela Giertz-Birkholtz haderte mit ihrem Schicksal. Letztendlich musste sie ihren Beruf aufgeben, bevor sie richtig „loslegen“ konnte. „Schließlich brach damit auch das ganze beruflich bedingte soziale Umfeld auseinander“, bedauert sie.

Da half ihr eine Begabung, die sie bereits in der Schule entdeckt hatte: Sie malt für ihr Leben gern. In Holland, wo sie von 1994 bis 1996 mit ihrem Mann lebte, lernte sie Judith aus Israel kennen. Beide entschlossen sich, Malunterricht zu nehmen. „Die Malerei ist mittlerweile für mich ein ganz wesentlicher Bestandteil meines Lebens geworden“, erzählt Angela begeistert. „Sie hilft mir, für ein paar Stunden, meine Erkrankung zu vergessen, das heißt die Symptome nicht zu spüren. Es kommt dann schon mal vor, dass ich stocksteif bin, wenn ich aufhöre, so dass ich nur mit großer Mühe die Pinsel auswaschen kann. Man kann sich vorstellen, was ich da für einen enormen Pinselverbrauch habe, da die meisten doch eintrocknen!“, schmunzelt sie. Zunächst malte sie in Öl, jetzt zieht sie Acrylfarben vor oder Collagen. Straßen, Züge, Autos und immer wieder Züge hielt sie auf ihren Bildern fest. Bis sie eines Tages den Titel für ein Bild suchte: „Mobilität“ fiel ihr ein und damit auch der Grund, warum sie immer wieder den ICE und Straßen malte. „Es war meine krankheitsbedingte Immobilität, mit der ich mich in meinen Bildern auseinandersetzte. Damit war der ICE erledigt. Ich brauchte ihn nun nicht mehr zu malen.“

Jetzt sind es andere Motive, die Angela Giertz-Birkholtz malt – Städtebilder, Meereslandschaften und immer wieder Schiffe. Kein Wunder, denn vor dem Ausbruch ihrer Krankheit war sie eine begeisterte Seglerin. Mit sicherem, kräftigem Pinselstrich hält sie die schwungvollen Linien eines Schiffes fest, die geblähten Segel und den fernen Küstenstreifen.

Ihre Bilderrahmen baut sie übrigens selbst. Und auch zur Gitarre greift sie immer wieder einmal. „Das Spielen ist sehr gut für die feinmotorischen Übungen der Finger. Das Singen kräftigt meine von Parkinson geschwächte Stimme“, erklärt sie erstaunten Zuhörern.

Kein Wunder, dass diese von einer gesunden Unruhe getriebene Frau auch Mitglied in der deutschen Parkinson Vereinigung (dPV) ist. 2001 hat sie gemeinsam mit anderen jüngeren Parkinson-Betroffenen die Parkinson-Selbsthilfegruppe „PARKINSonLINE e. V.“ im Internet gegründet. „Wir bieten unter parkins-on-line.de einen Chat und ein Forum, das von zirka 200 Vereinsmitgliedern und etwa 800 weiteren Usern genutzt wird.“ *Silke Osman*



Das Brandenburger Tor: Ein 2010 geschaffenes Acrylbild von Angela Giertz-Birkholtz Bilder: privat

Eine Auswahl der farbintensiven Bilder von Angela Giertz-Birkholtz ist noch bis zum 2. September montags bis freitags von 8 bis 22 Uhr, sonnabends bis 18 Uhr, (sonntags geschlossen), im Sieg-Reha-Zentrum, Dickstraße 59, in Hennef, zu sehen. Weitere Bilder im Internet unter www.kallarie.de/angela-giertz-birkholtz.html

IN KÜRZE

Mit Luise auf der Pfaueninsel

Die Pfaueninsel war zweifelsfrei Königin Luises Lieblingsinsel. Oft und gern kam sie dorthin, mit Staatsgästen oder auch ganz privat mit Kindern und Familie. Mit dem musikalisch-literarischen Streifzug „Aber mein Herz ist jung...“ kann man am 14. August, 14 Uhr, den Inselwegen der Königin vom Fregattenhafen vorbei am ‚Winterhaus für fremde Vögel‘ bis zum Luisentempel folgen. An ausgewählten Plätzen trägt Schauspieler Dietrich Adam Texte und Briefe Luises, ihres Ehemanns Friedrich Wilhelms III. sowie weiterer Zeitzeugen vor und zeichnet dabei das kurze Leben der Regentin literarisch nach. Die Sopranistin Juliane Sprengel singt dazu Lieder und Balladen aus der Zeit der Frühromantik, darunter auch Romanzen von Luises Hofkomponisten Vincenzo Righini. Frank Riedels Gitarre rundet dieses besondere Kultur-Natur-Erlebnis der Höfischen Festspiele Potsdam e. V. musikalisch ab. Die Künstler treten in Gewändern der Zeit Luises auf. Der Streifzug dauert etwa 75 Minuten. Er beginnt am Fährhaus der Pfaueninsel und endet am Luisentempel, nahe der Liegewiese. Der Spaziergang fällt nur bei Dauerregen aus. Die Tickets für 15/12 Euro (inklusive Überfahrt) gibt es am Tag der Veranstaltung im Borkenhäuschen, Landseite gegenüber Pfaueninsel. Die musikalisch-literarische Veranstaltung findet auch am 4. September und 2. Oktober, jeweils 14 Uhr, statt. *PAZ*



Auf der Pfaueninsel: Schauspieler und Sänger entführen in die Welt der Königin Luise Bild: HFP

Mit der Kraft der Sonne

Sanfter Wassertourismus findet auch auf Brandenburger und Berliner Gewässern Freunde

Sie sehen ein wenig merkwürdig aus: Katamarane mit Solarzellen auf dem Dach. Die Solarzellen fangen die Sonnenstrahlen ein. Die dabei gewonnene Energie wird in Batterien zwischengespeichert und erlaubt so den Elektrobetrieb des Schiffes auch an sonnenlosen Tagen. Ohne die negativen Begleiterscheinungen von Verbrennungsmotoren wie Lärm und Emission ist ein Solarschiff ganz besonders für sensible Gewässerbereiche geeignet.

Davon wird auch in Deutschland immer mehr Gebrauch gemacht. Schon jetzt kann man sich von der Kanustation Anklam aus im Solar-Katamaran mit maximal elf Personen lautlos über die Peene schippern lassen und dabei Eisvögel, Seeadler oder Biber entdecken. Ganz dem Natur-Idyll angemessen, das sich hier im vorpommerschen Schilf versteckt und rühmt, mit 120 Kilometern Länge das größte naturbelassene Flusstal Westeuropas zu sein. Der in dieser Flusslandschaft ausgeübte sanfte Wasser-Tourismus im Einklang mit der Natur wurde 2010 sogar mit dem „EDEN-Award“ ausgezeichnet. „EDEN“ steht dabei für „European Destinations of Excellence“ und ist ein Projekt zur Förderung von Modellen eines nachhaltigen Tourismus in der gesamten Europäischen Union.

Lautlos über die Peene und die Spree

Auch in Berlins Gewässern sind bereits Solarboote unterwegs. Schließlich hat wohl kaum eine andere Metropole derart viele Seen, Flüsse und Kanäle. Darunter ist die „Chassalli“, der originalgetreue Nachbau eines englischen Salonbootes von 1880, sicherlich eines der schönsten Solarschiffe in Deutschland. Das Holzschiff mit dem historischen Flair bietet bis zu 20 Passagieren Platz. Die „Chassalli“ kann sogar für eine besondere Solartour gechartert werden. Der Betreiber verspricht: „Auf der Solarpolis-Tour werden Berlins Sehenswürdigkeiten aus dem Solartechnik-Sektor präsentiert, also eine Stadtrundfahrt durch das solare Regierungsviertel in Berlin.“

Berlins erstes großes Solarschiff aber ist die „Solon“. Seit ihrer Taufe im August 2009 durch Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit ist sie auf städtischen Wasserstraßen unterwegs. Auf dem Charter-Schiff von rund 18 Metern Länge und fast sieben Metern Breite finden bis zu 60 Personen Platz.

Nach Auskunft der Berlin Tourismus & Kongress GmbH bieten drei Firmen in der Stadt Solarboote für Charter- und Stadttouren an. Vom Solarbootpavillon in Berlin Köpenick aus können darunter Touren auf Spree und Dahme, Langem See, Seddinsee, Dämeritzsee oder dem Großen Müggelsee unternommen werden. Doch auch in anderen Revieren besteht Gelegenheit, die CO2-freien Boote zu mieten, etwa auf den Lychener Gewässern oder am Scharmützelsee. Natürlich hat auch Nachbar Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Seenplatte hier und da schon Solarboote im Angebot. *Helga Schnehagen*



Mit Sonnenkraft: Bis zu 60 Passagiere können mit dem neuen Ausflugskatamaran „Solon“ über Berliner Gewässer fahren, und dabei verbraucht das Schiff gerade einmal soviel Energie wie der Toaster auf dem Frühstückstisch Bild: Solar Water World

Deutliches Signal

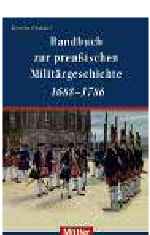
Ungewissheit verursacht mehr Stress als Korb

Sie liebt mich, sie liebt mich ... Wohl jeder kennt Situationen, in denen er oder sie sehnsüchtig auf ein Signal wartet. Viele Menschen denken dann: Besser ein deutliches „Nein“ als gar keine Nachricht. Und tatsächlich: Kanadische Wissenschaftler haben nun festgestellt, dass Ungewissheit mehr Stress verursacht als ein Korb.

Jeder von uns ist täglich mit Unsicherheiten konfrontiert, wie sich Dinge entwickeln werden und wie das eigene Verhalten von anderen Menschen aufgenommen wird. Die meisten Menschen empfinden ein gewisses Unbehagen in Bezug auf das Unbekannte. Wie stark sich das bemerkbar macht, hängt von der individuellen Persönlichkeit ab. Ängstliche beziehungsweise unsichere Menschen reagieren auf unklare Informationen stärker als auf eindeutig negative Mitteilungen.

Jacob Hirsh und Michael Inzlicht von der Universität Toronto ließen deswegen ängstliche Testpersonen, die am deutlichsten auf bestimmte Stresssituationen reagieren, in einem Experiment die Zeitdauer schätzen, mit der ein Symbol auf einem Computerbildschirm gezeigt wurde. Sie bekamen dafür als Rückmeldung entweder ein unmissverständliches „Richtig“, ein unmissverständliches „Falsch“ oder ein Fragezeichen. Die beiden Forscher beobachteten die Gehirnaktivität der Testpersonen und achteten besonders auf die Region, die für die Verarbeitung von Irrtümern und Konflikten zuständig ist. Es zeigte sich, dass die Aktivität dann am stärksten war, wenn es keine eindeutige Rückmeldung gab. Unbestimmtheit beziehungsweise Ungewissheit wurde demzufolge als belastender empfunden als unmissverständliches Feedback. Das gilt offenbar auch dann, wenn sich die anfängliche Unsicherheit in der Reaktion in eine positive Rückmeldung wandelt. Unklarheit kann also ein hohes Maß an Stress erzeugen, und bei Menschen mit den entsprechenden Persönlichkeitsmerkmalen kann sich dieser Effekt noch verstärken.

Ängstliche beziehungsweise unsichere Menschen erleben also in derartigen Situationen ein Unbehagen stärker als wenn das Ergebnis zu ihren Ungunsten ausfällt. „Solche Menschen bevorzugen also den Teufel, den sie kennen, gegenüber dem Teufel, den sie nicht kennen“, sagt Hirsh. *Corinna Weinert*



Nicht nur Militär

Lexikon klärt über Preußen auf

Ein Lexikon ist immer sehr hilfreich, wenn man rasch Zugang zu Begriffen braucht, die den Weg bereiten zu genauen Fragen nach Entstehen, Hintergrund und Wirkungsgeschichte. Mit diesem Anliegen hat Martin Guddat sein Handbuch in einer zweiten Auflage herausgegeben, wofür ihm sehr zu danken ist.

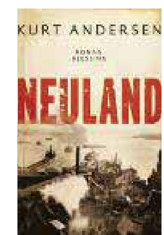
Er macht in seiner Einleitung deutlich, dass es ihm zusätzlich darum geht, den Mythos Preußen als Militärstaat zu entzaubern. Mit sehr sachlichen und distanzierten Erläuterungen gelingt es dem Verfasser, militärische Begriffe, Symbole und Wesenszüge anschaulich darzustellen.

Sehr ausführlich ist auch die Zahl der Kurzbiografien und der Orte von Schlachten. Im Anhang finden sich neben dem Literaturverzeichnis eine Auflistung der Regimenter, der Kommandeure, der nicht mehr lebenden oder toten Generale sowie der zu ihnen gehörenden Grabstätten. Zusammenfassend gibt das Handbuch sehr wertvolle Anregungen zu Reisen und Erkundungen. Angenehm darüber hinaus sind die vielen anschaulichen Abbildungen.

Der Rezensent als Militärgeograf wünscht sich allerdings in dem Lexikon mehr zum wichtigen Militärfaktor „Gelände“. Der Beitrag „Militärisches Kartenmaterial“ reicht nicht aus, denn bereits Friedrich der Große wies seine Offiziere auf die Bedeutung von Raum und Gelände für militärische Operationen hin.

Er ließ den Ingenieur-Major Ludwig Müller eine „Terrainlehre“ erstellen, die die Militärgeographie in Preußen begründete. *Thomas Palaschewski*

***Martin Guddat: „Handbuch zur preußischen Militärgeschichte 1688 – 1786“**, fester Einband,Verlag E. S. Mittler und Sohn, Hamburg 2011, 315 Seiten mit zahlreichen Abbildungen19,95 Euro.*



Suche nach Gold und mehr

Fünf Menschen flüchten vor der Revolution von 1848 nach Amerika

Das Jahr 1848 markiert einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte: Mit dem Ausbruch der Revolutionen in vielen Teilen Europas, dem Aufkommen von Dampfschifffahrt und Eisenbahn, der Fotografie und dem Schreibtelegrafen begann die Moderne. In den USA sorgte der kalifornische Goldrausch ab 1848 für eine beschleunigte Erschließung des Wilden Westens. Das alles und noch viel mehr an spannenden und teilweise kuriosen kulturhistorischen Details steckt in dem grandiosen, fast 900 Seiten starken Roman-Epos „Neuland“ des New Yorker Journalisten Kurt Andersen. Dieser hatte sich die gewaltige Aufgabe gestellt, innerhalb eines weit gespannten Handlungsrahmens das Leben in der Neuen Welt an der Schwelle zur Moderne zu beschreiben. Dank der stimmigen Milieustudien und Charaktere und nicht zuletzt aufgrund der Fülle an teilweise mit Kunstgriffen eingeflochtenen Details ist es ihm geglückt, ein funkelndes Zeit- und Sittengemälde dieser bewegten Epoche zu schaffen, dem es zudem weder an Satire noch an Humor mangelt.

Dass es zu Begegnungen zwischen Charles Darwin, Edgar Allen Poe und anderen Personen der Zeitgeschichte und einigen Protagonisten des Romans kommt, passt in dieses Konzept. In seinem Heimatland erhielt der Autor außer überschwänglichem Lob den Preis für den besten historischen Roman des Jahres 2007.

Überwiegend spielt die Handlung in New York, wobei im ersten Teil Rückblenden zur Pariser Februarrevolution und nach „Good Old England“ eingestreut sind. Sie münden schließlich in das seit jeher bekannte Motiv der hartnäckigen Verfolgung eines Unschuldigen durch einen wahnsinnigen Rächer. Ende April 1848 betritt Benjamin Knowles, Spross einer begüterten englischen Adelsfamilie, inmitten eines Stroms von Einwanderern nach fast zweiwöchiger Überfahrt mit dem Dampfschiff New Yorker Boden. Wenige Wochen zuvor hatte er sich aus den Wirren des Pariser Aufstands gerettet, wo sein bester Freund, der Maler Ashby, zu Tode gekommen war. Ben Knowles ist neugierig auf das Land der Yanks, wo „alles ständig im Fluss ist“ und alles möglich zu sein scheint für einen jungen Mann mit politischen Visionen. In der quirligen Großstadt findet er schnell Freunde: den gutmütigen, aber seelisch angeschlagenen Kriegsveteranen Duff Lucking, seine attraktive Schwester Polly, eine bislang noch mäßig erfolgreiche Schauspielerin, und den zynischen Bildreporter Timothy Skaggs, der eine Chronik über das Annus mirabilis 1848 plant und als Weltweiser groß herauskommen möchte.

Auf den ersten Blick verliebt sich Ben in Polly, wobei ihm wie auch Duff verborgen bleibt, dass sie ihr schmales Einkommen als Schauspielerin durch eine Nebenbeschäftigung in einem sogenannten besseren Etablissement ergänzt. Dann ist da noch Pollys minderjährige Freundin Priscilla, die sich zur Prostitution drängen ließ, weil sie mit dem ersparten Geld ihrem Elend entkommen will. Als Polly zu einer Theatertournee nach Philadelphia aufbrechen will, erscheint die von ihrem Vater schwer misshandelte Priscilla bei ihr, um Zuflucht zu suchen. Spontan entschließen sich beide, gemeinsam New York zu verlassen, um irgendwo im Westen einen besseren Ort zu suchen, „weit weg von dieser widerlichen, dreckigen, heuchlerischen Stadt“. Und in der Tat wünscht man sich auch als Leser, der Autor hätte all die moralischen Laster der Großstadtmenschen nur angedeutet, anstatt sie weidlich auszumalen. Indessen warten Ben, Duff und Tim vergeblich auf Pollys Rückkehr. Da erreicht sie die Nachricht von den bedeutenden Goldfunden in Kalifornien, was ihren Entschluss, sich gemeinsam auf die Suche nach Polly und Priscilla zu begeben, ungemein erleichtert.

Spannend bleibt der Roman allemal, da sowohl das Duo als auch das Trio auf dem Weg quer durch den Kontinent, der sie bis ins Sklavenland im Süden führt, ungewöhnliche Menschen treffen, Glücksritter, Indianer, aber auch „Kommunarden“ und Mormonen. Und es wird natürlich auch Gold geschürft. *Dagmar Jestrzemski*

***Kurt Andersen: „Neuland“**, Blessing Verlag, München 2010, geb., 895 Seiten, 26,95 Euro.*



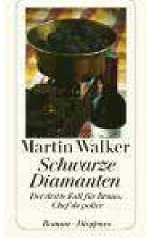
Modern und tolerant

SWG widmet Friedrich dem Großen ein Themenheft

In unserer Zeit, in der die Bürger unzufrieden mit den politischen Verhältnissen sind, die Gesellschaft nach Orientierung sucht und die Menschen sich in einer Atmosphäre der Beliebigkeit fühlen, kann es hilfreich sein, es wie Friedrich der Große zu halten. Daher stand das diesjährige Tagesseminar der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) in Hamburg unter dem Thema „Friedrich der Große – Seine Bedeutung für das heutige Deutschland. Welche Fundamente hat er gelegt und warum bleibt er bis heute vorbildlich?“ Die jüngst erschienene Ausgabe des Deutschland-Journals fasst die Referate sowie die ausgiebige Diskussion zwischen Publikum und Referenten zusammen und bietet in einem Anhang die Wiedergabe des politischen Testaments Friedrichs sowie den bemerkenswerten Bericht eines Zeitgenossen, der den Preußenkönig auf einer Reise kennen gelernt hatte, ohne zu wissen, wen er vor sich hat. Oberst a. D. Manfred Backerra, der stellvertretende Vorsitzende der SWG, hatte ausgewiesene Fachleute für die Politik Friedrichs des Großen gewinnen können, so Bundesrichter a. D. Prof. Dr. Peter Macke, der sich mit Fragen des Rechts beschäftigte. Friedrich war auch hier der große Reformator. Unter seiner Herrschaft wurde das „Allgemeine Preußische Landrecht“ geschaffen. Das Landrecht bildete die Klammer um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Preußen, das von Ostfriesland bis Ostpreußen reichte. Dr. habil. Rolf Straubel vom Brandenburgischen Staatsarchiv Potsdam befasste sich mit der Justiz und der Verwaltung. Während vor Friedrichs Zeit nicht nur die Justizverwaltung, sondern die gesamte Verwaltung über die Maßen schwerfällig war und Jahrzehnte vergingen, bevor sie etwas entschied, setzte Friedrich umfangreiche Reformen durch, in deren Verlauf unfähige und überflüssige Beamte entlassen wurden. Der dritte Referent war der, nicht zuletzt durch seine hartnäckige Verteidigung der Monarchie bekannt gewordene emeritierte Prof. Dr. Wolfgang Stribrny. Er schilderte die fortschrittliche Innenpolitik des Königs. Schon sein Vater hatte in Preußen die allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Jungen eingeführt, die in Frankreich und England noch 150 Jahre warten musste. Als einziger Monarch zog er zusammen mit seinen Soldaten in den Krieg und teilte mit ihnen die Strapazen. Glaubensfreiheit war für ihn selbstverständlich, wobei er allerdings voraussetzte, dass Mitglieder von Religionsgemeinschaften „gute Preußen“ sind und gegeneinander Toleranz übten. Was machte Friedrich II. den „Großen“ aus? 1. Preußen wurde unter seiner Regentschaft der erste moderne Rechtsstaat der Welt. 2. Er führte die Glaubensfreiheit für alle Bürger ein. 3. Unter ihm wurde in Preußen als dem ersten großen Land der Welt die allgemeine Schulpflicht für Jungen und Mädchen durchgesetzt. 4. Preußen wurde ein übernationaler Staat, in dem die Treue zum König und zur preußischen Staatsidee entscheidend war.

Hans-Joachim von Leesen

***Das Deutschland-Journal, Ausgabe „Friedrich der Große“** ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und als Schutzgebühr erhältlich bei der SWG, Postfach 26 18 27, 20508 Hamburg.*



Kampf um Trüffel

Ein Fall um Mafia und koloniale Vergangenheit

Der französische Philosoph und Feinschmekker Anthèlme Brillat-Savarin widmete sich in der „Physiologie des Geschmacks“ von 1826 exklusiven Gaumenfreuden, darunter dem Trüffel. Die Pilzknolle mit dem göttlichen Aroma solle „neben dem kulinarischen Genuss die Damen zärtlicher und die Herren galanter machen“.

Dass der teuerste Speisepilz der Welt nicht nur eine aphrodisierende Wirkung hat, sondern auch kriminelle Energien und Mordgelüste weckt, zeigt Martin Walkers Krimi „Schwarze Diamanten“. In seinem dritten Fall ermittelt Polizeichef Bruno Courrèges gegen das organisierte Verbrechen. Kulisse bildet das beschauliche Saint Denis im Périgord. Die südwestfranzösische Region mit dem milden Klima und der hügeligen Landschaft ist berühmt für ihre schwarzen Winteredeltrüffel, auch Périgord-Trüffel genannt, zu deren Ernte speziell abgerichtete Hunde eingesetzt werden.

Bruno sorgt als sympathischer Dorfpolizist für Recht und Ordnung, egal ob es um Falschparker geht oder um die Gewaltdeeskalation zwischen den entlassenen Arbeitern eines geschlossenen Sägewerks und protestierenden Umweltaktivisten. Daneben trainiert er die lokale Rugby-Mannschaft und springt den Kindern zuliebe schon mal als Weihnachtsmann ein. Der 38-jährige Junggeselle ist eine Mischung aus Camilleris Montalbano und Markaris Kostas. Mit dem ersten verbindet ihn die Vorliebe für gutes Essen und Trinken, mit dem zweiten seine Nähe zu den einfachen Menschen.

Die dörfliche Idylle wird gestört, als auf dem Trüffelmarkt asiatische Billigimporte auftauchen. Die Bewohner fürchten um den Ruf der Region, da der Trüffelhandel die wichtigste Einnahmequelle darstellt und die Kunden nur mit ausgewählter Qualität zu halten sind. Während der Ermittlungen stößt Bruno auf ein Netz von Verstrickungen zwischen der chinesischen Mafia, illegalen Schleuserbanden, Kinderhändlern und den Brandanschlägen auf vietnamesische Restaurants. Der brutale Mord an Brunos altem Jagdfreund Hercule, dem größten Trüffelexperten der Region, bringt ferner die Verbindung zu Frankreichs dunkler Kolonialvergangenheit ans Licht. Der alte Hercule arbeitete lange für den französischen Geheimdienst in Vietnam und war zunächst in den Indochinakrieg, später in den Algerienkrieg verwickelt.

Walkers Krimi bietet eine spannend erzählte, unterhaltsame Lektüre. Wie in den beiden Vorgängerbänden versteht es der schottische Historiker und Journalist, historische Konflikte und aktuelle politische Probleme in eine packende Geschichte einzubetten. Die malerischen Landschaftsbeschreibungen, die liebevollen Schilderungen des französischen Provinzalltages, erlesene Weine und genüssliche Speisen verleiten zum nächsten Frankreichurlaub. Kurios: Bei der Hauptfigur hat sich Walker vom Polizisten seines Dorfes inspirieren lassen, der auch ein Gourmet und Rugbyfan ist. Anders als Bruno ist der schon älter und glücklich verheiratet.

Sophia E. Gerber

***Martin Walker: „Schwarze Diamanten – Der dritte Fall für Bruno, Chef de police“**, Diogenes, Zürich 2011, 352 Seiten, 21,90 Euro.*



Präventivkrieg und kein »Überfall«

Stefan Scheil belegt, dass Stalin schon vor dem deutschen Aufmarsch gegen Deutschland gerichtete Angriffspläne hatte

Zum 70. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zieht Stefan Scheil aus seiner umfangreichen Publikation zum Entstehen des Zweiten Weltkriegs sehr schlüssig die Quintessenz: Es war ein Präventivkrieg, kein „Überfall“, wie ja ein deutscher Angriff politisch korrekt heißen muss – manchmal sogar der auf Frankreich, das Deutschland den Krieg erklärt hatte. Noch der „Spiegel“ vom 11. Juni dieses Jahres spricht wie die Sowjetpropaganda vom „faschistischen Überfall auf die friedliebende Sowjetunion“ vom deutschen Überfall, während die Sowjetunion das sogenannte Ostpolen nur „besetzte“ und die baltischen Staaten „eingliederte“.

Scheil fragt für sein Urteil: Gab es langfristige Angriffsplanungen der Sowjetunion gegen Deutschland? Wurden diese vom Reich erkannt? Mit diesen strengen Kriterien verwirft der Autor in einem Exkurs die angelsächsische Praxis, ein Praevenire schon zu rechtfertigen, wenn die eigene Übermacht gefährdet ist, selbst wenn ein militärischer Angriff sowenig droht, wie seinerzeit vom deutschen Kaiserreich. Ab 1928 begann die Sowjetunion eine überwältigende personelle und materielle Aufrüstung, die sich immer deutlicher gegen Deutschland richtete. Sie wurde von Hitler schon 1936 als langfristige Hauptbedrohung erkannt. Dennoch bezeugt sein Verhalten, dass bis Dezember 1940 keinerlei Absicht bestand, die als sehr stark beurteilte Sowjetunion anzugreifen. Dabei wurde schon der Aufmarsch der Roten Armee in Polen und der Ukraine, besonders nach der Okkupation des Baltikums, Bessarabiens und der Bukowina im Sommer 1940 als so bedrohlich beurteilt, dass Kräfte zur Abwehr bereitgestellt und im Juni auch alarmiert wurden, als ein sowjetischer Angriff zu drohen schien.

Erst nachdem Stalin durch Molotow Mitte November 1940 in Berlin verlangt hatte, Deutschland solle vom Belt bis zur Donau die Peripherie des Reiches als sowjetisches Interessengebiet und damit seine strategische Kapitulation anerkennen, unterschrieb Hitler über einen Monat später die Weisung für den „Fall Barbarossa“. Schon vor und während des deutschen Aufmarsches wurde der sowjetische Aufmarsch von Heer und Luftwaffe an der Grenze so massiv, dass am 20. Mai 1941 ein sowjetischer Angriff aus deutscher Sicht möglich war. Diese Beurteilung war berechtigt, denn die Rote Armee besaß bereits am 18. September 1940 (!) den Plan eines Angriffs, nach dem sie, in Richtung Breslau vorstoßend, dann nord- und südschwenkend, die deutschen Kräfte vernichten sollte. Am 15. Mai, also fünf Tage vor der deutschen Lagebeurteilung, waren der Plan aktualisiert und die Befehle für den „Übergang zum Angriff“ erteilt; deutsche Karten und Wörterbücher wurden ausgegeben, die gesamte interne Propaganda auf Offensive ausgerichtet.

In diesem Plan warnt der sowjetische Generalstabschef Schukow vor der Möglichkeit, dass Deutschland der Sowjetunion „beim Aufmarsch zuvorkommt und einen Überraschungsschlag führt“.

Die immer noch übliche Behauptung, der deutsche Angriff habe die Sowjetunion überrascht, ist somit eine tatsachenwidrige Legende. *Manfred Backerra*

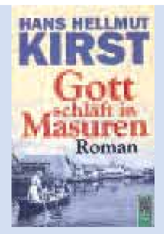
***Stefan Scheil: „Präventivkrieg Barbarossa – Fragen, Fakten, Antworten,“** Reihe Kaplaken, Bd. 26, Edition Antaios, Schnellroda 2011, 94 Seiten, gebunden, Schnellroda, , 8,50 Euro.*

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde:
Der Atlas der Wut



In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Der Autor schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809
€ 24,95



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50



Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968
statt € 7,40 nur noch **€ 3,95**

Ostpreußen-Accessoires

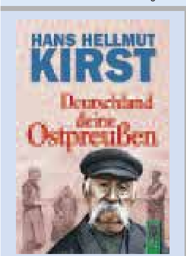




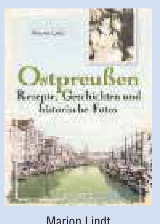
Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

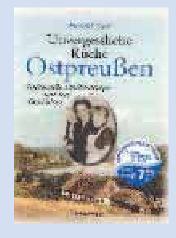
je **€ 29,95**



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße



Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land eroberte und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.

Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur noch **€ 9,95**



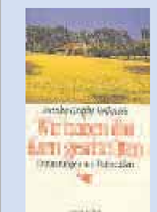


Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Aninka Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Michael Paulwitz, Götz Kubitschek
Deutsche Opfer, fremde Täter
Ausländergewalt in Deutschland.
Hintergrund - Chronik - Prognose

Die Integration ist gescheitert: In vielen westdeutschen Städten gibt es Viertel mit hohem Ausländeranteil. Deutsche Jugendliche sind dort bereits in der Minderheit und sehen sich einer Alltagsaggressivität ausgesetzt, die an Intensität und Brutalität ein erträgliches Maß längst gesprengt hat. Jüngst hat die Fernsehdokumentation "Kampf im Klassenzimmer" (2010) das Ausmaß angedeutet und gezeigt: Es handelt sich nicht um ein Integrationsproblem, das rasch beseitigt werden könnte. Deutsche geraten im eigenen Land in die Minderheit und werden ihrerseits von einer dynamischen, aggressiven Mehrheit vor die Wahl gestellt, sich entweder anzupassen, das Viertel zu verlassen - oder als "Opfer", "Scheiß-Deutscher", "deutsche Schlampe" den täglichen Spießrutenlauf anzutreten. Gewalt gegen Deutsche ist ein Problem, von dem fast jeder weiß, über das aber fast niemand öffentlich spricht. So bleiben die Opfer ungeschützt im eigenen Land: Deutsche als Opfer haben keine Lobby unter ihren in der Medienbranche und in der Politik tätigen Landsleute. Das Totschweigen und Verharmlosen der Vorgänge verschärft die Lage und verzerrt die Wirklichkeit. Selbst Staatsorgane wie die Polizei haben ihr Gewaltmonopol teilweise aufgeben müssen oder können es nur unter Aufbietung aller Kräfte durchsetzen: Überdurchschnittlich viele Polizisten werden Opfer ungebremster Gewalt ausländischer, männlicher Jugendlicher, die den Staat geradezu herausfordern. Deutsche Opfer, fremde Täter zeigt die Hintergründe und das Ausmaß einer katastrophalen Entwicklung auf. Die Autoren widersprechen der Theorie, daß es sich bei der Gewalt junger Ausländer gegen Deutsche um ein soziales Problem handle. Deutschland steht vielmehr einer ethnisch-kulturellen Auseinandersetzung großen Ausmaßes gegenüber. Wie weit dieser mittlerweile nicht mehr "stille Vorbürgerkrieg" gediehen ist, zeigt eine Chronik, die hunderte Fälle aus den Jahren 2006 bis 2010 versammelt und mit Hilfe der Fundstellennachweise nachvollziehbar macht. Für viele Einzelne - und damit für die Deutschen insgesamt - ist es mittlerweile ein Kampf um Sein oder Nicht-Sein der eigenen Identität im eigenen Land.

Kart., 272 Seiten
Best.-Nr.: 7123
€ 19,00



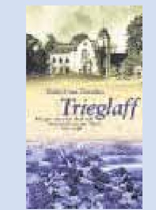
Bekannte Soldatenlieder
15 Titel, Inhalt: Wenn wir marschieren, Wohlauf Kameraden, auf's Pferd, Ein Heller und ein Batzen, Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein, Ich schieß den Hirsch, Oh du schöner Westerwald, Lore, Lore, u.a.
Gesamtspielzeit: 37 Min
Best.-Nr.: 5753, € 12,95



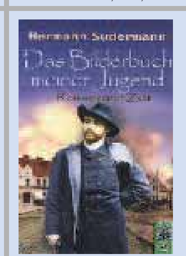
Bekannte Soldatenlieder
– Folge 2 –
12 Titel, Inhalt: Kehr' ich einst zur Heimat wieder, Wir lagen vor Madagaskar, Ich hatt' einen Kameraden, Der mächtigste König im Luftrevier, u.a.
Gesamtspielzeit: 35 Min
Best.-Nr.: 5754, € 12,95



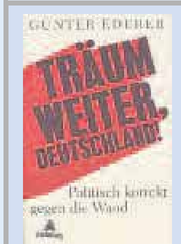
Bekannte Soldatenlieder
– Folge 3 –
20 Soldatenlieder: Ruck-Zuck!, Die ganze Kompanie, Es ist so schön Soldat zu sein, Rosemarie, Der Gott, der Eisen wachsen liess, Ich hab mich ergeben, u.a.
Laufzeit: 49 Min
Best.-Nr.: 6078, € 12,95



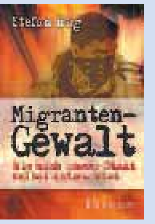
Rudolf von Thadden
Trieglaff
Eine pommersche Lebenswelt zwischen Kirche und Politik 1807- 1948
Geb., 294 Seiten mit 20 Abb.
Best.-Nr.: 7121, € 24,90



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80



Günter Ederer
Träum weiter, Deutschland!
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7122, € 21,95



Stefan Hug
Migrantengewalt
Wie sich unser Staat selbst entmachtet
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7039, € 19,80



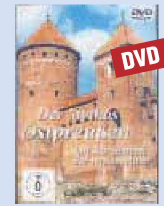
Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500



statt € 24,90 nur noch **€ 19,95**



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

August-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472

statt € 12,95 pro Stück nur noch **€ 10,00**



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539



Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



statt € 12,95 pro Stück nur noch **€ 10,00**

Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm



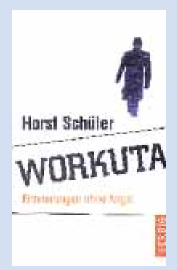
Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

statt € 29,95 pro Stück nur noch **€ 27,00**

*nur gültig im Monat August 2011 und solange Vorrat reicht



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet



Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000. Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelicek die Aufnahmen. Helena Dvoakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zeitdokument schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, den bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben.

DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best.-Nr.: 7118, € 19,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ostund Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95



Horst Schüler
Workuta - Erinnerung ohne Angst
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 1015, € 9,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 32/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Stasi-Belastung weiter prüfen

Berlin – Die Mehrheit der Deutschen ist dafür, dass Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch weiterhin auf eine mögliche Stasi-Belastung hin überprüft werden. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov sprachen sich 58 Prozent für eine Fortführung der Überprüfungen aus, nur 32 Prozent dagegen. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, nannte das Resultat „ein gutes Zeichen für die Demokratie“. *H.H.*

Lehrerausbildung mangelhaft

Berlin – Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat die Lehrerausbildung scharf kritisiert. Jährlich erhielten die Hochschulen 1,3 Milliarden Euro aus Steuermitteln für die Ausbildung neuer Lehrkräfte. Es werde jedoch kaum überprüft, ob die Mittel auch sinnvoll verwendet würden. So fristeten die Lehramtsstudenten ein Randdasein an den Unis. Viele Professoren wüssten nicht einmal, wer in ihren Seminaren auf Lehramt studiere. *H.H.*

ZUR PERSON

Kind der Oberschicht

Gestern war er noch durch seine Verbindungen zum Murdoch-Medienkonzern angeschlagen, heute könnte der britische Premierminister **David Cameron** zum Mann der Stunde werden. Von ihm erwartet sein Volk eine Beendigung der Unruhen, die London und andere britische Städte erschüttern.

Der mit dem britischen Königshaus verwandte Cameron ist ein typisches Kind der Oberschicht. Im Jahre 1966 als Sohn eines Börsenmaklers geboren, besuchte er das private Eton College und die Universität Oxford. Anschließend arbeitete er in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Konservativen Partei und wurde persönlicher Berater von Premierminister John Major. Seine eigene politische Karriere begann 2001 mit der Wahl ins Unterhaus. Mit der Wahl zum Parteichef der Konservativen 2005 war sein Weg in die Downing Street vorgezeichnet. Bei den Unterhauswahlen 2010 wurde seine Partei stärkste politische Kraft und Cameron am 11. Mai zum Premierminister ernannt.



Ähnlich wie auf den jungen Tony Blair setzten die Briten große Hoffnungen auf den dynamischen Premier, dem sie zutrauten, frischen Wind in die Politik zu bringen. Tatsächlich fiel Cameron, der sich selbst als „modernen, mitfühlenden Konservativen“ bezeichnet, dadurch auf, dass er sich für seine Partei eher untypischen Themen wie Umweltschutz, Gleichstellung von Homosexuellen und Ausbau der Krankenversicherung widmete. Obwohl er für eine „flexible Einwanderungspolitik“ eintritt, erklärte er Anfang 2011 den „staatlichen Multikulturalismus“ für gescheitert, da dieser zu Segregation, Separatismus und schließlich zu islamistischem Extremismus und Terrorismus geführt habe. Nun wird man ihn daran messen, ob es ihm gelingt, der aktuellen Auswüchse dieser Entwicklung Herr zu werden. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Töffel

Wie wir die Euro-Feinde niedermachen, was die Elite der EU so strahlen lässt, und warum Herr Barroso diesmal »nicht hilfreich« war / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wann halten die denn endlich mal die Klappe? FDP-Finanzexperte Frank Schäffler will eine Sondersitzung des Bundestages. Dafür will er die Kanzlerin nach Berlin zerren, damit sie dem Plenum erkläre, wie sie die Beschlüsse des jüngsten Euro-Gipfels umsetzen will. Ja, Himmel noch mal, Herr Schäffler, das weiß die doch selbst nicht!

Vorne hatte man vom Gipfel herab verkündet, dass die Schuldensünder nur dann noch mehr Geld bekommen, wenn sie sich endlich ranhalten mit dem Sparen und Reformieren. Gleichzeitig wurde hintenrum die gegenteilige Botschaft zu Tal gelassen, dass sie das auch lassen können. In Merkels Worten: „Der Euro ist jede Anstrengung wert!“ Sie sagte wörtlich „jede“. Genau so meint sie das auch, heißt: Wir zahlen unter allen Umständen, auch wenn sich Griechen & Co. ein Ei auf unsere Ermahnungen pellen.

Und das soll Angela Merkel dem Bundestag „erklären“? Herr Schäffler, Sie sind ein Schurke!

Die Schurken werden immer lauter, es wird Zeit, mit diesen finsteren Figuren aufzuräumen. Wir wissen auch schon, wie: Wir erklären sie alle zu „Feinden Europas“. Mit „Europa“ ist natürlich das alternativlose Europa gemeint, das sich die europäischen Eliten im Dienste und im Dunste von Brüssel ausgedacht haben. Andere Europas gibt es nicht, hat es nie gegeben. Das heißt: Doch, hat es. Aber da war immer Krieg, denn: „Die Alternative zum Euro lautet Krieg!“

Aha? Schweden und Großbritannien sind nicht im Euro. Haben wir Krieg mit England oder den Schweden? Pfui, was für eine polemische Frage. Außerdem ist noch gar nicht raus, wer die Brände in London wirklich gelegt hat. Oder wer die Mückenplage über Småland brachte. Sollte uns nicht wundern, wenn die Spur von Qualm und Quaddeln nach Berlin oder Paris führt.

Außerdem kommt es bei der Behauptung „Euro oder Krieg“ ja gar nicht auf Schlüssigkeit an. Die Wirkung zählt: Krieg bedeutet Verwüstung, Gemetzel, Völkermord! Haben wir die Euro-Skeptiker erst zu dunklen Friedensgefährdern zurecht geschminkt, dann sind sie nicht nur Europafeinde, sondern Feinde der ganzen Menschheit! Ein solcher Hammer zermalmt jeden zu Staub, moralisch gesehen.

Genial, was? Wäre interessant zu erfahren, wer sich die Strategie mit dem Friedenshammer eigentlich ausgedacht hat. Mal nachdenken, wer war das noch gleich ... ja, sicher doch, 80er Jahre: „Sozialismus oder Krieg“. Erich Honekker und seine klugen Freunde haben uns Westdeutschen damals überaus erfolgreich vermittelt, dass jeder ein übler Kriegshetzer ist, der Fragen nach Freiheit oder Menschenrechten in der DDR ansprach oder gar von deutscher Einheit faselte.

> Wer zur Brüssler Spitze gehört, der hat sich in seinem Land schon qualifiziert. Fragt sich nur, wofür?

Die Frucht ihrer Bemühungen gelangte in der Friedensbewegung zu voller Pracht: „Lieber rot als tot“ lautete die Parole aller vernunftbegabten, friedensorientierten Kräfte. Die Kapitulation im Kopf galt als Ausweis höherer Menschlichkeit, wenn nicht gar als moralisch einzig vertretbare Attitüde. Hinter der Monstranz des Friedenskämpfers verschwand alles, was die SED auf keinen Fall in westdeutschen Diskussionen hören wollte. Stasi, Bautzen, Schießbefehl – alles weg. Die Frage nach politischen Häftlingen in der DDR? Kriegshetze!

Als US-Verteidigungsminister Alexander Haig es mit Hinweis auf Freiheit und Menschenrechte tatsächlich wagte zu behaupten: „Es gibt Wichtigeres als den Frieden“, da ging die westdeutsche Friedensbewegung hoch wie ein Topf blubbernder Milchsuppe. Aus Tausenden Megafonen plärrte es monatelang: „Es gibt NICHTS Wichtigeres als den Frieden, Mister Haig!“

Tolle Zeiten waren das. Die Elite Europas hat sie nicht vergessen und ihre weisen Lehren draus gezogen: Selbst wenn dir alle guten Argumente ausgegangen sind – nicht verzagen, Frieden zieht immer.

Das soll aber nicht heißen, dass die Elite nur abgekupfert hätte. Es ist gar nicht so einfach, aus derart alten Kamellen eine ganz neue Kampagne zu zaubern. Da können Sie jeden Müllverwerter fragen.

Man sollte sich einige der imposantesten Persönlichkeiten der obersten Führungsspitze von EU und Eurozone mal näher angukken. Ganz oben stehen EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman van Rompuy. Zwei ausgewiesene Experten.

Experten worin? Das verraten die Posten, die sie vorher innehatten: Van Rompuy war Ministerpräsident von Belgien, einem Land, das unter der Inkompetenz seiner politischen Führung gerade Stück für Stück auseinanderfällt.

Barroso war auch Ministerpräsident, und zwar von Portugal. Wir kennen nicht viel von Portugal. Seitdem es unter den Rettungsschirm für bankrotte Euro-Länder gekrabbelt ist, kennen wir immerhin seine offenen Rechnungen. Es sind jetzt nämlich unsere.

Beim Geld haben Eurozonen-Chef Jean-Claude Juncker und demnächst (als Nachfolger von Jean-Claude Trichet im Sessel des Euro-Zentralbankchefs) Mario Draghi den Hut auf. Juncker ist im Hauptberuf immer noch Ministerpräsident, der von Luxemburg. Das kleine Land ist mehr eine Bank denn ein Land, weshalb Juncker immer streng neutral bleibt, wenn es um die Frage geht, ob auch die Bankwelt an der Rettung von Pleiteländern beteiligt werden soll, oder ob die Steuerzahler das besser alleine machen.

Mario Draghis Heimat Italien schließlich ist hinsichtlich seines politischen Personals seit jeher berühmt als Hort von strikter Solidität, von Transparenz und Unbestechlichkeit, kurzum, als ideale Umgebung für die Lehrjahre eines Euro-Zentralbankchefs. Und dann die Lira, dieses Inbild einer stahlharten Münze.

Neben dieser funkelnden Herrenriege hockt etwas bleich und gestaltlos eine Frau Ashton, Catherine, aus England. Über die gibt es eigentlich gar nichts Erwähnenswertes zu berichten, weder über die Zeit vor ihrer EU-Berufung noch über die danach. Angesichts ihrer männlichen Kollegen sollte uns das eher beruhigen als irritieren.

Ob Angela Merkel glücklich ist mit dieser Mannschaft? Immerhin hat sie einige der Starbesetzungen zusammen mit ihrer Pariser Hassliebe Sarkozy selber ins Amt gemauschelt. An manchen Tagen muss sie sich jedoch vorkommen wie der Zauberlehrling: Die Töffel, die ich berief ... So ein Tag war neulich wieder. Wie ein Steinschlag traf sie in den Alpen die Nachricht, dass Barroso eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms vorgeschlagen hat, damit der auch für Italien und Spanien reicht.

Schlimmer konnte es kaum kommen, hatte Merkel ihren Deutschen doch gerade erst vorgegaukelt, dass ihre Milliardenzahlungen nicht ausufern würden. Nach Berliner Kalkül muss so ein Versprechen schon ein paar Monate halten, bevor man es „angesichts völlig neuer Herausforderungen“ brechen kann. Nun kam Barroso nur ein paar lumpige Wochen nach dem letzten Gipfel mit der Sache raus. Solche Frühstarts der Wahrheit sind „nicht hilfreich“. Was für ein Idiot.

Was dachte sich der Portugiese bloß dabei? Nun, er war einfach unglücklich. Immerzu toben Merkel und Sarko und dann noch der scheidende Notenbankchef Trichet über die Bühne, während Barroso bei den wirklich wichtigen Dingen wie ein Statist in der Kulisse herumwuseln muss. So etwas schmerzt ihn, als EU-Kommissionspräsident will er doch auch wichtig sein. Also besann er sich auf die bewährte Taktik der blassen Hinterbänkler im Parlament: Ich warte ab, bis die Großen im Urlaub sind, und dann schmeiße ich meine Stinkbombe!

Wir Steuerbürger wollen uns indes nicht beklagen: Dank Barroso wissen wir jetzt, was von der angeblich „strikten Obergrenze“ bei den Rettungsschirmen zu halten ist: nichts. So wollte er das wahrscheinlich gar nicht. Aber Töffel sein bedeutet eben, das man das Richtige nur aus Versehen tut.

MEINUNGEN

Die Autorin ***Andrea Backhaus****, die (Jahrgang 1981) die DDR nur noch als Kindheitserinnerung kennt, fragt sich in der „Welt“ (8. August), warum die* ***Diktatur-Erfahrung*** *mit der DDR in Deutschland so schnell* ***verblassen*** *konnte:*

„Ja, vielleicht ist es das, was unseren jungen Leuten heute fehlt: wieder zu erkennen, dass Selbstbestimmung und freie Wahlen nicht selbstverständlich sind. Zu hinterfragen, was uns Freiheit heute eigentlich wert ist. Zu verstehen, dass wir immer wieder dafür kämpfen müssen.“

Der Kommentator des Berliner „Tagesspiegel“ (9. August), ***Christoph Seils****,* ***langweilt*** *sich entsetzlich im* ***Landtagswahlkampf*** *der Hauptstadt. Weil alle fünf Parteien miteinander koalitionsfähig bleiben wollten, beziehe niemand Position:*

„Wirklich gerungen wird in diesem Landtagswahlkampf nicht über die Zukunft der Stadt, kein Streitthema heizt den Parteienwettbewerb an, kein politischer Grundsatzkonflikt macht die Parteien unterscheidbar. Nicht einmal mit neuen politischen Ideen versuchen die Parteien auf sich aufmerksam zu machen.“

Der bekannte Markt-Analyst ***Marc Faber sieht*** *in der Zeitschrift „Der Aktionär“ (online)* ***schwarz****:*

„Das nächste Mal, wenn wir eine globale Krise haben, werden die Folgen viel schlimmer sein als 2008. Bevor es so weit kommt, wird noch mehr Geld gedruckt. Und es wird Krieg geben. Das ganze System wird kollabieren.“

A, A, A ...

A, A, A, das dicke End' ist nah,
Tripel-A ist schon vergangen,
doch wir werden mitgehangen,
A, A, A, da hilft auch kein Blabla.

E, E, E, zuviel an Abführtee,
mehr und mehr ist abzuschreiben,
weil wohl nimmer einzutreiben,
E, E, E, o wei und jemine.

I, I, I, es blüht die Perfidie,
Rettungsschirme und Pakete,
gutes Geld für faule Knete,
I, I, I, sind stets ein Schuss ins Knie.

O, O, O, denn gleich bei Waterloo
thronend in den Tintenburgen,
werken Pleite-Dramaturgen,
O, O, O, nur Leerverkauf macht froh.

U, U, U, wir sehn belämmert zu,
laufend wird uns was versprochen
und im Handumdrehn gebrochen,
U, U, U, gemolken wird die Kuh.

W, W, W, verschenkt sind Heu und Klee,
aber mit getürkten Daten
wird uns zu Geduld geraten,
W, W, W, bald kommt die Frühlingsfee.

X, X, X, sind lauter alte Tricks,
unser Gold ist längst verschwunden,
in Fort Knox wird's nie gefunden,
X, X, X, wir lernen eben nix.

Z, Z, Z, gepfändet Tisch und Bett,
weiter gehn wir brav zu Wahlen,
werden ewig weiterzahlen,
Z, Z, Z, denn wir sind lieb und nett ...

Pannonicus